Nr. 73. Vorort-Ausgabe. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 5 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 28. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die sozialistische Tagespresse

ist das wichtigste Kampfmittel der Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampf. Sie ist ein vorgeschobener Posten der proletarischen Kolonnen, der die Schwächen der feindlichen Stellungen zu erspähen, die Bewegungen der Gegner zu verfolgen, und wenn diese sich Blößen geben, den günstigen Augenblick zum Angriff auszunützen hat. Zugleich fällt ihr die Aufgabe zu, die Massen über die fremden wie die eigenen Formationen aufzuklären, sie in die sozialistische Gedankenwelt einzuführen, den proletarischen Kampfesmut zu schüren und den Weg zu dem durch die geschichtliche Entwickelung gegebenen Kampfesziel zu zeigen: der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei.

Diese Aufgabe kann jedoch die sozialistische Presse nur leisten, wenn sie in den Reihen der Genossen allseitige Unterstützung findet, wenn die Arbeiterschaft ihr Blatt als einen Teil ihrer selbst betrachtet, als ein Mittel der Verbesserung ihrer eigenen politischen und wirtschaftlichen Kampfposition, für dessen Stärkung nach Kräften zu sorgen ihre Pflicht ist, eine Pflicht gegen die Partei und gegen sich selbst. Deshalb, Parteigenossen Groß-Berlins, werbet für Euer Blatt, für den

„Vorwärts"

neue Abonnentenscharen, neue Leser. Bei der Arbeit in der Werkstatt, im Familien- und Freundeskreise, bei ernsten und heiteren Zusammenkünften, überall, wo sich Gelegenheit zur Agitation bietet, trachtet, neue Abonnenten, neue Leser zu gewinnen. Keine Arbeiterversammlung sollte geschlossen werden, ohne daß am Schluß zum Abonnement auf den

„Vorwärts"

aufgefordert wird.

Dadurch, daß Ihr die Verbreitung des „Vorwärts", seinen politischen Einfluß und sein Gewicht im politischen Leben stärkt, stärkt Ihr zugleich Eure eigene Stellung als proletarische Kampfpartei. Jeder neue Leser des „Vorwärts" bedeutet einen neuen Kämpfer mehr für Eure Reihen, einen Verlust für unsere Feinde.

Das Quartalsende bietet zur Werbung die beste Gelegenheit — vor allem unter der Leserschaft der sogenannten parteilosen Presse. Noch gibt es unter den Arbeitern Groß-Berlins viele Tausende von Arbeitern, deren Klassenbewußtsein, wenngleich sie bei den Reichstagswahlen sozialistisch wählen, noch nicht so weit vorgeschritten ist, daß sie das Kampforgan der Arbeiterklasse den sich mit sentimentalen, unverbindlichen Phrasen über eine entschiedene politische Stellungnahme hinweghelfenden, angeblich unparteiischen, tatsächlich aber das heutige Wirtschaftssystem stützenden Blättern vorziehen. Weil diese Blätter um einige Pfennige im Monat billiger sind als der „Vorwärts", abonniert so mancher Arbeiter auf sie, ohne zu bedenken, daß er damit einen indirekten Verrat an den Interessen seiner eigenen Klasse begeht, daß er dadurch deren Einfluß und Schlagfertigkeit schwächt. Diesen sogenannten parteilosen Blättern gilt es den Boden abzugraben und ihre Arbeiterleser dem

„Vorwärts"

zuzuführen.

Immer schärfer spitzen sich die Klassengegensätze zu, immermehr zeigt sich der vielgerühmte „Staat der Sozialreform" als eine Institution zur Aufrechterhaltung der Vorrechte der besitzenden Klassen. Marinismus und Militarismus erheischen gleichzeitig weitere Opfer. Um diese Ansprüche zu befriedigen, stehen die sogenannten Ordnungsparteien im Begriff, dem Volk neue Riesensteuerlasten aufzubürden, und während man derart aus der arbeitenden Klasse neue Hunderte von Millionen herauszupressen unternimmt, verweigert man ihr auf der anderen Seite ihre elementarsten Rechte: die Vertretung ihrer Interessen im preußischen Dreiklassenparlament, und verteuert den Massen durch eine im Dienst der Schlot- und Krautjunker stehende Zollpolitik die notwendigsten Lebensmittel!

In diesem Kampfe gibt es keine Pause, kein Ausruhen. Es gilt die bisher noch indifferenten Arbeiterkreise als Mitkämpfer in die Proletarierkolonnen einzugliedern, neue Scharen um unsere Fahne zu sammeln. Darum Parteigenossen Groß-Berlins, werbt für Euer Kampfblatt, für den

„Vorwärts!"

Eine neue Glanznummer in der Sozialpolitik des Deutschen Reiches.

Die Sozialpolitik unter der Leitung des Fürsten Bülow treibt sonderbare Blüten. Die sozialpolitischen Großtaten sind in erster Linie darauf gerichtet, die notwendigsten Lebensmittel zu verteuern und die Arbeitsgelegenheit der Industriearbeiter und damit die Löhne der Arbeiter herabzudrücken. Er will eben Zustände schaffen, daß die elenden Zustände auf den ostelbischen Gütern den Arbeitern als ganz erträglich erscheinen. Nicht dadurch, daß die Lage der Landarbeiter verbessert wird, sondern durch Herabdrückung der Lage der Industriearbeiter.

Auf diesem Gebiete hat sich seine Gefolgschaft, der konservativ-ultramontan-nationalliberale Bund, der den Wuchertarif durchdrückte, als sehr gelehrig gezeigt und ein Stück sozialpolitischer Gesetzgebung geschaffen, welches in einem Kulturstaate noch kein Seitenstück hat. Man hat nämlich in der Steuererfindungskommission eine Gesetzesbestimmung geschaffen, welche man, wenn man sie beim richtigen Namen nennen wollte, „Reichsprämien für Lohnabzüge" nennen müßte.

Der angebliche Vater dieses Gesetzes ist der nationalliberale Abgeordnete Held, aber Konservative, Antisemiten und Zentrum haben geschlossen den Plan unterstützt und damit bewiesen, daß auch sie die Prämiierung der Lohnabzüge als Glanznummer in die Sozialpolitik des Reiches mit einreihen wollen.

Hervorgegangen ist der Vorschlag aus der Anregung, die die Regierung durch ihren Zigarettenpapiersteuer-Gesetzentwurf gegeben hatte. Die Regierung wollte das Papier für 1000 Zigaretten mit einer Steuer von drei Mark belegen. Eine geradezu wahnsinnig hohe Steuer, die sich nur begreifen läßt, wenn man bedenkt, daß die Regierung auch wahnsinnig hohe Summen für Militär, Marine und Kolonialpolik ausgibt.

Angeregt wurden die Steuersucher durch einige Kapitalisten, die ein Geschäft zu machen hoffen, wenn die Regierung die Kleinbetriebe in der Zigarettenfabrikation totschlägt.

Um einen Deckmantel zu haben, wurde der Vorwand gebraucht, daß man die Leute, welche teure Zigaretten rauchen, schärfer treffen müsse als die Konsumenten billigerer Sorten. So wurde die Papiersteuer abgelehnt und ein System konstruiert, welches eine Art Wertsteuer sein sollte. Nun ist es immer schon mißlich, Sachen, die im Lande hergestellt werden, mit einer Wertsteuer zu belasten, weil dann auch immer der Lohn der Arbeiter, die bei der Herstellung dieser Sachen beschäftigt sind, mit von der Steuer betroffen wird.

Den Versuch mit einer solchen Wertsteuer bei Tabakfabrikaten machten die Vereinigten Staaten von Nordamerika, gleich nach Beendigung des Krieges, Mitte der sechziger Jahre. Man machte eine Fabrikatsteuer für Zigarren, wonach für das 1000 Zigarren 4 Dollar und für die Summe, welche die Zigarren mehr als 12 Dollar pro 1000 kosteten, 20 Proz. des Wertes erhoben werden sollten. Diese Steuer trat am 1. August 1866 in Kraft. Kaum war diese Steuer eingeführt, da erhoben die Arbeiter energisch Widerspruch. Denn nun wurde ja jeder Dollar Lohnzulage mit einer Steuererhöhung von 20 Cent bestraft und jeder Dollar Lohnabzug mit einem Steuernachlaß von 20 Cent belohnt. Die Amerikaner rühmen sich nicht, große Sozialpolitiker zu sein. Sie schreien nicht wie unsere Minister und Zentrumsführer, daß sie den Arbeitern „Wohltaten" erweisen. Aber ein solches Gesetz durfte bloß in Kraft treten und seine Wirkungen erkannt werden, als es auch schon zum Tode verurteilt war. Richtig durchgeführt ist es nie, aber formell wurde es am 2. März 1867, gleich nach Zusammentritt des Repräsentantenhauses, wieder außer Kraft gesetzt.

Aber so gerecht wie dieses nach amerikanischen Begriffen ungeheuerliche Gesetz war, ist das von den deutschen „Sozialpolitikern", den Herren Held, Büsing, Dr. Becker, Krämer, Gröber, Müller-Fulda, Nacken, Jäger, Klose, Graf Kanitz, Dietrich, v. Oertzen, Dr. Wolff, Vogt usw. geschaffene Gesetz nicht. Die deutschen „Sozialpolitiker" schaffen ein Klassensteuergesetz, wodurch erst wenige Pfennig Lohnabzug einen großen Gewinn bringen können. Nach ihren Beschlüssen sollen für Zigaretten folgende Steuersätze erhoben werden:

a) im Kleinverkaufspreise bis zu 10 Mark das Tausend, 1 M. für 1000 Stück,
b) im Kleinverkaufspreise über 10—15 M. das Tausend, 1,50 M. für 1000 Stück,
c) im Kleinverkaufspreise über 15—20 M. das Tausend, 2,50 M. für 1000 Stück,
d) im Kleinverkaufspreise über 20—25 M. das Tausend, 4 M. für 1000 Stück,
e) im Kleinverkaufspreise über 25—30 M. das Tausend, 6 M. für 1000 Stück,
f) im Kleinverkaufspreise über 30 M. das Tausend, 10 M. für 1000 Stück.

Danach wird also die Zigarette, die jetzt 2½ Pf. das Stück kostet, in Zukunft 1 Pf. Steuer kosten. Bei einer solchen Steuer wird selbstverständlich das Streben vorhanden sein, eingeführte Sorten in eine niedrigere Steuer herabzudrücken. Gelingt es, auch durch Abzüge vom Arbeitslohn, dann tritt die Steuerermäßigung ein, ebenso wird eine Steuererhöhung als Strafe verhängt werden, sobald durch Lohnerhöhung eine Grenzsumme der Klassen im Detailpreis überschritten wird.

Setzen sich die 25 M., die gegenwärtig für die 2½ Pf.-Zigarette bezahlt wird, wie folgt zusammen:

1. Arbeitslohn	3 M.
2. für Rohmaterial, Verpackung, Spesen und Profit des Fabrikanten	12 „
3. Verdienst des Kleinhändlers	10 „

dann wird die Steuer auch 10 M. betragen, da die Zigarette zuzüglich der Steuer der vorherigen Klasse 31 M. kosten würde. Gelingt es nun dem Fabrikanten, statt 3 M. nur 2 M. Arbeitslohn zu zahlen, dann wird als Lohn für die, nach den Begriffen unserer Sozialpolitiker sozialpolitische Großtat ein Steuernachlaß von 4 M. bewilligt. Nun würde sich der Preis unter den Beteiligten wie folgt verteilen:

Für die Arbeiter	2 M.
Für die Fabrikanten	12 „
Für Detaillisten	10 „
Steuer	6 „
Minimalverkaufspreis	30 M.

Also hier wäre für einen Lohnabzug von einer Mark pro Tausend eine Reichsprämie von vier Mark gegeben.

An sich ist bei den Kapitalisten schon Neigung zur Lohndrückerei vorhanden, aber wenn neben dem reinen Gewinn an Lohnkürzung noch solcher geschäftlicher Nutzen in Aussicht steht, dann werden ja selbst human denkende Fabrikanten durch das Gesetz zu Lohnabzügen gezwungen, wie sie auch gehindert werden, Lohnerhöhung zu bewilligen, wenn dieselbe so bestraft wird, wie es durch das Steuergesetz geschehen kann.

Direkt bedroht sind vorläufig nur die Zigarettenarbeiter, in ihrer großen Mehrheit schlecht gelohnte weibliche Arbeiter. Sie allein werden nicht in der Lage sein, das Zustandekommen dieses ungeheuerlichen Gesetzes zu hindern. Hier muß die ganze Arbeiterklasse den bedrohten Kolleginnen zu Hülfe kommen. Auch in Zentrumskreisen müssen die Arbeiter aufgeklärt werden über die „Sozialpolitik", die hier das Zentrum treibt. Hat man solch ungeheuerliches Gesetz erst für einen Erwerbszweig durchgeführt, dann werden bald andere folgen. Was heute mit der Zigarette gemacht wird, wird denn auch bald mit der Zigarre gemacht werden. Einer solchen Sozialpolitik muß die ganze Arbeiterklasse den Krieg erklären.

Die Revolution in Rußland.

Die Furcht vor einem Generalstreik in Rußland.

Aus Furcht vor einer Streikbewegung in Petersburg, Moskau und anderen großen Städten werden schon jetzt Vorbeugungsmaßregeln getroffen und eine Zusammenziehung von Truppen auf den Bahnlinien erfolgt.

Zum 1. April treffen aus dem fernen Osten noch etwa 80 000 Mann Truppen ein, die ebenfalls als Schutzwachen verwendet werden sollen. Gegenwärtig werden außer den achtzig Zügen für das Militär noch mehrere Militär-Eisenbahnzüge in den Verkehr gestellt. Auf Verfügung des Ministeriums des Innern wird eine genaue Kontrolle aller eintreffenden Bahnpassagiere eingeführt. Die Verdächtigen werden einer Visitation unterworfen. Die Truppenteile werden vollständig den Chefs der Gendarmerieabteilung zur Verfügung gestellt werden. Unter den Arbeitern auf den Werken in Jusowka (Jekaterinoslaw) gärt es. 85 Personen wurden nach Sibirien verschickt, in den umliegenden Dörfern sind 11 Bauern wegen Agitation verhaftet worden. In den nächsten Tagen sollen weitere Transporte Verbannter nach Sibirien abgehen. Aus Charkow wurden in diesen Tagen 23 Personen nach Sibirien verschickt. Auf den Stationen stehen armierte Züge bereit, um sofort bei Ausbruch von Unruhen längs der Straße an Ort und Stelle zu erscheinen. In Poltawa wurden 28 Volksschullehrer verhaftet und 31 Personen nach Sibirien verbannt. Auch in den Ostseeprovinzen nehmen die Verhaftungen und Hinrichtungen und körperliche Züchtigungen kein Ende, so hat eine Strafexpedition in Golgorsky (Livland) 30 Personen körperlich gezüchtigt, darunter einen L. mit 200 Hieben, einen Lehrer mit 50, den Gemeindeältesten mit 25 und den Schreiber mit 10. Dem Aeltesten und dem Lehrer ist die Habe verbrannt, einigen Pächtern das lebende Inventar konfisziert worden. Die Ulanen führten 18 konfiszierte Pferde fort. Auch in Kur- und Estland wird dieselbe Methode angewendet.

Achtung!

Aus den Kreisen des „Bundes" geht uns folgende Zuschrift zu:

In letzter Zeit wandte sich um Hülfe an verschiedene Genossen der Schweiz und Süddeutschlands ein angeblicher russischer politischer Flüchtling, der sich abwechselnd Granek und Krummkopf nennt, ein Weber aus Lodz und Mitglied des „Bundes" zu sein behauptet. Empfehlungen (scheinbar gefälschte oder gestohlene) von Viktor Adler aus Wien, Wassiliew aus Bern, der Züricher russischen Flüchtlingskasse unter anderen besitzt, auch einen russischen Auslandspaß, auf den Namen Hoppen (oder Goppen), einen gefälschten Stempel des Lodzer Komitees des „Bundes" und einen auf den Namen Schama Krummkopf lautend, vorzeigt und für den „wirklichen" Krummkopf (einen in jüdischen und polnischen Arbeiterkreisen Russisch-Polens bekannten Agitator des „Bundes") sich ausgibt.

Vor dem benannten Granek—Krummkopf werden hierdurch alle Parteiinstanzen Deutschlands und Oesterreichs, die mit russischen

Flüchtlingen in Berührungen kommen, gewarnt. Derselbe ist jedenfalls ein in jeder Hinsicht verdächtiges Individuum.

Es ist dringend erforderlich, die Empfehlungen, Dokumente und Stempel von ihm, falls er sie vorzeigen sollte, zur Prüfung wegzunehmen.

Alle Genossen, denen der Aufenthaltsort des Genannten oder überhaupt irgend etwas über seine Person bekannt werden sollte, werden ersucht, das ausländische Komitee des „Bundes", laut untenstehender Adresse, davon ungesäumt in Kenntnis zu setzen:

Imprimerie Israélite,
81, rue de Carouge, Genève-Suisse.

Die Parteipresse wird um Nachdruck gebeten.

Die Steuerprojekte der Regierung.

Petersburg, 27. März. Finanzminister Schipow hat jetzt den Entwurf seines Besteuerungsprogramms dargelegt. In Aussicht genommen sind eine Reform der Grundbesteuerung sowie der Besteuerung von Besitztümern in Städten, ferner die Einführung einer progressiven Steuer auf private Einkünfte und Erbschaften, endlich eine Revision der Industriesteuern. Die indirekten Steuern sollen beibehalten werden. Die Erhöhung der Steuer auf Naturprodukte sei ebenfalls unentbehrlich. Eine solche auf Zucker würde allerdings bedauerlich sein, während eine Besteuerung des Tabaks völlig berechtigt sei und ungefähr 14 Millionen Rubel bringen werde. Die Schaffung von Steuern auf Elektrizität und Gas für Beleuchtungszwecke, die durchaus zu rechtfertigen sei, würde zwei bis drei Millionen Rubel liefern. Möglich sei auch eine Besteuerung von Kerzen und eine Steuer auf Papier, die sieben bis acht Millionen Rubel ergeben könne.

13 Personen zum Tode verurteilt.

Tschita, 27. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Kriegsgericht hat 13 wegen Beteiligung an dem Ausstande der Post- und Telegraphenbeamten angeklagte Beamte zum Tode verurteilt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. März.

Flottenschwindel.

Bei Beginn der heutigen Reichstagssitzung meldete der Präsident Graf Ballestrem den Eingang eines Notgesetzes für den Etat, das eingegangen ist, weil der Reichshaushaltsetat infolge der späten Einberufung des Reichstages nicht mit Ablauf des Etatsjahres fertiggestellt werden kann.

Dann vollzog sich ohne Debatte die dritte Beratung eines Gesetzentwurfes betreffend Uebernahme einer Garantie des Reiches in bezug auf eine Eisenbahn von Duala nach den Manengubabergen.

Nun begann ein patriotischer Wettlauf um die Gunst der Regierung. Alle bürgerlichen Parteien sind von den Flottenphantasien gewisser Kreise angesteckt. Daß das Zentrum beflissen ist, diesen Flottenphantasien nachzugeben, versteht sich am Rande. Es ist darum eitel Spiegelfechterei, wenn der Abgeordnete Spahn wohl die Bewilligung des neuen Flottenplanes zusagte, aber den Vorbehalt machte, es müßte zunächst eine entsprechend günstige Deckung der Kosten versucht werden. Dieser Eiertanz stellte sich dem Hurrajubel flottenbenebelter Schreier a la Liebermann v. Sonnenberg zur Verwendung. Die Rechte war in fröhlichster Stimmung und spendete den freisinnigen Rednern, besonders dem Abgeordneten Mommsen lebhafte Bravos für deren Flottenbewilligungsfreudigkeit.

Nur eins brachte einen schrillen Mißton in diesen Flotten-Jubel und -Trubel — die Erinnerung daran, wie die Kosten für „die gräßliche Flotte" aufgebracht werden sollen. Ein Antrag des Abgeordneten Ablaß fordert eine Reichsvermögenssteuer zur Deckung der Kosten. Der Abgeordnete Mommsen, der diesem Antrage zustimmte, dagegen die Art, wie die Steuerkommission die Mittel zur Deckung aufbringen will, kritisierte und der Kommission ein schlechtes Zeugnis ausstellte, rief damit sofort den preußischen Finanzminister auf den Plan, der — sehr charakteristisch für die Steuerkommission, diese verteidigte. Er erreichte damit den Beifall der Parteien des Besitzes, die ihre Klassengenossen vor der Zahlung der Flottenkosten bewahren und die Kosten auf die breiten, arbeitenden Massen wälzen wollen. Die Vermögenssteuer erklärte der preußische Finanzminister schon aus formellen Bedenken nicht für ausführbar.

Gegen diese seichte Ausrede zugunsten der Schonung der Reichen wandte sich mit vernichtender Schärfe Genosse Bebel, der diese formellen Bedenken als intellektuelle Oberflächlichkeiten behandelte. Noch sarkastischer führte Bebel den nationalliberalen Abgeordneten Büsing ab, der zur Rettung der Steuerkommission die bekannten Steuertollheiten derselben zu verteidigen gesucht hatte. Nicht nur die Drehscheibenpolitik der Nationalliberalen, auch die unpatriotische Drückebergerei vor dem Steuerzahlen, speziell zu den Flottenkosten, geißelte Bebel unbarmherzig. Nebenbei wurde der Schwindel aufgedeckt, daß die Arbeiter Arbeit und Vorteile vom Bau der Flotte haben würden. Nicht auf die Arbeit kommt es an, meinte Bebel, sondern wer sie bezahlt: Und diese Arbeit lasse man die Arbeiter selbst bezahlen, denn ihnen werden die indirekten Steuern aufgebrannt, die zur Deckung der Flottenkosten dienen sollen.

Ein sauberer Schwindel, den Arbeitern vorzulügen, man sorge für Arbeit für sie, während man ihnen nicht nur die Kosten für diese Arbeit abnimmt, sondern die Rüstungen direkt gegen sie richtet. Heer und Marine sind zum Schutz und Vorteil der herrschenden Klassen geschaffen.

Die Flottenbegeisterung der Rechten ist jüngsten Datums, darum ist ihre Echtheit sehr fraglich; das wurde besonders bestätigt durch eine burleske Stimmungsmacherei des Abg. v. Oldenburg, der bald ein Denkmal von Schiffsschnäbeln auf dem Königsplatze errichtet sehen möchte.

Der Abg. Spahn versuchte zwar noch, die Abweichung des Zentrums von dem § 6 des Flottengesetzes von 1898 zu leugnen. Aber es ist jedermann offenbar, daß die Bier- und Zigarettensteuervorlagen indirekte Steuern bringen, die die breiten Massen belasten, während jener § 6 dies ausschließt, der seinerzeit speziell auf Betreiben des Zentrums beschlossen worden ist. Der Umfall des Zentrums ist also auch in diesem Falle zu konstatieren.

Auf Antrag des Abgeordneten Müller-Sagan war die Abstimmung über den Antrag Ablaß eine namentliche. Dabei stellte sich trotz der wortschwallreichen Flottenbegeisterung der bürgerlichen Parteien die Beschlußunfähigkeit des Reichstags heraus. Es waren nur 163 Abgeordnete anwesend, von denen 95 gegen den Antrag stimmten und fünf sich der Abstimmung enthielten. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Mittwoch: Wahlprüfungen.

Steuern zahlen und Maul halten!

Dieser Grundsatz, der von jeher im preußischen Staate Geltung hatte, kommt wieder einmal in seiner nacktesten und unverhülltesten Form zum Ausdruck in dem soeben erschienenen Bericht der Herrenhauskommission über den Etat. Die edlen und erlauchten Herren haben sich weniger über die einzelnen Etatspositionen unterhalten, als vielmehr über die Frage, wie man dem deutschen Volke neue Lasten auferlegen und gleichzeitig die preußische Arbeiterklasse dauernd von der Mitwirkung an der Gesetzgebung fernhalten könne.

In der Generaldebatte zum Etat wurde, wie der Bericht mitteilt, von verschiedenen Rednern bemerkt, daß das fortgesetzte Drängen nach Erhöhung der Ausgaben im Reichstage und Abgeordnetenhause zu den ernstesten Bedenken Veranlassung geben müsse und fast ein Zeichen der Zeit zu sein scheine. Wenigstens träten dieselben Erscheinungen auch in den Stadtverordnetenversammlungen größerer Gemeinden zutage und führten auch dort zu einer fortgesetzten Steigerung der Ausgaben. Die Städte in den östlichen Landesteilen seien dabei in einer besonders ungünstigen Lage, weil durch den erhöhten Steuerdruck sich gerade die wohlhabenden Elemente bestimmen ließen, ihre alte Heimat zu verlassen und ihren Wohnsitz in Berlin oder anderen weniger belasteten Städten aufzuschlagen. Es wird sodann bedauert, daß „das an sich ergiebigste Steuerobjekt", das Bier, durch den Zollvereinsvertrag von 1867 von ausreichender Erfassung durch Kommunalsteuern geschützt sei, indem über eine Besteuerung von 65 Pf. pro Hektoliter nicht hinausgegangen werden dürfe. Eine Beseitigung dieser Bestimmung liege im wohlverstandenen Interesse der Städte — natürlich, denn sonst müßten ja die Reichen unter Umständen zu hohe Zuschläge zu den direkten Staatssteuern zahlen! Aber nicht nur den Städten, auch dem Reiche, sollen neue Mittel zugeführt werden, selbstredend auf Kosten der Aermeren. Es erscheint den hohen Herren auf die Dauer immer unverständlicher, daß sich der Reichstag scheut, den Tabak und das Bier höher zu besteuern. Die einzigen Genußmittel, die sich die Masse noch leisten kann, sollen dran glauben, aber gegen eine Reichserbschaftssteuer wird das schwerste Geschütz aufgezogen.

Und der Herr Finanzminister? Er wagt es nicht, sich den Wünschen der Ersten Kammer zu widersetzen. Er bedauert es, daß bei der Stellungnahme des Reichstages die Bestrebungen auf Aenderung des Zollvereinsvertrages von 1867 hinsichtlich der kommunalen Besteuerung des Bieres zurzeit keine Aussicht auf Erfolg hätten, aber er hält trotzdem daran fest, daß sich das Reich auf die Dauer der stärkeren Heranziehung des Bieres nicht werde entziehen können; die Regierung werde und dürfe in ihren dahin gerichteten Bestrebungen nicht erlahmen!

Sucht man so auf der einen Seite vom Volke immer mehr herauszuquetschen, so ist man andererseits empört darüber, daß das Volk nicht still hält, sondern gebieterisch sein Recht fordert. Ein Redner brachte den Ernst der gegenwärtigen inneren politischen Lage zur Sprache. **Die Bestrebungen der Sozialdemokratie** seien darauf gerichtet, durch eine maßlose, umstürzlerische Agitation in ihrer Presse und in Versammlungen, durch **Massenverhetzung der unteren Klassen von der Straße aus** (!!) einen Druck auf die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften auszuüben mit der Tendenz: Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems!! Leider steht ein Teil der bürgerlichen Klasse diesem Treiben mit verschränkten Armen, ja, was die Abschaffung des preußischen Wahlrechts anbetrifft, ausgesprochen wohlwollend gegenüber, offenbar ohne einen besseren Ersatz zu kennen, als etwa das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht. Die angekündigte (inzwischen dem Abgeordnetenhause zugegangene) Wahlrechtsvorlage werde keine Partei befriedigen und lediglich neuen Agitationsstoff liefern. Es sei zu hoffen, daß diese Vorlage nicht einen ersten Schritt zu Konzessionen gegenüber dem sozialdemokratischen Ansturm bedeute. Es sei Pflicht der staatserhaltenden und königstreuen Parteien und daher auch namentlich Pflicht des Herrenhauses, die Regierung bei allen sich darbietenden Gelegenheiten in der Abwehr dieser Angriffe auf das Dreiklassenwahlsystem zu unterstützen, das bei allen ihm anhaftenden Mängeln sich erheblich besser bewährt habe als das direkte, geheime und gleiche Wahlrecht im Reiche. Namentlich aber sei zu bekunden, daß zur Abwehr der maßlosen Agitationen in der Presse, in Versammlungen und auf der Straße selbst **gesetzliche Mittel außerordentlicher Natur** der Regierung von dieser Seite nicht versagt werden würden!! —

Mit anderen Worten: Die Herrenhäusler lechzen nach einem Ausnahmegesetz, weil die Massen sich nicht weiter auspowern und sich ihre politische Rechtlosigkeit nicht länger gefallen lassen wollen.

Nun, das Proletariat wird sich durch diese Drohungen des Herrenhauses nicht einschüchtern lassen, es wird nach wie vor scharfen Protest erheben gegen jede Belastung der Massen durch indirekte Steuern, es wird sich auch nicht irre machen lassen in seiner Agitation gegen das verfassungswidrige Dreiklassenwahlsystem und das vorsintflutliche Herrenhaus. —

Kampf gegen die Wahlrechtsweigerer!

Ein Teil unserer Parteipresse beschäftigt sich mit der schmählichen Verrätertaktik der bürgerlichen Parteien, speziell des Zentrums und des Liberalismus, bei der Durchpeitschung der Landtags„wahlreform" im preußischen Abgeordnetenhause. Einzelne Parteiblätter geben dabei der Befürchtung Ausdruck, daß unsere Wahlrechtsdemonstrationen erfolglos verpuffen könnten, ja daß die bürgerlichen Parteien schließlich zu der Meinung kommen könnten, ungestraft mit den Rechten der Arbeiterklasse Schindluder treiben zu dürfen. Die schamlose Haltung des Zentrums, das ganz ungescheut vor aller Augen seine Verrätertaktik übe, beweise ja deutlich genug, wie wenig sich diese Partei davor fürchte, von der Sozialdemokratie zur Rechenschaft gezogen zu werden. Diesem Gedanken gibt am schärfsten die „Fränkische Volkstribüne" Ausdruck, sie schreibt:

„Die Unehrlichkeit des Zentrums hier wie in hundert anderen Fällen ist ja ekelhaft und empörend, und es müßte so furchtbar leicht sein, alle diese Dinge **im Zentrumsgebiet selbst gegen das Zentrum zu benutzen.** Aber die Tatsache, daß solche Unehrlichkeit Woche für Woche von neuem festgestellt werden kann, ohne Einsicht und Besserung, diese Tatsache zeigt, daß auch das Zentrum unsere Aktionen nicht sonderlich fürchtet. Am 21. Januar haben sie alle gezittert. Regierung wie Parteien, weil sie eine Aktion erwarteten, an die in der Arbeiterklasse niemand gedacht hatte, den Demonstrationszug vors Schloß! Nun ist der 21. Januar agitatorisch glänzend, aber sachlich ruhig verlaufen und der 18. März ist ihm gefolgt, ohne daß von uns ein Schritt weiter, ein energischer Ruck nach einer bestimmten Aktion hin gemacht worden wäre ... Und da sind die bisher aufgeregten Gemüter der Gegner wieder ruhig geworden. Die preußische Regierung hat sich gesagt, daß sie der Arbeiterschaft alles bieten kann, auch eine Vorlage, die das Dreiklassenwahlrecht befestigt, anstatt es zu stürzen. Die **Lammsgeduld der Arbeiterklasse hat wieder einmal eine schallende Ohrfeige erhalten und — regt sich kaum!**

Die Partei und die Arbeiterklasse stehen in einer kritischen Stunde. Wenn man sich einmal daran gewöhnt, **jede Gelegenheit zu vergessen**, so kommt man in Gefahr, die Fähigkeit zu schärferer Aktion überhaupt zu verlieren. Auch im Parteileben wirkt, wie im Charakter des einzelnen Menschen, die Gewöhnung an die Entschlußlosigkeit nach und tötet, langsam aber sicher, die Kraft für die Zukunft. Wir kommen langsam in die Gefahr, daß uns auch der Jenaer Parteitag und seine Resolution ein leeres Wort wird, dem die Verwirklichung fehlt.

Sehen wir zu, daß wir in allzugroßer Lammsgeduld nicht schließlich erschlaffen!"

Diese Mahnung mag übertrieben klingen, allein ihre Berechtigung läßt sich nicht bestreiten. In der Tat: wenn die Regierung und die herrschenden Klassen die gewaltigen Kundgebungen des Proletariats mit einer „Reform" zu beantworten wagen, die geradezu die schimpflichste Verhöhnung des Proletariats darstellt, so muß die klassenbewußte Arbeiterschaft sich energischer regen, so muß sie dem Zentrum und dem Liberalismus zum Tanze aufspielen, daß ihnen Hören und Sehen vergeht!

Schon im Januar wiesen wir darauf hin, daß der Wahlrechtsverrat dieser Parteien, die für die politischen Rechte der Arbeiterklasse einzutreten behaupten und gleichzeitig durch ihre Handlungen den Weg zur Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts verbarrikadieren helfen, eine Waffe zur Bekämpfung dieser Parteien liefere, wie sie wirksamer gar nicht gedacht werden könne. Deshalb gilt es, diese Waffe noch viel energischer zu führen, als es bisher geschehen ist. Zählt nicht das Zentrum noch Hunderttausende von proletarischen Wählern? Vermag nicht auch der Freisinn noch 100 000 in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften organisierte Proletarier politisch zu gängeln? Diese Arbeiter müssen aufgerüttelt, mit der Stirn auf die verräterische Haltung ihrer unehrlichen politischen Berater gestoßen werden. Und dieser Kampf vermag nicht nur von der politischen Partei geführt zu werden, sondern auch von den Gewerkschaften, denen eine Aufklärung dieser Proletarierschichten nicht nur das Interesse an einem demokratischen Wahlrecht in Preußen selbst gebietet, sondern auch das **rein gewerkschaftliche Interesse an der Einreihung aller Proletarier in eine einheitliche, vom Geiste modernen Klassenbewußtseins getragene Gewerkschaftsorganisation!**

Wenn so der Kampf auf der ganzen Front mit der notwendigen Energie geführt wird, so müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn Zentrum und Freisinn nicht bald merkten, daß ihnen das Feuer auf den Nägeln brennt! —

* * *

Deutsches Reich.

Wer gefährdet die Sittlichkeit?

Die letzte Attacke der ultramontanen Heinzeriche im Reichstage ist noch in frischer Erinnerung. Mit heiligem Eifer klagten sie pharisäisch über die systematische Untergrabung der Sittlichkeit durch den „Simplizissimus", die „Jugend" und die sogenannten Aktstudien. Und doch wird die Sittlichkeit kaum mehr gefährdet, als durch die fanatische klerikale Lasteraufspürung. Uns fiel vor einigen Tagen ein sogenannter Beichtspiegel für Kinder in die Hände, der dafür ein prächtiges Beispiel liefert. Der genannte Beichtspiegel wird mit kirchlicher Genehmigung in Dortmund herausgegeben. Druck und Verlag von Gebrüder Gillessen. Schon vor Jahren erregte er großes Aufsehen. Als er damals auftauchte, zog unser Dortmunder Parteiblatt in scharfer Weise gegen ihn zu Felde, worauf in der ultramontanen Presse mit der Einleitung einer Klage gedroht wurde. Doch erfolgte die Anklage nicht, während man vom Beichtspiegel seitdem nichts mehr hörte. Jetzt ist er wieder aufgetaucht. Bestimmt ist er für neun- bis zehnjährige Kinder, die zum erstenmal zur Ohrenbeichte gehen. In einer besonderen Anmerkung wird darauf hingewiesen, daß Kinder, welche bereits mehrmals gebeichtet haben, bei der Gewissenserforschung den Beichtspiegel des Diözesankatechismus zu gebrauchen haben.

Außer über eine Menge sonstiger unglaublicher Sachen hat das 10jährige Beichtkind sich über folgende Punkte aufs Gewissen zu erforschen und dem Priester Auskunft zu geben.

Gegen das 6. und 9. Gebot. (Unkeuschheit.)

Ich habe Unkeusches getan, allein — mit andern — —
Ich habe Unkeusches gesprochen — — — —
Ich habe Unkeusches freiwillig angehört.
Ich habe Unkeusches freiwillig angesehen.
Ich habe Unkeusches freiwillig gedacht.

Ueber diese Punkte hat also das Kind dem Priester, häufig einem noch sehr jungen, Auskunft zu geben. Und wenn das zehnjährige Kind diese Fragen nicht versteht, wenn es nicht weiß, was von ihm gefordert wird? Dann hilft eben, wenn er es für nötig erachtet, der Priester durch entsprechende Fragen nach und sucht dem Kinde klar zu machen, was gemeint ist. Daß dadurch des Kindes Aufmerksamkeit auf Dinge gelenkt wird, die es bisher noch in kindlicher Naivität übersah, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Nicht selten wird durch diese Art der Lasteraufspürung der Keim zu einem verfehlten Leben gelegt. Demgegenüber erscheinen die Hersteller und Verbreiter von Künstlerkarten und Aktstudien, selbst von Schriften pornographischen Inhalts für Kinder fast ungefährlich. Denn in die Kinderkreise kommen sie mit ihren sauberen Produkten nicht hinein. Wenn also zum Schutze der Sittlichkeit etwas geschehen muß, dann ergreife man Maßregeln gegen die ultramontane Manie der Sittlichkeitsnachforschung bei den jungen Beichtkindern. —

Aus dem badischen Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion brachte zwei Anträge ein, welche eine Reform der Gemeinde- und Städteordnung bezwecken. In bezug auf die Reform der Gemeindeordnung wird verlangt: Allgemeines gleiches und direktes Wahlrecht für alle über 21 Jahre alten Ortsangehörigen, direkte Wahl der Bürgermeister, größere Selbständigkeit der Bürgerausschüsse insofern, als die Gemeinderäte und der Bürgermeister kein Stimmrecht im Bürgerausschußkollegium haben und diesen auch sonst nur der Vollzug der Beschlüsse der eigentlichen Gemeindevertretung zusteht.

Die Städteordnung ist ebenso dringend der Reform bedürftig; es besteht hier das Klassenwahlsystem, Stadtverordnete haben kein Recht der Initiative, der Schwerpunkt der ganzen Stadtverwaltung liegt in den Händen des Stadtrats und der Bürgermeister. Hier verlangt nun die sozialdemokratische Fraktion: allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht für die Wahl der Stadtverordneten und Stadträte, dreijährige Mandatsdauer, Selbständigkeit der Stadtverordnetenkollegien nach Art einer verbesserten Magistratsverfassung. Das aktive und passive Wahlrecht soll auch allen 21 Jahre alten Ortseinwohnern zustehen, wobei Unterstützung aus öffentlichen Mitteln den Verlust des Wahlrechts nicht nach sich zieht. Außerdem wird für die Städte Proportionalwahlrecht verlangt. —

Ein edles Brüderpaar. Die „Hamburger Nachrichten", die für Hamburg dasselbe sind, wie die „Post" für Berlin, brachte dieser Tage die furchtbare Räubergeschichte, daß Sozialdemokraten in Hamm bei Hamburg einen Gottesdienst gestört hätten. Unser Hamburger Bruderblatt, das „Hamburger Echo", hat sofort eine Untersuchung veranstaltet. Sein Korrespondent konnte ihm prompt berichten, daß ihm der Pastor der Kirche versichert hat, ihm sei von dem angeblichen Vorfall nichts bekannt; er habe die „Hamb. Nachrichten" auch bereits um Berichtigung ersucht. Dasselbe Blatt hat aber bis heute die Unwahrheit nicht widerrufen!

Die „Post" hatte natürlich nichts Besseres zu tun, als die erlogene Geschichte brühwarm weiter zu verbreiten. Dabei leistet sich das Blatt der Scharfmacher, das keinen Druckfehler im „Vorwärts" vorübergehen läßt, ohne eine alberne Notiz zu schreiben, eine wahrhafte Orgie literarischer Unwissenheit. Es schließt die Räubergeschichte:

„Schließlich entfernte sich das Gesindel unter Absingung von Freiligraths „Bete und arbeite", einem Liede, das der spätere nationale Dichter des Trompeter von Gravelotte in seiner ersten, nachträglich von ihm verleugneten Sturm- und Drangperiode verfaßt hat."

Die paar Zeilen enthalten nicht weniger als vier grobe Schnitzer. Freiligrath ist erstens nicht der Dichter des Arbeiterbundesliedes „Bet' und arbeit'!" (nicht: „Bete und arbeite"), sondern Georg

Neweghs hat es für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein getan. Freiligrath hat ferner seine sogenannte Sturm- und Drangperiode nie verleugnet, das Lied stammt nicht aus der Sturm- und Drangperiode Freiligraths oder Herweghs, sondern ist aus den 50er Jahren, und endlich heißt das Freiligrathsche Gedicht aus dem Jahre 1870 nicht „Der Trompeter von Gravelotte", sondern „Die Trompete von Gravelotte"!

Der selige Stumm wußte, weshalb er das Wort von den „Post"-Eseln prägte. —

Gehorsam ist des Bürgers Pflicht. Als am 21. Januar nach den Demonstrationsversammlungen in Halle a. S. die Massen nach dem Markt drängten und der 19jährige Kellner Winkel einem Manne zu Hülfe eilte, der von einem auf einem Pferde sitzenden Schutzmann niedergeritten war, ergriff die Polizei den Hülfsbereiten und brachte ihn nach der Wache. Gegen Winkel wurde das Verfahren wegen Auflaufs eingeleitet, da er der Aufforderung der Polizei gemäß sich nicht „zerstreut", sondern dem Niedergerittenen Hülfe geleistet hatte. Der junge Mann, der mit der Sozialdemokratie nichts zu tun hat, wies darauf hin, daß es doch seine Pflicht gewesen sei, helfend einzugreifen; der Staatsanwalt ließ diese der heiligen Staatsräson widersprechende einfältige Ansicht nicht gelten und beantragte eine Woche Gefängnis. Das Urteil lautete auf 15 M. Geldstrafe. Als strafmildernd wurde das Mitgefühl Winkels in Betracht gezogen. —

Eine Programmrede des neuen sächsischen Premiers. Zum 1. April wird das sächsische Polizeiregiment aus der Hand des Herrn von Metzsch in die des Grafen Hohenthal übergehen, bisherigen sächsischen Gesandten in Berlin.

Bei der Abschiedsfeier der sächsischen Vereine in Berlin für den Grafen feierte der Bundesratsbevollmächtigte Dr. Fischer die Verdienste des Scheidenden und künftigen Ministers, worauf Graf Hohenthal antwortete:

Dank der Huld dreier Könige und dreier Kaiser habe er 21 Jahre auf seinem Posten gestanden und verlasse nicht leichten Herzens das Feld seiner Tätigkeit, schon deshalb nicht, weil er die längste Zeit seines Lebens in Berlin zugebracht habe. Er sei bereits mehrere Male als Nachfolger des Herrn v. Metzsch bestimmt gewesen, habe aber die Herren in Dresden bisher noch immer überzeugt, daß er dem Lande in Berlin besser als in Dresden dienen könne. **Als aber infolge der durch nichts berechtigten, grenzenlos frivolen Wahlrechtsdemonstrationen Herr v. Metzsch sein Amt niedergelegt habe, habe ihm der König** in ebenso gnädiger als entschiedener Weise die Nachfolge angetragen, so daß eine Ablehnung unmöglich war. Als seine Hauptaufgabe betrachte er, dem Lande ein neues Wahlrecht zu geben, das auch den arbeitenden Klassen eine Vertretung im Landtage sichere, aber verhindere, **daß die Zweite Kammer zum Tummelplatz der Sozialdemokraten werde.** Sein Reformplan, der bereits die Genehmigung des Königs gefunden habe, stütze sich auf die Gemäßigten im Lande, auf die sich jede Regierung im industriellen Sachsen stützen müsse. Mit dem nochmaligen Danke für das zahlreiche Erscheinen verband Graf Hohenthal die Bitte um Vertrauen für seinen Nachfolger.

Der Graf hat mit dieser Rede den Nachweis seiner Qualifikation zum sächsischen Polizeiminister erbracht. „Durch nichts berechtigte, grenzenlos frivole Wahlrechtsdemonstrationen" . . . Das ist ein Kraftwort, das selbst Herrn v. Metzsch bislang noch nicht eingefallen ist und das eine recht souveräne Verachtung der Tatsachen atmet, die bei einem deutschen Minister nun anscheinend zu den Amtserfordernissen gehört. Indes soll dem Grafen diese Attacke wider die geschichtliche Wahrheit gern geschenkt sein, da er bei dieser Gelegenheit bestätigt, daß Herr v. Metzsch über das von ihm selbst geschaffene Wahlunrecht gestolpert ist, daß er wegen der Wahlrechtsdemonstrationen geht. Was der Graf über seine Wahl„reform"pläne sagt, ist nichts Neues. Die sächsischen Genossen werden ihm schon aufspielen, wenn er zum Tänzlein um die Wahlreform ansetzt. —

Glänzendes Elend.

Das Kriegsgericht der 6. Division in Regensburg verurteilte am Sonnabend den 23 Jahre alten Leutnant Max Mitterhuber wegen Betruges und unerlaubter Entfernung zu einem Jahre und zwei Monaten Gefängnis und Entfernung aus dem Heere. Mitterhuber befand sich in zerrütteten Vermögensverhältnissen und glaubte durch eine „Vernunft"heirat wieder auf's Trockene zu kommen. Die standesgemäßen höheren Töchter dankten aber, und so wurde der schöne Plan zu Wasser. Unter falschen Vorspiegelungen hatte Mitterhuber eine Blankowechselbürgschaftsleistung über 5000—6000 M. herausgeschwindelt, wobei er auch noch in die Netze von Wucherern lief. Seine Gläubiger glaubte er auf bequeme Art dadurch abschütteln zu können, daß er sich zum Schutztruppendienst nach Südwestafrika meldete. Seine Anmeldung wurde aber in Rücksicht auf seine Vermögensverhältnisse zurückgewiesen. Hierauf entfernte er sich von seiner Truppe und trieb sich drei Wochen lang in München herum, bis er schließlich verhaftet und an sein Regiment abgeliefert wurde. —

Christliche Nächstenliebe. Vom Schöffengericht zu Neiße (Schles.) sind dieser Tage zwei christlich organisierte Arbeiter bestraft worden, weil sie ohne jeden Anlaß ein Mitglied des Holzarbeiterverbandes überfallen haben. Von hinten schlugen sie den Ahnungslosen, den sie kurz vorher als „verfluchten Sozialdemokraten" bezeichnet hatten, nieder, wobei der eine erklärte: **„Der verfluchte Hund muß heute noch sterben."** Dann trat man den am Boden liegenden mit dem Fuße ins Gesicht! Die beiden christlichen Rowdies fanden milde Richter: der schlimmste erhielt eine Woche Gefängnis, der andere — neun Mark Geldstrafe!

Ausland.

Schweiz.

Die Reaktion an der Arbeit.

Bern, 23. März. (Eigener Bericht). Am **Montag** ist die Bundesversammlung eröffnet und zunächst die Vorlage betreffend Erschwerung der Ausfuhr inländischer Wasserkräfte ins Ausland vom Nationalrat mit 94 gegen 18 Stimmen angenommen worden. Hierauf behandelte man die sogenannte Lex Sylvestrelli, so benannt nach dem früheren italienischen Gesandten Sylvestrelli in Bern, der 1902 einen Konflikt mit dem Bundesrat provozierte, weil er nicht seinem Wunsche gemäß sofort gegen den in Genf erscheinenden anarchistischen „Risveglio" einschritt, der die Ermordung des Königs Humbert verherrlicht hatte. Dabei entdeckte unser, dem Auslande gegenüber stets gefälliger Bundesrat eine „Lücke", die schnell durch ein Gelegenheitsgesetzchen ausgefüllt werden sollte. Da aber das andere Ausnahmegesetz, das sogenannte Maulkorbgesetz, in der Volksabstimmung wuchtig verworfen wurde, blieb die Lex Sylvestrelli einstweilen liegen.

Die durch die Antimilitaristen und Anarchisten jetzt geschaffene neue Situation erscheint den Reaktionären wieder günstig für einen Streich. Die betreffende Kommission des Nationalrats teilte sich in eine Mehrheit und eine Minderheit. Erstere beantragte folgende Fassung:

„Wer zur Begehung anarchistischer Verbrechen auffordert oder dazu Anleitung gibt oder derartige Verbrechen in einer Weise verherrlicht, die geeignet ist, zur Begehung von solchen anzureizen, wird mit Gefängnis bestraft."

Die Minderheit will dagegen den maßgebenden Artikel bestimmter formulieren und beantragt daher folgende Fassung:

„Wer zur Begehung von Mord, Raub, Brandstiftung, Ueberschwemmung, Sprengstoffverbrechen, Eisenbahngefährdung, Beschädigung von Schwach- oder Starkstromleitungen oder sonstigen Delikten gegen die Sicherheit von Personen oder Sachen auffordert oder dazu Anleitung gibt oder derartige Handlungen öffentlich in der Absicht verherrlicht, andere zur Begehung von solchen anzureizen, wird, wenn es sich dabei um vorwiegend gemeine Verbrechen oder schwere Vergehen handelt, mit Gefängnis bestraft."

Der Nationalrat debattierte in zwei Sitzungen über die beiden Anträge. Professor Zurcher-Zürich, unser Genosse Dr. Brüstlein, Manzau-Tessin, Ader und Porzy-Genf bekämpften die Vorlage, die schließlich mit großer Majorität an die Kommission zurückgewiesen wurde, die ihr eine bestimmtere Fassung geben soll.

Neuenburg, 26. März. (Eig. Ber.) In der gestrigen Volksabstimmung im Kanton Neuenburg ist das Initiativbegehren betr. die **Volkswahl der Regierung** mit 6785 gegen 4938 Stimmen angenommen worden. Es bleiben also von den 25 Schweizerkantonen nur noch Freiburg, Wallis und Waadt, in denen das Parlament die Regierung wählt und nicht das Volk.

Mit 11 107 gegen nur 438 Stimmen ist gestern im Kanton Neuenburg gleichzeitig auch die Vereinfachung des Verfahrens bei Verfassungsrevisionen beschlossen worden. —

Frankreich.

Ausstandsbewegung in Frankreich.

Die durch das Unglück von Courrières ausgelöste Ausstandsbewegung mit ihren verschiedenen unangenehmen Begleiterscheinungen scheint infolge der Zwistigkeiten, die durch die anarchistische Sondergruppe in die Bewegung hineingetragen wurde, ziemlich regellos zu verlaufen. Zwar haben die Bergarbeiter in verschiedenen Bezirken beschlossen, das Angebot der Unternehmer nicht zu akzeptieren, die Zahl der Arbeitswilligen nimmt aber nach verschiedenen Meldungen zu. Heute und morgen soll eine Abstimmung über die eventuelle Wiederaufnahme der Arbeit vorgenommen werden. Aus Lens wird unterm 27. März berichtet: Die Bergleute nehmen die Arbeit in größerer Zahl wieder auf. Man glaubt, daß sich bei der Abstimmung eine große Mehrheit gegen Fortsetzung des Ausstandes aussprechen wird. Die deutschen Hülfsmannschaften, deren Tätigkeit beendet ist, haben sich heute früh von der Gesellschaft in Courrières verabschiedet und kehren nach Deutschland zurück. Die Bergungsarbeiten werden von den französischen Rettungsmannschaften fortgesetzt. —

Belgien.

Der Achtstundentag für Bergleute.

Bei der Fortsetzung der Diskussion über die Kohlenwerke in der Campine stellten sich die Herren Klerikalen als die Befürworter des gesetzlichen Achtstundentages für die Bergleute vor! Aber nicht dem Bergmann der Gegenwart, sondern dem der Zukunft soll diese verheißungsvolle Reform zuteil werden, nicht den 100 000 Bergleuten, die gegenwärtig in Belgien beschäftigt sind, sondern den 25 000 Mann, die in etwa 10 Jahren die Kohlenschächte von Limburg bevölkern werden. Es entspricht dies übrigens ganz der klerikalen Weltanschauung, wonach das Wohlbefinden der Menschheit ja immer erst für die Zukunft verheißen wird. —

England.

Arbeiterschutz

Ueber den bereits gestern unter „Letzte Nachrichten und Depeschen" erwähnten Gladstoneschen Gesetzentwurf ist nachzutragen, daß er auch eine Entschädigung vorsieht in Fällen gewerblicher **Krankheiten,** wie Karbunkelgeschwüre, Bleivergiftung, Knochenverwachsung.

Redner aller Parteien, einschließlich der Arbeiterpartei, sprachen sich zustimmend zu dem Entwurfe aus. Dilke erklärte, daß alle die gewerblichen Schwierigkeiten, mit denen England jetzt kämpfe, von anderen Ländern bereits gelöst seien. Das deutsche Unfallversicherungssystem sei für England nicht anwendbar, wohl aber das französische Projekt (das auf dem Kontinent schon vielfach zur Anwendung gekommen sei), wenn entsprechende Aenderungen daran vorgenommen würden. Nachdem dann Gladstone auf eine Anfrage noch erklärt hatte, daß das Gesetz auch die **fremden** Seeleute, die auf britischen Schiffen fahren, einbeziehe, wurde dieses in erster Lesung, wie bereits mitgeteilt, angenommen. —

Die Ersatzwahl in Leicester.

London, 24. März. (Eig. Ber.)

Infolge des Rücktritts des liberalen Arbeiterabgeordneten Henry Broadhurst ist in Leicester eine Ersatzwahl nötig geworden. Der Wahlkreis wird im Parlament durch zwei Abgeordnete vertreten. Einer war Broadhurst, der von der liberalen Partei aufgestellt wurde; der andere ist J. R. Macdonald, der Sekretär der Arbeiterpartei. Die Liberalen stehen bereits mit einem Ersatzkandidaten, Mr. Thomasson, Direktor der Londoner „Tribune", im Felde. Dagegen herrscht in der Arbeiterpartei noch keine Einstimmigkeit darüber, ob sie einen Gegenkandidaten aufstellen soll. Die sozialistischen Elemente der Partei sind für Aufstellung eines Gegenkandidaten. Die Parteileitung beschloß, die Ansichten der der Partei angehörenden Organisationen darüber zu hören und demgemäß zu beschließen.

Amerika.

Ein Protest der amerikanischen Genossen. Die Parteigenossen in den Vereinigten Staaten sind in große Erregung geraten über die Verhaftung der obersten Beamten der Western Federation of Miners (Vereinigung der Bergleute der Weststaaten). Gegen diese Beamten ist eine Mordanklage erhoben worden; sie werden beschuldigt, den Tod des Ex-Gouverneurs Steunenberg vom Staate Idaho, der vor mehreren Wochen einem Bombenattentat zum Opfer fiel, verursacht zu haben. Steunenberg war wegen seiner unerhörten Brutalitäten gegen streikende Bergleute in Idaho äußerst verhaßt und für seinen Tod wird nun die Gewerkschaft der Bergarbeiter verantwortlich gemacht! Die Grubenbesitzer wollen die Ermordung des Gouverneurs blutig rächen und haben sich die ersten Beamten der „Bergarbeiter"-Vereinigung als Opfer ausgesucht. Die Parteigenossen befürchten eine Wiederholung des Justizmordes vom 11. November 1887 in Chicago und haben große Protestversammlungen gegen die kapitalistischen Verschwörer veranstaltet; auch sind Geldsammlungen eingeleitet. Die organisierten Bergleute machen natürlich gleichfalls große Anstrengungen, die Angeklagten zu retten. 5000 Dollar wurden sofort von der Organisation bewilligt, als die Nachricht von der Verhaftung der Beamten kam. Die Western Federation of Miners hat der Partei stets viel Sympathie bewiesen, aber auch ohnedies würden die Parteigenossen es als ihre Pflicht betrachten, diesen Angriff der Kapitalisten abwehren zu helfen. —

Aus der Partei.

Auf der Rotationsmaschine erfolgt seit Freitag der Druck des Stettiner „Volksboten". Die fortgesetzt steigende Auflage des Blattes konnte mit der bisherigen Maschine nicht mehr bewältigt werden.

Gemeindewahlsiege. In den Orten Greppin, Bockwitz (Provinz Sachsen), Benshausen (Thüringen) wurde je ein Genosse, in Annaberg (Provinz Sachsen) wurden zwei Genossen gewählt.

Boykottsiege. In Breslau haben wieder mehrere Saalbesitzer ihre Lokalitäten der Partei zur Verfügung gestellt. — In Forge bei Vegesack haben die Genossen sich ein Lokal durch fast dreimonatlichem Boykott erobert.

Eine Wahlkreiskonferenz für die Ostprignitz fand am Sonntag, den 25. März in Pritzwalk statt. — Als Vertreter der Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg war Genosse Karl Schulz-Berlin — als Vertreter des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises Gen. Karl Fischer erschienen.

Nach dem Bericht des Vertrauensmannes und einer Besprechung über die Agitation im Kreise hielt Gen. Benno Maaß einen Vortrag über „Unsere politischen Zustände". Nach kurzer Diskussion wurde sodann der Referent einstimmig als Reichstagskandidat nominiert. —

Genosse Pernerstorfer sprach am Sonntag in Leipzig vor zahlreicher Zuhörerschaft über die Wahlrechtsbewegung in Oesterreich.

Die Schweizer Sozialdemokratie und die Militärausgaben. Aus Bern wird uns vom 26. März berichtet: Ein mustergültig militärfrommes Parlament ist der schweizerische Nationalrat. Ohne Diskussion nahm er die Vorlage über die Neubewaffnung der Artillerie an, die eine Ausgabe von über 3 Millionen erfordert. Nicht einmal die beiden Sozialdemokraten hatten dazu etwas zu sagen und stimmten zu.

Diese Bewilligung ist nicht so scharf zu verurteilen, wie es zu geschehen hätte, wenn der Vorgang in Deutschland spielte. Die Schweiz hat bekanntlich ein wenn auch noch unvollkommenes Milizsystem. Indes haben die Schweizer Genossen erst vor kurzem auf ihrem Parteitage beschlossen, daß keine Militärausgaben bewilligt werden sollen, so lange nicht vom Regierungstisch die Versicherung abgegeben worden ist, daß das Militär nicht gegen streikende Arbeiter verwendet werden soll.

Enrico Ferris 25jähriges Jubiläum als Universitätslehrer, so wird uns aus Rom unterm 25. März berichtet, ist heute in der großen Aula der hiesigen Universität mit großer Feierlichkeit begangen worden. Unserem Genossen wurde ein Album überreicht, das Unterschriften von Hunderten von Professoren, Gelehrten und hervorragenden Parteigenossen trug; außer allen bekannteren wissenschaftlichen Persönlichkeiten Italiens finden sich darin die Namen von Bebel, Kautsky, Bernstein, Ellenbogen, Belfort Bax, Hyndman, Sydney, Webb, M. Gorki, Plechanoff, Rubanowitsch, H. Denis, E. Picard, Vandervelde, Frau Roland-Holst, Bonger, Tak und zahllose andere. Der Rektor der Universität hielt die Festrede, dann sprach ein Student dem verehrten Lehrer die Dankbarkeit seiner Schüler aus. Der Republikaner Bargilai und der Sozialist Berenini feierten Ferris Verdienste um die Kriminalanthropologie. Unter großem Beifall ergriff als letzter Ferri selbst das Wort, der allen anwesenden und abwesenden Freunden seinen warmen Dank aussprach.

In Deutschland würde der ganze Staat wackeln, wenn ein Sozialist auch nur einen Tag als Hochschullehrer amtierte. Und gar eine Rektorrede ihm zu Ehren und dergleichen mehr! Italien ist noch ein wildes Land.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ueber tausend Mark sollten in Danzig der Parteikasse abgeknöpft werden. Einer ganzen Anzahl Parteigenossen wurden Strafmandate über 100 M. verehrt, weil sie das Wahlrechtsflugblatt auf öffentlicher Straße verteilt haben sollten. Der schöne Plan fiel ins Wasser. Die Staatskasse hat bisher nur — 40 — Mark retten können. Es haben zwei Verurteilungen stattgefunden, und jeder Sünder soll 20 M. bezahlen; die anderen Parteigenossen wurden freigesprochen, weil durch einen erheblichen Zeugenapparat festgestellt wurde, daß die Genossen sich nichts hatten zuschulden kommen lassen. Das war Polizeiblamage genug — aber sie soll noch größer werden, denn die Amtsanwaltschaft hat gegen die Freisprechungen Berufung eingelegt.

Die „Königsberger Volkszeitung", die am 3. April **viermal** auf der Anklagebank stehen wird, hat eine neue Anklage zu erwarten. Es ist ein Strafverfahren gegen sie eingeleitet worden, weil sie sich erlaubte, das Vorgehen der Polizei gegen die neugegründete Jugendorganisation zu beleuchten. Das darf natürlich in Königsberg nicht ungestraft bleiben.

Aus Industrie und Handel.

Mäßiges Anziehen.

Die deutsche „Kohlenzeitung" vom 24. März veröffentlicht eine Zuschrift aus „Kreisen der deutschen Braunkohlenindustrie" also beginnend:

„In den Tageszeitungen „Deutsche Warte", „Vorwärts" usw. erschienen in den letzten Tagen Artikel, welche von einem „Ring der sämtlichen Preßkohlenfabriken Deutschlands" berichten. Einzelne Blätter benutzten diese in die Welt gesetzte Nachricht, um gegen die **angebliche Verteuerung** dieses Brennmaterials zu Felde zu ziehen und die vielbeliebte „Stimmung gegen die Kohlenindustrie" zu erzeugen."

„Angebliche Verteuerung" ist wirklich sehr gut! — Der Redaktion des Blattes ist die Zuschrift selbst wohl etwas zu haarig, sie gibt den Schluß des Schreibebriefes nur sinngemäß soweit es ihr — zweckmäßig erscheint. Und selbst das genügt zur Illustration der „angeblichen Verteuerung". Die „Kohlenzeitung" bemerkt nämlich:

„Der Kohlenhandel wird in diesem an uns gerichteten Briefe weiter ersucht, in seinen Kreisen gegen solche Gerüchte ebenfalls Stellung zu nehmen, um das Verhältnis zwischen Bergbau und Handel nicht unnötigerweise dadurch zu trüben, daß der Konsum dem einen oder dem anderen Teil den Vorwurf einer Brikettverteuerung macht und ein Teil dem anderen die Schuld daran zuschieben möchte. In Wirklichkeit hängt das **mäßige Anziehen** der Preise von der Konjunktur ab."

„Angebliche Verteuerung", „mäßiges Anziehen der Preise!" Daß dich das Mäuslein beißt! Was wird erst kommen, wenn das, was wir unseren Lesern in der gestrigen Nummer des „Vorwärts" über die Preistreibereien mitteilten, nur „angebliche Verteuerung" ist? Hätte man im Lager der Preistreiber gewußt, wie genau wir unterrichtet sind, hätte man unseren Artikel über ihre fertigen Pläne gekannt, die „Kohlenztg." würde die Zuschrift wohl still in den Papierkorb haben verschwinden lassen. Die Konsumenten aber erkennen, wie man selbst gewagte Mittel nicht scheut, um ihnen ungestört das Fell über die Ohren ziehen zu können.

Eine „nette" Ueberraschung. Man schreibt uns: Der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend setzte in seiner heutigen Plenarversammlung eine Kommission ein, welche die Aufgabe hat, die im Falle der Annahme der Braustenervorlage in der Fassung des zweiten Kommissionsbeschlusses erforderliche Erhöhung der Bierpreise und die damit zusammenhängenden Maßnahmen vorzubereiten. Die geplante Steuererhöhung würde allein für die 31 dem Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend angeschlossenen Lagerbiebrauereien eine steuerliche Mehrbelastung von über 5 Millionen Mark bringen. — Nach Erfahrungen in dieser Richtung würde auf den Konsum nicht nur die direkte Belastung, sondern darüber hinaus auch die Verzinsung des erforderlichen höheren Betriebskapitals abgewälzt werden. Das sind nette Aussichten für den Biertrinker.

Gegen eine Sonderbesteuerung der Zigarettenindustrie resolvierten in Dresden die dort zahlreich zusammengetretenen Inhaber und Vertreter lithographischer Anstalten und der verschiedenen interessierten Papierfabriken und die Grossisten der in Betracht kommenden Branchen der Papierindustrie.

Internationale Porto-Ungerechtigkeiten. Unter vorstehender Stichmarke schreibt der „Internationale Volkswirt": „Nach einer uns vorliegenden amtlichen Tabelle wurden im Jahre 1903 folgende Postkarten in das Ausland versichickt: von Deutschland 38,5 Millionen, von Oesterreich-Ungarn aber 71 Millionen. Das ist sehr auffallend, umsomehr, als im selben Jahre der Gesamthandel Oesterreich-Ungarns 4162,1 Millionen Kronen betrug, der Gesamthandel Deutschlands aber 11 017 322 Millionen Mark! Das Geheimnis unseres rückständigen Postkartenverkehrs liegt daran, daß bei uns die Auslandskarte 10 Pf., in Oesterreich-Ungarn aber nur 8,5 Pf. kostet. Den gleichen Grund finden wir im wechselseitigen Verkehr mit den uns benachbarten Ländern. Belgien, das nur 8 Pf. für die genannte Karte zahlt, sandte uns 3,25 Millionen Karten, Deutschland nach Belgien aber nur 1,50 Millionen. Frankreich schickte uns 12,50 Millionen Drucksachen zu, wir dagegen verschickten nach dort nur 4,54 Millionen. Warenproben erhielten wir aus Frankreich 2,1 Millionen, wir aber versandten nach dort nur 0,61 Millionen. Die Franzosen zahlen für 350 Gramm 28 Pf. Porto, wir dagegen 35 Pf.

Deutsche Zündholzfabriken A.-G. in Lauenburg. Zu den im Verhältnis zu der gesundheitsschädigenden Beschäftigung schlecht gelohntesten Arbeiter gehören die in der Zündholzfabrikation. Für das Kapital liegt die Sache anders. Die genannte Gesellschaft verteilt für das abgelaufene Jahr 7 Proz. Dividende. Die Aussichten für das laufende Jahr werden von der Verwaltung als gut bezeichnet.

Tüchtige Chemiker. Aus der Arbeitskraft Riesengewinne herauszudestillieren verstehen die Unternehmer in der chemischen Industrie. Die chemische Fabrik vorm. Albert in Biebrich a. Rh., welche für 1904 nur 18 Proz. verteilte, wird für 1905 eine um 8 Proz. erhöhte Dividende ausschütten.

Concordia, Bergb.-A.-G. Verminderte Produktion, gesteigerte Einzelleistung. Herabsetzung der Selbstkosten, erhöhter Gewinn! Das besagt der Rechenschaftsbericht der Concordia. Die Selbstkosten gingen von 7,74 M. auf 7,58 M. pro Tonne Rohförderung zurück. Der Erlös stieg von 9,32 M. auf 9,48 M. bei Kohlen und von 14,18 M. auf 14,27 M. bei Koks. Der Betriebsgewinn stieg von 2 213 209 M. auf 2 647 820 M., der Reingewinn von 1 405 383 M. auf 1 604 589 M. Die Dividende, die im Vorjahre auf 10 Proz. bemessen war, erhöht sich auf 12 Proz.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Nützliche Elemente.

In Dresden stehen Kapital und Arbeit in der Gießereiindustrie kämpfend gegenüber. Des gleißenden Goldes Macht läßt bei solchen Gelegenheiten oft aus den Reihen der Arbeiter dem Kapital Helfer erstehen. Ein solches für das Kapital nützliches Element ist der Former Kreideweiß aus Berlin. Dieser Prachtarbeiter spielt nicht nur Arbeits—williger, er fühlt weiter sich als Retter des Unternehmertums. Er versprach, in eigener Person nach Berlin zu reisen und noch mehrere Raustreiber einzufangen. Der Termin wurde auf den 27. März festgesetzt, genau auf den 27. März! Vorher hatte besagter Kreideweiß in der „Volks-Zeitung" ein Inserat losgelassen, laut welchem Former für Kunstwerke nach Dresden gesucht werden. Meldungen sollten Ziethenstr. 21 (Rixdorf) erfolgen. Hier wohnt noch die Frau des — Agenten. Kreideweiß kam nach Berlin und warb Arbeitswillige. Vor uns liegt ein Zettel, von der Hand des Agenten beschrieben. K. bestätigt dem Former G. Eisendorf, daß er ihn für ein Dresdener Kunstwerk engagiert hat. Die Fahrkosten sollten nach sechs Wochen zurückerstattet werden. Für den 27. nachmittags war die Reise des Werbers mit den Angeworbenen nach Dresden angesetzt. Vorher hatte Herr Kreideweiß aber erst noch eine sekrete Angelegenheit zu erledigen, er hatte — Nützliches mit Angenehmem zu verbinden gewußt. In einem bekannten Gebäude in Rixdorf hatte Herr Kreideweiß am Dienstagmorgen eine Unterredung mit einigen Herren, die über gewisse Fähigkeiten des extra von Dresden Herübergekommenen Aufschluß wünschten. Herr K., der wohl merkte, daß es am besten sei, den Herren — im Talar — keine unnötige Mühe zu verursachen, ließ sich nicht allzu lange nötigen. Er räumte ein, als Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von mehreren Vertrauensleuten Material — Marken, Listen usw. — erlistet zu haben. Diese Wertzeichen setzte er in bar um. Da er aber konsequent vergaß abzurechnen, wurde der Verband um zirka 170 M. geschädigt. Was K. mit den Listen — verdient hat, läßt sich nicht nachweisen, er hat sie natürlich verloren! — Ganz unbelohnt konnte solche Heldentat nicht bleiben. Nachdem der Herr Werbeagent sich drei Wochen Staatspension hatte zudiktieren lassen, wurde er in Gnaden entlassen; er kann nun seine nützliche Tätigkeit als — auserwählte Stütze der Staatsordnung und des Kapitals wieder aufnehmen. — Wir beneiden Dresden wegen solcher Bereicherung nicht.

Die neuen Tarifforderungen der Berliner Bäcker

wurden am gestrigen Dienstag in einer stark besuchten Gesellenversammlung, die in Kellers Saal stattfand, formuliert: Kost und Logis darf den Gesellen vom Meister in keiner Form als Lohnersatz gewährt werden, auch sind Lohnabzüge für gewährte Naturalien unzulässig. Wo bisher die Gesellen noch Kost und Logis vom Meister erhalten haben, muß als Ersatz dafür ein wöchentlicher Lohnzuschlag von 12 Mark zum bisherigen Lohn gezahlt werden. Der Minimallohn beträgt in Betrieben mit 1 und 2 Gesellen 23 M., mit 3—7 Gesellen 25 M. und mit mehr als 7 Gesellen 27 M. pro Woche. Gesetzlich zulässige Ueberstunden werden mit 60 Pf. vergütet. Für Aushilfe darf keinesfalls weniger als für ständige Arbeiten bezahlt werden. Die Arbeitszeit darf im Höchstfalle bis zu 12 Stunden ausgedehnt werden, wenn in diese 12 Stunden eine einmalige oder geteilte Ruhepause von einer Stunde fällt. Wird diese Pause nicht gewährt, so darf die Arbeitszeit 11 Stunden nicht überschreiten. Der Tarif regelt dann noch die Lehrlingsfrage und setzt fest, daß die Arbeitsvermittelung durch den bestehenden paritätischen Arbeitsnachweis zu erfolgen hat. Zur Durchführung des Tarifs und zur Schlichtung von Differenzen ist eine paritätische Schlichtungskommission einzusetzen. Gültigkeit soll der Tarif haben bis zum 1. Mai 1908. Die Forderungen sollen von der Verbandsleitung im Einverständnis mit den Gesellenausschüssen bereits in den nächsten Tagen den Bäckerinnungen Berlins und der Vororte zugestellt werden. Gelingt es, mit den Innungen einen Tarifvertrag auf Grundlage derselben abzuschließen, so gilt der alte, am 1. Oktober dieses Jahres ablaufende Tarif laut derzeitiger Abmachung vor dem Einigungsamt damit als gefallen. Kommt ein Vertrag mit den Innungen jedoch nicht zu stande, so behält der alte Tarif für alle tariftreuen Meister seine Gültigkeit bis zum 1. Oktober. Dagegen wird sich die Lohnbewegung dann um so intensiver auf die tariffeindlichen Meister erstrecken, um diese zur Anerkennung der neuen Forderungen nötigenfalls zu zwingen. Als tariftreu kommen von den rund 2500 Bäckermeistern etwa 1100, also die kleinere Hälfte in Betracht.

Ein christlicher Arbeitgeber.

Die Hausdiener des streng christlichen Wäschemagazins von Heinrich Jordan, Markgrafenstraße 104/107, haben die Arbeit niedergelegt. Dieser Hoflieferant verstand es noch besser wie manch anderer, seine Angestellten jahrelang mit den allerniedrigsten Löhnen abzuspeisen. Alle gütlichen Versuche, diese Musterchristen doch zu bewegen, die Gehälter, welche 60 bis 90 M., im Höchstfall 95 M. pro Monat, letztere Summe jedoch erst nach jahrelanger Tätigkeit, betrugen, aufzubessern, schlugen fehl. Daß es die Inhaber mit ihrem christlichen Gewissen und geschäftlichen Ruf vereinbaren können, verheiratete Leute mit solchen Löhnen abzuspeisen, sollte man bei der anhaltenden Teuerung kaum für möglich halten. Die Arbeitgeber verstanden es aber auch sonst, ihre Hausdiener in jeder Weise zu drangsalieren. Jede Stunde, welche durch irgend einen Umstand im Geschäft versäumt, wurde, obgleich ungesetzlich, abgezogen. Die Berufsgenossen, welche sich an den Verein Berliner Hausdiener um Hülfe wandten, mußten erfahren, daß ihre humanen Chefs den berechtigten Wünschen und Beschwerden ihrer Hausdiener gegenüber nicht das geringste Entgegenkommen zeigten. Da alle Versuche der Kollegen, auf gütlichem Wege etwas zu erreichen, fehlschlugen, sahen sich dieselben genötigt, geschlossen die Arbeit niederzulegen. An alle Berufskollegen richten wir das dringende Ersuchen, diesen christlichen Musterbetrieb streng zu meiden und vollste Solidarität zu üben. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck ersucht.

Verein Berliner Hausdiener.

Die Lohnbewegung in den Wagenfabriken.

Für die streikenden Arbeiter der Wagenfabriken von Kühlstein, Leuschner, Franke, Kliemt und Wienicke fand am Dienstagvormittag eine stark besuchte Streikversammlung statt, in der Siering als Obmann der Lohnkommission Bericht über den Stand des Streiks erstattete. Es ging daraus hervor, daß eine Veränderung bisher nicht eingetreten ist. Die Arbeitgeber sind bemüht, von auswärts Arbeitskräfte heranzuziehen, ohne aber bis heute Erfolg damit zu haben. Um eine eventuelle Verständigung herbeizuführen, wurde von seiten der Lohnkommission an den Direktor der Firma Kühlstein als Leiter der Arbeitgeber ein Schreiben gerichtet, worin dieselbe um eine gemeinschaftliche Aussprache ersuchte, um dadurch verschiedene Mißverständnisse, die sich bemerkbar gemacht haben, zu beseitigen. Die Antwort der Unternehmer war eine ablehnende. Die Herren wiesen darauf hin, daß sie nur mit ihren Arbeitern verhandeln würden, und auch nur da, wo es noch „angängig und notwendig" wäre. Dieses Schreiben sowie die Zusendung der Papiere an die Streikenden sind anscheinend die letzten Trümpfe der Arbeitgeber. Die Streikenden zeigen aber keine Neigung, sich dadurch beeinflussen zu lassen.

Die Tarifbewegung der Herrenmaß- und Konfektionsschneider nimmt ihren regulären Fortgang. Wie in der letzten Schneiderversammlung in den Johannissälen berichtet wurde, sind zu den kürzlich erwähnten 16 Firmen, welche die Forderungen anerkannten, noch 6 Firmen mit zirka 150 Gesellen hinzugekommen. Der Streik bei der Firma Rapierkowski ist dahin erledigt, daß den Arbeitern eine zehnprozentige Lohnerhöhung bewilligt wurde. In Rixdorf kam es ebenfalls in mehreren Geschäften zur Arbeitsniederlegung; in zwei Geschäften dauert der Streik noch fort, mit den übrigen konnte eine Einigung erzielt werden. Besonders eigenartig benahm sich die Firma Rosner in der Bergstraße, die derartig niedrige Löhne „festsetzen" wollte, wie sie wohl in keinem anderen Geschäfte üblich sind. Die Gesellen faßten das „Angebot" denn auch als eine direkte Verhöhnung auf. Eine scharfe Kritik wurde auch an dem Verhalten der Firma Pluskiewitz in der Markgrafenstraße geübt, denn deren Inhaber hat den erst vor acht Tagen anerkannten Tarif bereits wieder gebrochen. Ueber das Geschäft ist deshalb die Sperre verhängt worden. Ebenfalls hält die Firma Schulmeister am Kottbuser Tor den Tarif nicht inne. Die Organisation dürfte sich demnächst mit der Frage beschäftigen, ob es nicht besser ist, dieser Firma den Tarif überhaupt zu entziehen. Mitgeteilt wurde sodann, daß die Schneider bei der Berliner Gewerkschaftskommission den Antrag gestellt haben, alle diejenigen Geschäfte, welche die geforderte Errichtung von Betriebswerkstätten verweigern, zu boykottieren. Es gelangte hierauf einstimmig folgende Resolution zur Annahme:

Die Versammlung hat von der augenblicklichen Situation in der Berliner Herrenmaß- und Konfektionsbranche Kenntnis genommen. Sie erklärt sich mit den von der Organisationsleitung — dem Verbande der Schneider und Schneiderinnen — getroffenen Maßnahmen einverstanden und verpflichtet die Berufskollegen, in dem von der Organisationsleitung vorgeschlagenen Sinne weiter zu wirken.

Die Versammelten erklären ferner, daß nach wie vor die Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern nur durch Vermittelung der Organisation und im Beisein von Vertretern derselben zu führen sind, da erst hierdurch eine sichere Gewähr gegeben ist, daß versprochene Abmachungen auch gehalten werden.

Den augenblicklich sich im Streik befindlichen Kollegen sprechen die Versammelten ihre Sympathie aus und sichern ihnen auch sonst die nach Lage der Verhältnisse eventuell notwendige moralische und finanzielle Unterstützung zu.

Hinsichtlich der Forderungen an die Konfektionsgeschäfte betreffend die Errichtung von Betriebswerkstätten spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß die Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission dem Antrag der Schneider, diese Geschäfte zu boykottieren, ihre Zustimmung nicht versagen werden, da es sich um eine Forderung handelt, deren Berechtigung die jüngst stattgefundene Heimarbeitsausstellung zur Evidenz bewiesen hat.

Der Streik bei der Firma H. Simon, Kalksandsteinwerke in Köpenick, ist zugunsten der Arbeiter beendet.

Deutsches Reich.

Achtung, Grundierer! In der Goldleistenfabrik von Zinke Nchfg. in Ottersleben bei Magdeburg wurde ein verheirateter Grundierer nach siebenjähriger Tätigkeit entlassen, weil er zuviel Lohn verdient (22 M. pro Woche!). Alle Grundierer sind hiermit gewarnt, sich dorthin verlocken zu lassen.

Der Vorstand des Verbandes der Vergolder.

Eine Konferenz der Modelltischler Deutschlands tagte am Freitag und Sonnabend in Halle. Es waren 70 Delegierte, vom Hauptvorstand Leipart-Stuttgart und als Gast Ring-Wien erschienen. Im Holzarbeiterverband organisiert sind gegenwärtig etwa 3140 Modelltischler, während etwa 8000 in Deutschland beschäftigt sein sollen. Bedauert wurde, daß der Vorstand des Metallarbeiterverbandes in Stuttgart keinen Vertreter behufs Regelung der sogenannten Grenzstreitigkeiten gesandt hat. Auch der Metallarbeiterverband nimmt Modelltischler als Mitglieder auf, was von den Modelltischlern übel aufgefaßt wird.

Ueber die Lage der Modelltischler referierte Strobl-Hamburg. Aus dem Referat sei hervorgehoben, daß die sanitären und hygienischen Verhältnisse in den Werkstätten sehr betrübend sind und die Krankheitsziffer unter den Kollegen bedeutend ist, weil der Staub, der an den Modellen haftet, einen zerstörenden Einfluß auf die Lungen ausübt. Das Durchschnittsalter der Modelltischler beträgt nach der im Jahre 1902 vom Holzarbeiterverband aufgenommenen Statistik, an der sich 1488 Kollegen beteiligten, 31,6 Jahre. Das Ueberstundenwesen sei noch sehr verbreitet; Löhne von 22—24 Pf. pro Stunde wären an der Tagesordnung. Mancher Straßenkehrer verdiene mehr als ein Modelltischler, der eine dreijährige Lehrzeit absolvieren müsse. Die höchsten Löhne würden in Berlin, die niedrigsten in Görlitz in Schlesien gezahlt.

Ueber Organisation und Agitation referierte Weller-Nürnberg, der eine ganze Reihe Vorschläge zur Hebung der Organisation und Lage der Modelltischler unterbreitete. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß Unternehmer in Bremen russische Modelltischler angeworben haben, und jene Arbeiter 45 Pf. Lohn pro Stunde erhalten sollten, aber 60 Pf. pro Stunde verlangten. Einige Redner empfahlen, die sozialdemokratische Presse energisch zu verbreiten und darauf hinzuwirken, daß die Kollegen nicht zu einseitigen Gewerkschaftlern erzogen würden. Der Befreiungskampf liege mehr auf politischem Gebiete. Was nütze eine Lohnzulage, die den Arbeitern durch hohe Zölle usw. wieder genommen würde. Nach einem Vortrage von Prühl-Berlin über die Taktik bei Lohnbewegungen und Aussperrungen entspann sich eine sehr lebhafte Debatte über mehr interne Organisationsangelegenheiten. — Es wurde u. a. die Errichtung einer Zentralkommission mit dem Sitz in Magdeburg beschlossen. Am Sonnabend abend gegen 7 Uhr wurde die Konferenz mit einem Hoch auf die Organisation beendet.

Aus dem Braunkohlengebiet Zeitz-Weißenfels und Meuselwitz.

Am Sonntag waren sämtliche Versammlungen der Bergarbeiter überfüllt, im Meuselwitzer Revier mußten die Säle abgesperrt werden. Ueberall wurden nach den Referaten Resolutionen, in denen die Arbeitseinstellungen am Montag früh angekündigt wurden, zum Teil einstimmig, zum Teil gegen wenige Stimmen angenommen. Am Montag früh begann dann auch der Streik. Im Meuselwitzer Revier ist die Arbeitseinstellung fast allgemein. Auf den Gruben „Fürst Bismarck", „Schädergrube", „Leonhardt I und II", „Vereinsglück", „Heureka", „Fortschritt" und „Friedensgrube" arbeiten nur etwa 120 Mann, meist oberirdisch, während nahezu 1500 Mann streiken. Für den Montagabend und Dienstag früh wird weitere Arbeitseinstellung auf den Gruben des Rositzer Bezirks erwartet. Nicht ganz so einheitlich ist die Bewegung auf den Gruben im Zeitz-Weißenfelser Bezirk, hier streikten bis Montag nachmittag 1240 Mann auf 13 Werken, in denen noch etwa 380 Mann arbeiten. Doch wird auch hier der Anschluß der noch Arbeitenden auf weiteren erwartet. Die Bergarbeiter haben drei Hauptbureaus in Zeitz, [illegible] und Meuselwitz, und in noch weiteren Orten Zweigbureaus e[illegible]. Verschiedene Verwaltungen versuchten am Montag früh mit Belegschaften Verhandlungen anzuknüpfen, das wurde aber seitens der Arbeiter abgelehnt, da nur die Fünferkommission dazu berechtigt ist. Hoffentlich verlassen die Grubenbarone bald ihren „Herrenstandpunkt". Nennenswerte Vorräte an Kohlen usw. sind nicht vorhanden.

Gernegroßspielerei.

In Essen sind die Delegierten der Herren Maler- und Anstreichermeister aus angeblich 98 Städten und Orten von Rheinland und Westfalen zusammengewesen, um sich den Spaß zu machen, einen „Arbeitgeberverband für das Maler- und Anstreichergewerbe in Rheinland und Westfalen" mit dem Sitz in Elberfeld zu gründen. Nach Ansicht der tonangebenden Kreise dieses kleingewerblichen Berufszweiges soll der Verband in erster Linie die Verhütung oder Minderung der Streiks, die Herbeiführung geordneter Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die Regelung des Submissionswesens bezwecken.

Das klingt ja so weit recht vielversprechend, nur werden die Kleinkrauter, die zweifellos die Mehrheit dieses sogenannten Aucharbeitgeberverbandes bilden werden, dabei die Erfahrung machen, daß sie wieder mal ihren leistungsfähigeren Konkurrenten lediglich den Strick drehen, mit dem diese die Kleinen erdrosseln werden. Es scheint, daß die Herren Pinselmeister wenig Zeit haben, Zeitungen zu lesen, sonst müßte ihnen doch ein ähnliches Experiment in Hannover als abschreckendes Beispiel dienen.

Die Schneider in Aachen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Ihre Forderungen, die vom „christlichen" Verbande formuliert wurden, sind typisch für die Hungerlöhne, die in der reichen Bäderstadt Aachen gezahlt werden. Der Mindestlohn für Gesellen soll betragen: im ersten Jahre nach der Lehre 12 M., im zweiten 15, im dritten 18 und im vierten Jahre 21 M. die Woche; ältere Gesellen sollen 24 M. erhalten. Für Näherinnen werden 6, 9, 12, 15 und 18 M. gefordert. Die Arbeitszeit soll zehn Stunden betragen.

Die Schneider in Danzig werden heute den Streik beschließen, da ihnen die Arbeitgeber ganz unannehmbare Vorschläge gemacht haben.

Die Schuhmacher Königsbergs beschlossen in einer Versammlung in eine Lohnbewegung zu treten.

Das Pressen in eine christliche Streikbrecherorganisation ist — keine strafbare Handlung.

In Königsberg wird von den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe fortgesetzt der größte Terrorismus ausgeübt. Wer nicht dem „christlichen" Verräterverein beitritt — erhält keine Arbeit oder wird entlassen. Mit der Hungerpeitsche wird den Arbeitern die christliche Liebe beigebracht. In letzter Zeit haben nun mehrere vergewaltigte Arbeiter beim Staatsanwalt die Strafverfolgung der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes beantragt. Der Staatsanwalt hat aber kein Strafverfahren gegen die Terroristen eingeleitet, sondern den Arbeitern geantwortet, daß er in dem Vorgehen der Arbeitgeber keine strafbare Handlung erblicke. Auf eine Beschwerde beim Oberstaatsanwalt hat dieser gleichfalls geantwortet, daß der Terrorismus der Baulöwen straffrei sei. In Preußen sind bekanntlich vor dem Gesetze alle gleich; aber wenn die Arbeiter nur halb so viel Gewalt anwenden würden, hätten sie längst Anklagen und hohe Gefängnisstrafen erhalten. „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.

Ausland.

Die Ablehnung der direkten Aktion beschlossen mit großer Mehrheit die Gewerkschaften der welschen Schweiz auf eine Anfrage des Komitees der westschweizerischen Arbeiterunionen.

Konflikt im Baugewerbe Kopenhagens. Seit Jahren streben die baugewerblichen Arbeiter Kopenhagens nach einer Verkürzung der zehnstündigen Arbeitszeit, die bereits 30 Jahre lang besteht. In einen Kampf dafür einzutreten, schien jedoch bisher wegen der schlechten Konjunktur nicht ratsam. In diesem Frühjahr wird es aber wohl, falls die Unternehmer nicht nachgeben, zu einem Kampf um die neunstündige Arbeitszeit kommen. Der Dänische Zimmererverband hat den Unternehmern bereits mitgeteilt, daß, falls ein der Forderung entsprechendes Uebereinkommen nicht bis zum 1. April erzielt wird, die Arbeit in Kopenhagen und den Vororten niedergelegt werden soll. Außer im Zimmerergewerbe läuft an diesem Tage auch der Tarifvertrag im Klempnergewerbe ab. Für diese beiden Berufe haben am Sonnabend Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, die sich zu einer halbstündigen Verkürzung der Arbeitszeit bereit erklärten, was den Vertretern der Arbeiter jedoch nicht genügt. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Die Bewegung der amerikanischen Kohlengräber.

Der Verein der Bergarbeiter hat gestern den Besitzern von bituminöse Kohle liefernden Bergwerken ein Ultimatum gestellt und unter Bezugnahme auf die im Jahre 1903 festgesetzten Lohntarife eine Lohnerhöhung um 5,55 Prozent gefordert. Die Bergwerksbesitzer wollen heute ihre Antwort geben; dieser Vorschlag ist von den Arbeitern angenommen worden.

Eingegangene Druckschriften.

5. Jahresbericht des Arbeitersekretariats in Köln Geschäftsjahr 1905. Nebst 5. Jahresbericht der Kartellkommission der Gewerkschaften daselbst. Geschäftsjahr 1905. 100 Seiten. Preis 20 Pf. Druck der „Rheinischen Zeitung", Köln.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Lebenslänglich Zuchthaus.

Zweibrücken, 27. März. (W. H.) Das Schwurgericht verurteilte heute mittag nach 1½stündiger Verhandlung den 27jährigen verheirateten Fabrikarbeiter Gustav Engel aus Mariental **wegen Ermordung seines eigenen Vaters zu lebenslänglichem Zuchthaus.** Die mitangeklagte Mutter Engels wurde freigesprochen.

Studentendemonstrationen.

Wien, 27. März. (W. H.) Wie aus Bukarest gemeldet wird, haben dort gestern abend **Studentendemonstrationen** stattgefunden, **weil im Nationaltheater zugunsten eines Wohltätigkeitsvereines ein französisches Theaterstück aufgeführt wurde,** was die rumänischen Studenten nicht dulden wollten. Die Demonstrationen arteten schließlich in einen **blutigen Straßenkampf aus, wobei die Studenten von Revolvern Gebrauch machten.** Das einschreitende Militär mußte infolgedessen mit der Waffe vorgehen, wobei **zwei Demonstranten getötet und gegen 300 mehr oder minder verletzt wurden.** Auch eine große Anzahl Soldaten wurden verwundet.

Neue Verhaftungen.

Riga, 27. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Polizei hat heute **drei Revolutionäre verhaftet.** Man fand bei ihnen fünf Revolver, 1500 Patronen und eine Kiste mit Proklamationen und aufreizenden Schriften **sowie eine wichtige Korrespondenz.**

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

78. Sitzung. Dienstag, den 27. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Tisch des Bundesrats: v. Tirpitz, Prinz Hohenlohe.

Eingegangen ist das Etatsnotgesetz.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfes betr. Uebernahme einer Reichsgarantie für die Eisenbahn von Duala nach den Manengubabergen.

Der Gesetzentwurf wird ohne Besprechung **definitiv angenommen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Dänen Jessen.**

Darauf wird die zweite Beratung des Flottengesetzes fortgesetzt.

Abg. Dr. **Spahn** (Z.): Ich hätte mich auf eine kurze zustimmende Erklärung beschränken können, wenn ich nicht auf einige Ausführungen vom gestrigen Tage zurückkommen müßte. Dem Abg. Bebel gegenüber bestreite ich, daß wir einen Wechsel in unseren Ansichten vorgenommen haben. Wir haben uns bei früheren Vorlagen niemals für alle Zukunft festgelegt. Seitdem haben sich die Verhältnisse sehr geändert. **Wir müssen jetzt damit rechnen, daß wir einen**

Krieg mit England und Frankreich zugleich

führen müssen. In einem solchen Falle müssen wir aber eine Blockierung unserer Küsten verhindern können.

Zu der Vorlage ist ein Antrag des Abg. Ablaß eingegangen: Die Kosten der Flottenvorlage durch eine Reichsvermögenssteuer zu decken und die Bewilligung von der Einführung dieser Steuer abhängig zu machen. Dieser Antrag stellt ein singuläres (außergewöhnliches) Vorgehen dar, von dem ich nicht weiß, ob es Vorgänger hat. Ich meine, es wäre am besten, den Antrag der Steuerkommission zu überweisen. (Heiterkeit im Zentrum.)

Abg. Frhr. v. **Richthofen** (k.): Mit Freuden kann ich anerkennen, daß der Sinn für die Flotte nie so stark gewesen ist wie heute! Das Verständnis dafür ist gewachsen in allen Kreisen der Bevölkerung, und zwar nicht durch die Agitation. Der Sinn für die Flotte war zu allen Zeiten das Barometer für die Reichsseele des deutschen Volkes. Als der Große Kurfürst, der erste Prophet deutscher Einheit, daran ging, seine Pläne zu verwirklichen, da gründete er eine Flotte. Als das Parlament in Frankfurt zusammentrat, war der erste Gedanke die Schaffung einer Flotte. Als der Norddeutsche Bund ins Leben trat, war es ebenso. Als das Deutsche Reich entstand, wiederholte sich der Vorgang. Von allen Parteien hat sich nur noch e i n e Partei gegen den Inhalt der Vorlage gewandt. Eine zweite hat sie aus an sich sehr wichtigen politischen Prinzipiengründen abgelehnt, hauptsächlich weil sie die etatsmäßige Bindung auf Jahre hinaus verwarf. Aber nur mit Hülfe dieser Bindung ist ein billiger Bau und eine sichere Kalkulation auf Jahre voraus möglich. Ich schließe also mit der Bitte um unveränderte Annahme der Vorlage. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (frs. Vp.) verliest im Namen der Freisinnigen und der Deutschen Volkspartei folgende Erklärung: „Wir stimmen der in dem „Entwurf einer Novelle zum Gesetz betr. die deutsche Flotte vom 14. Juni 1900" geforderten Vermehrung der Auslandsschiffe a n s i c h z u und sind bereit, i m R a h m e n d e s E t a t s die zum Bau der geforderten Auslandsschiffe nötigen Mittel zu bewilligen. Wir sind jedoch nach wie vor Gegner einer ebenso überflüssigen wie unkonstitutionellen Bindung des Ausgabebewilligungsrechtes des Reichstages im Rahmen eines Gesetzes, umsomehr, als die Geschichte des letzten Jahrzehnts die Unmöglichkeit der Einhaltung eines gesetzlich festgelegten Bauplanes erwiesen hat. Aber selbst wenn wir unter den jetzigen politischen Verhältnissen diese schweren konstitutionellen Bedenken nicht als entscheidend erachten wollten, müßten wir volle Sicherheit dafür haben, daß die zur Verschärfung der Flotte erforderlichen Mehrausgaben nur tragfähigen Schultern auferlegt und nicht im Widerspruch zu § 6 des Flottengesetzes vom 14. Juni 1900 durch indirekte, den Massenverbrauch von neuem belastende Steuern oder durch Handel und Gewerbe schädigende, den Verkehr erschwerende Stempelabgaben gedeckt werden. Wir beantragen daher, die Mittel für die Mehrforderungen zum Ausbau der Flotte aus einer Reichsvermögenssteuer zu beschaffen und unterbreiten dem Hause zugleich entsprechende Ergänzungen zu dem vorliegenden Gesetzentwurf." (Der gestern gegebene Antrag Ablaß.) (Bravo! links.)

Staatssekretär im Reichsmarineamt v. **Tirpitz**: Es erfüllt mich mit Genugtuung, daß der Abg. Dr. Müller-Sagan und seine politischen Freunde die Forderungen der verbündeten Regierungen nach ihrer sachlichen Seite hin anerkennen. Wenn sie aber die Bindung ablehnen, so fühle ich mich doch gedrungen, hier persönlich meine Ansicht und die Ansicht aller Experten (Sachverständigen) auszudrücken, die Ansicht nämlich, daß wir nicht annähernd so weit gekommen wären, wenn wir nicht den großen lebendigen Plan des Flottengesetzes gehabt hätten. Die ganze Entwickelung unserer Werften, unserer Hafenbauten, unserer Kasernen, unserer Schulen, unserer Lazarette, kurz des ganzen Zubehörs einer großen Marine, macht eine langjährige Bindung notwendig. Wir hätten den Schiffsbau nicht so regeln können, ebensowenig die Anpassung des Personalzuwachses an den Materialzuwachs. Ich habe auch mit einer großen Reihe von Experten des Auslandes gesprochen, und überall ist mir eine zustimmende Antwort auf meine Frage nach dem Nutzen langer Bindung zuteil geworden. Ich glaube, daß es uns nur durch das Flottengesetz möglich geworden ist, daß unsere Flotte nach meiner persönlichen Ansicht der französischen jetzt schon gleichwertig ist. (Hört! hört!)

Was die etatsmäßigen Bedenken anbetrifft, die in der Erklärung des Abg. Dr. Müller-Sagan Ausdruck gefunden haben, so muß ich doch, wie schon in der Kommission, darauf aufmerksam machen, daß der § 6 des Flottengesetzes, unter welches ja auch diese neuen Schiffe fallen sollen, die alljährliche etatsmäßige Bewilligung der Kreuzer vorsieht; eine gesetzliche Bindung des Reichstages für die Bewilligung dieser Kreuzer besteht also nicht. Allerdings rechnen die verbündeten Regierungen darauf, daß eine Ablehnung der Kreuzer nach Annahme dieses Gesetzes nur in ganz unabwendbaren Fällen erfolgen soll! Vielleicht tragen diese meine Ausführungen dazu bei, daß der Abg. Dr. Müller-Sagan und seine Freunde die Frage ihrer Zustimmung zu den Gesamtforderungen für unsere Marine noch einmal in Erwägung ziehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf **Arnim** (Rp.): Auch ich bin der Ansicht, daß der Antrag in die Steuerkommission gehört. Was die Vorlage selbst betrifft, so handelt es sich nur um einen Wechsel, der 1900 unterschrieben und nunmehr präsentiert ist. Leider scheint mir, daß die Erfahrungen der letzten Jahre und insbesondere des russisch-japanischen Krieges, nicht genügend berücksichtigt sind. England hat auf Grund dieser Erfahrungen 18 Schiffe ausrangiert. Amerika 17 Schiffe. Da scheint mir doch, als ob auch wir die Altersgrenze herabsetzen müßten.

Die einzige Partei, welche auch diese den Handel besonders schützende Vorlage abgelehnt hat, ist die Sozialdemokratie. Ich bin aber überzeugt, daß der gesunde Sinn des Volkes sich nicht unter diese Politik der Sozialdemokratie beugen wird, die nach einem Worte des Fürsten Bülow den nationalen Selbstmord bedeutet. Herr Bebel hat ja offen erklärt, daß er eine Niederlage, wie sie die Franzosen 1870 erlitten haben, für Deutschland herbeisehnt, falls dieselbe die soziale Republik bringen würde. (Hört! hört! rechts.) Aber die Arbeiter werden es nicht verstehen, daß sie deshalb vaterlandslos, flottenlos werden sollen, weil die Sozialdemokratie manchmal ihre Interessen vertritt. Herr Bebel beschwert sich über das agitatorische Benehmen des Flottenvereins! (Heiterkeit rechts.) Die Partei, die für die Freiheit der Vereinstätigkeit schwärmt, bezeichnet diesen Verein als gemeingefährlich, weil er ihr unbequem ist und ihr bei den Wahlen vielleicht das Wasser abgraben kann. **Was patriotisch ist, kann überhaupt nicht gemeingefährlich sein.** (Sehr richtig! rechts.) Gerade im Interesse der Arbeiter liegt es, diese Vorlage anzunehmen. Ich freue mich nicht nur über die aufklärende Tätigkeit des Flottenvereins, sondern auch über die Spende der Jugend. Wenn für die 60 000 Mark auch nur ein Boot angeschafft wird, das als Spende der „Flottenjungen" im Auslande erscheint, so wird das einen erhebenden Eindruck machen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (frs. Vp.) begründet den Antrag Ablaß auf Einführung einer Reichsvermögenssteuer zur Deckung der Mehrforderungen des Flottengesetzes. — Der Patriotismus auf Kosten anderer ist nicht viel wert; wer die Flottenforderungen wirklich populär machen will, muß für unseren Antrag stimmen. (Lebhafter Beifall links.)

Reichsschatzsekretär Frhr. v. **Stengel**: Der Bedarf für die Flottenvorlage ist einbezogen in den allgemeinen Deckungsbedarf der im vorigen Jahre eingebrachten Reichsfinanzreformvorlage. Diese Vorlage hat die Kommission in angestrengter Arbeit in etwa 40 Sitzungen fast bis zum Ende beraten. In dieser Kommission ist ein Versuch, eine Resolution auf Einführung einer direkten Reichseinkommens- und Vermögenssteuer an den Reichstag zu bringen, gescheitert. Die unterlegene Minderheit verlangt nun vom Plenum, daß es die Arbeiten der Kommission vor ihrer Beendigung durchkreuzen soll. Ich enthalte mich jeder näheren Kritik dieses Verfahrens (Unruhe links) und beschränke mich lediglich auf die Erklärung, daß **die verbündeten Regierungen einmütig entschlossen sind, jeden Versuch einer direkten Reichseinkommen- oder Reichsvermögenssteuer unbedingt abzulehnen.** (Bravo! rechts.) Ich bitte Sie, den Antrag Ablaß abzulehnen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Liebermann von Sonnenberg** (Wirt. Ver.): Der Antrag Ablaß ist mir theoretisch sympathisch. Aber auch, wenn nicht alle Schwierigkeiten vorliegen würden, müßten wir diesen Antrag jetzt ablehnen. (Zuruf links: Warum?) Der freisinnige Antrag scheint mir nur eine Rückendeckung für eventuelle Ablehnung der Vorlage zu sein, eine Rückendeckung gegenüber der flottenfreundlichen Stimmung in den freisinnigen Wählerkreisen.

Abg. **Mommsen** (frs. Vg.): In allen bürgerlichen Parteien haben sich die Ansichten über die Flotte sehr geändert. Man irrt sich aber, wenn man diese Meinungsänderung der Agitation des Flottenvereins zuschreibt. Damit schreibt man diesem Verein eine Bedeutung zu, die er nicht besitzt. (Sehr richtig! links.) Der Flottenverein hat vielleicht mehr geschadet als genutzt. Die gestrige Rede des Abg. Bebel z. B. bestand außer aus Reminiscenzen aus den stenographischen Protokollen parlamentarischer Verhandlungen über Marinevorlagen aus nichts anderem als aus einer Polemik gegen den Flottenverein. Die Anfänge der deutschen Flotte sind dem Liberalismus zu danken. (Unruhe rechts.) Sie (zu den Konservativen) waren damals Gegner der Flotte. Ich freue mich, daß jetzt auch die Konservativen der Flotte mit derjenigen Sachlichkeit gegenüberstehen, die wir gewünscht haben, und ich hoffe, daß Sie immer auf diesem Standpunkt stehen bleiben werden, auch wenn die Politik einmal nicht so gehen sollte, wie es die Herren wünschen. (Sehr gut! links. Große Unruhe rechts.)

Was die finanzielle Deckung betrifft, so ist unsere Stellung zum Antrage Ablaß klar. Für das Volk hat die Erbschaftssteuer schlechterdings die Bedeutung einer direkten Steuer. Warum hat sich denn auch sonst die Reichsregierung jahrzehntelang gegen eine Erbschaftssteuer gesträubt? Das eine steht fest: Die Art und Weise, wie die Steuerkommission aus allen Ecken und Endchen kleine Steuerchen, die gar keinen Sinn haben, zusammensucht, verträgt sich auf die Dauer schlechterdings nicht mit der Würde des Deutschen Reiches. (Sehr richtig! links.) Wir würden jedenfalls sehr viel leichter weite Volkskreise, auch solche Kreise, die zur Wahlurne des Herrn Bebel gehen, für die Flotte umstimmen können, wenn die Ausgaben durch eine direkte Reichssteuer gedeckt würden. Wir sind f ü r d e n A n t r a g Ablaß, wie wir immer für eine direkte Reichseinkommen- und Vermögenssteuer gewesen sind. Wenn man im Antrage Ablaß ein Mißtrauensvotum gegen die Steuerkommission gesehen hat, so ist ein solches Mißtrauen wirklich nicht unberechtigt! (Sehr richtig! links.) Ich fürchte freilich, die Mehrheit des Hauses wird den Antrag derselben Steuerkommission überweisen, für die er ein Mißtrauen ausdrücken wollte!

Finanzminister v. **Rheinbaben**: Obwohl der Vorredner und seine Partei den Antrag Ablaß nicht mitunterzeichnet haben, werden sie ihm doch, wie ich zu meinem Bedauern vernommen habe, zustimmen. Daher erscheint es mir als meine Pflicht, den ernsten Bedenken, denen bereits Frhr. v. Stengel Ausdruck gegeben hat, auch meinerseits Worte zu verleihen. — Wenn ich mich meiner juristischen Vergangenheit entsinne, möchte ich sagen, daß der Antrag Ablaß verdient, „angebrachtermaßen und nach dem Klagefundament abgewiesen zu werden". Sie haben alle Steuervorlagen einer Kommission überwiesen, und es würde den Gepflogenheiten des Hauses widersprechen, mitten im Laufe der Kommissionsberatungen ein einzelnes Steuerobjekt den Beratungen der Kommission zu entziehen und wieder vor das Plenum zu bringen. Der Abg. Mommsen hat sich die Sache mit der Vermögenssteuer sehr leicht gemacht. Die ganze Sache bei der außerordentlichen Verschiedenheit der Verhältnisse durchzuführen, hat er freundschaftlichst uns überlassen. (Heiterkeit rechts.) Den Vorschlag, einstweilen das preußische Ergänzungssteuergesetz überall in den deutschen Landen einzuführen, hat er sich doch wohl nicht genügend überlegt; denn es ist auf preußischen Verhältnissen aufgebaut, auf die preußische Behördenorganisation, das ganze preußische öffentliche Recht und paßt auf die total anderen Verhältnisse Bayerns, Elsaß-Lothringens oder Hamburgs ganz und gar nicht. Es war schon ein außerordentliches Entgegenkommen, daß wir die Erbschaftssteuer bewilligten. Nachdem wir nun die eine Backe hergereicht haben, will man uns auch auf die andere noch einen Streich versetzen. (Heiterkeit.)

Abg. **Büsing** (natl.): Als Vorsitzender der Steuerkommission halte ich mich doch für verpflichtet, einige Worte gegen die Kritik des Herrn Mommsen zu sagen. Wir haben uns nach bestem Wissen bemüht, das große Ziel zu erreichen, zu dessen Erreichung wir eingesetzt sind: die Durchführung der Reichsfinanzreform. Ob die Kommission im einzelnen das Richtige getroffen hat, wird das hohe Haus in zweiter Lesung entscheiden. Kritisieren ist leicht, es handelt sich um das Bessermachen. Wer das kann, soll der Kommission willkommen sein. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Reichseinkommensteuer!) Auch das ist leicht gesagt, Sie wissen, daß ein derartiger Beschluß auf die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht rechnen kann. Die Kommission hat sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt, nur das Erreichbare zu erstreben, alles andere ist graue Theorie. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wer die Reichsfinanzreform ernsthaft will, der kann nur für Steuern eintreten, welche die Zustimmung der Mehrheit des Hauses und der verbündeten Regierungen finden können.

Abg. **Bruhn** (Ant.): Wir sind zwar für eine Reichsvermögenssteuer, lehnen aber doch jetzt den Antrag auf Einführung einer solchen ab. Wir hätten zwar eine weitergehende Flottenvorlage gewünscht, erkennen aber **doch die weise Beschränkung in der Regierungsvorlage an.**

Abg. Bebel (Soz.):

Dem Antrag Ablaß werden wir zustimmen, nicht weil wir ihn in allen Einzelheiten billigen können, sondern weil wir mit seinem Grundgedanken: daß die Kosten der Flottenvorlage von den leistungsfähigen Schultern getragen werden sollen, einverstanden sind.

Herr Büsing hat sich als Vorsitzender der Steuerkommission veranlaßt gesehen, für diese Kommission mit warmen Worten einzutreten, was ich ihm nicht übelnehme. Wenn er aber glaubt, daß die Resultate dieser Kommissionsberatung bei der Mehrheit der Nation irgendwelchen freudigen Anklang finden werden, erwartet er etwas, was niemals eintreten wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die ganze Art und Weise, wie die Steuerkommission ihre Arbeiten zu lösen versuchte, hat nach außen hin den denkbar ungünstigsten Eindruck gemacht. Man hat die Ueberzeugung bekommen, daß die Kommission sich in ständiger Verlegenheit befindet, daß sie erst mühselig Majoritäten zusammensuchen muß für möglichst verkehrte Steuerprojekte. Wenn Steuern verlangt werden für Projekte, von denen in erster Linie die besitzenden Klassen Vorteil haben, dann verlangt jeder im Volke, daß die herrschenden Klassen auch die nötige Opferwilligkeit beweisen, um die Mittel für die Zwecke zu beschaffen. (Sehr richtig! links.) Frhr. v. Stengel und der preußische Finanzminister sind mit großem Eifer gegen den Antrag Ablaß zu Felde gezogen. Durch die Stimmung im Hause war dieser Eifer eigentlich nicht begründet; denn die Herren wissen ganz genau, daß die große Mehrheit des Hauses für den Antrag Ablaß nicht zu haben ist. Aber es liegt ein psychologisches Moment in der Art der Bekämpfung dieses Antrages. Die Herren fühlen jedenfalls deutlich, daß dieser Antrag bei der großen Masse der Nation unter allen Umständen auf Sympathie rechnen kann. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Und um dieser Sympathie nach Möglichkeit zu begegnen, führen sie eine ganze Reihe von formalen Bedenken an, die der Einführung dieser Steuer entgegenstehen. Für uns gibt es kein Bedenken, das dieser Steuer ernsthaft im Wege stehen könnte, als nur das eine: das ist der fehlende Wille. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man konnte sich allerdings kurze Zeit dem Glauben hingeben, daß die Antragsteller für Artikel 6 des Flottengesetzes es mit ihrem Antrag ernst nehmen und bei Auftauchen neuer Steuerobjekte vor allen Dingen für Einhaltung dieser Bestimmung eintreten würden. Wer aber glaubte, sich auf die Festigkeit der Herren vom Zentrum verlassen zu können, der ist wieder einmal gründlich hereingefallen. Die Biersteuer und die Tabaksteuer gehören zu den Objekten, die unzweifelhaft unter Artikel 6 fallen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist also zweifellos, daß das Zentrum den Artikel 6 schon heute preisgegeben hat; wir werden bei Gelegenheit der Erörterung der Steuervorlagen noch näher darauf zu sprechen kommen. — Wenn Herr Büsing sagt, es handele sich darum, das Erreichbare zu verlangen, so ist das ja alle Zeit das Programm der Nationalliberalen gewesen. Darunter hat man bei ihnen stets verstanden, daß man etwas Bestimmtes nicht erreicht, weil man es nicht erreichen will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Parlament, das sich seiner Stellung bewußt ist, ist nicht dazu da, mit der Regierung zu paktieren und nach ihrer Pfeife zu tanzen. Das „Erreichbare" ist für Sie der bequeme Weg, auf dem man allen unangenehmen Erörterungen aus dem Wege geht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin zu sehr im parlamentarischen Leben alt und grau geworden, um nicht diese Art Taktik zu durchschauen.

Damit habe ich kurz den Standpunkt meiner Freunde dargelegt. Es versteht sich, daß wir immer und immer wieder für eine Reichsvermögenssteuer und Reichseinkommensteuer eintreten. Der Staat hat die Aufgabe, in erster Linie Vermögen und Besitz seiner Angehörigen nach außen zu schützen. Je größer das Vermögen und das Einkommen ist, desto größer ist die Aufgabe des Staates. Nichts ist vernünftiger und gerechter, als daß je nach dem Maße des Schutzes auch die Opfer bemessen werden. Diejenigen, die der Ansicht sind, daß Recht und Gerechtigkeit maßgebend sein sollen, müssen auch dafür sein, daß diejenigen, die am meisten haben, am meisten bezahlen. (Sehr wahr! links.)

Ich will nun zunächst einen kleinen Irrtum des Staatssekretärs richtig stellen. Der Herr Staatssekretär hat gestern meine Ausführungen dahin verstanden, daß ich der Marineverwaltung wegen ihres früheren Hin- und Herschwankens in der Frage des Flottenausbaues einen Vorwurf gemacht hätte. Das ist durchaus nicht der Fall gewesen. In dieser Richtung habe ich gar keine Erörterungen gemacht, weil unser Standpunkt in dieser Frage ein durchaus ablehnender ist. Ich habe mich nur auf Aeußerungen des Abg. Lieber bezogen. Es ist auch ein Grundirrtum, wenn Herr Dr. Spahn die Sache so darstellt, als ob Dr. Lieber gerade für einen festen Plan gewesen wäre. Einen bestimmten festen Plan hatte auch bereits Herr v. Hollmann. Der Plan, der 1897/98 in der Budgetkommission erörtert wurde, hatte eine bestimmte feste Erweiterung der Flotte in Aussicht genommen, aber der Vorgänger des Herrn v. Tirpitz war nicht geneigt, sich zu binden. Damals erklärte auch noch der Abg. Müller-Fulda: Der Handel brauche keine Schiffe, und Dr. Bachem vertrat die Ansicht, daß die Missionare keine Kriegsschiffe gebrauchten! Solche Aeußerungen beweisen denn doch, daß damals für das Zentrum prinzipielle Bedenken ausschlaggebend waren. Das ganze Zentrum legte sich damals offiziell auf die Erklärung fest, daß Deutschland unmöglich neben einer ersten A r m e e eine erste Flotte erhalten könne. Wenn je eine große politische Partei sich durch überraschend raschen Wechsel in ihren Anschauungen über eine wichtige Aufgabe des Staates gründlich bloßgestellt hat, so ist es das Zentrum in der Flottenfrage. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es wäre eine sehr dankbar Aufgabe für einen politischen Schriftsteller, die Stellung der einzelnen Parteien und Redner einst und jetzt zu den Flottenplänen in einer Broschüre zusammenzustellen. Das würde ein Hochgenuß werden, und das Zentrum käme dabei besonders schlecht weg. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Staatssekretär meinte, wenn es richtig sei, daß Deutschland isoliert wäre, bedürfe es erst recht einer stärkeren Rüstung zur See. Aber diese Isolierung Deutschlands, die nach meiner Auffassung gar nicht bestritten werden kann, ist ein Werk unserer Diplomatie. Weil nun unsere Diplomatie **Fehler und unausgesetzt Fehler schwerster Art** begangen hat, als deren Endresultat wir jetzt

die Isolierung Deutschlands in Europa

vor uns sehen, nun zu verlangen, daß die Nation die neuen ungeheueren Flottenkosten tragen soll, das halte ich für einen durchaus falschen Standpunkt. (Sehr richtig! links.) Die Nation muß vielmehr verlangen, daß die Männer, die diese Fehler bisher gemacht haben, beseitigt werden (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) und daß eine Politik getrieben wird, die Deutschland nicht in der Welt verhaßt, sondern beliebt macht. Die Bundesgenossenschaft, die jetzt England hat, wäre vor einigen Jahren leicht auch für uns zu haben gewesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber durch unsere eigene Schuld sind wir in die gegenwärtige Situation hineingeraten, bei der wir uns im Ernstfalle nicht vor dem allgemeinen Untergange retten können. (Große Unruhe rechts.) Gerade auf dem Gebiet der Marine sind wir nach unserer ganzen Entwickelung und geographischen Lage auf die Defensive angewiesen, jahrzehntelang war das die Auffassung der maßgebendsten Kreise Deutschlands, und bis in die Mitte des vorigen Jahrzehnts galt das Wort Hollmanns, daß wir uns hauptsächlich darauf stützen müßten, uns innerhalb unserer Meere verteidigen zu können und die vorzügliche Beschaffung unserer Küsten auszunutzen, um jeden Angriff unmöglich zu machen. Jetzt aber sind wir darüber hinausgegangen, haben eine Hochseeflotte, eine Weltmachtflotte geschaffen, die wir neben der Last der militärischen Landrüstungen zu tragen gar nicht in der Lage sind. Wenn aber einmal doch diese Rüstung getragen werden soll. In den letzten zehn Jahren haben wir unsere Rüstung zu bringen, in deren Interesse zunächst die Institution geschaffen werden soll. In den letzten zeh nJahren haben wir unsere Rüstung zu Lande und zu Wasser bedeutend gestärkt. Was aber haben wir in diesen zehn Jahren an Ansehen, Einfluß und Macht in Europa gewonnen? Niemand kann heute behaupten, daß wir jetzt stärker und angesehener dastehen als vor zehn Jahren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nun griff der Staatssekretär v. Tirpitz zur Bekämpfung meiner Partei nach einem Strohhalm und nahm Bezug auf einen Artikel, den mein Parteigenosse Calwer über Englands Absichten veröffentlicht hat. Es wäre ja geradezu merkwürdig, wenn in einer so großen Partei wie der unsrigen sich nicht auch einmal ein „weißer Rabe" fände. (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause.) Aber der Staats-

sekretär hat aus dem Artikel etwas herauszulesen gesucht, was allerdings den Eindruck eines scharfen Gegensatzes zwischen uns und dem Genossen Calwer hervorrufen mußte. Leider hat er nur gerade da zu zitieren aufgehört, wo er hätte weiter lesen müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dann hätte er gesehen, daß er gar keine Ursache hat, den früheren Abg. Calwer für seine Auffassung von der Flottenvermehrung anzuführen; denn an der Stelle, wo Herr v. Tirpitz aufgehört hat, fährt der Artikel fort: „Wenn der Zwischenfall mit England zu dem Verständnis führt, daß wir Deutschland dieses Risiko nicht aufbürden können, so ist damit noch keineswegs jede Partei verpflichtet, die Vermehrung der Kriegsrüstungen zu Wasser und zu Lande gut zu heißen. Ich glaube, mit gutem Rechte diese Verpflichtung für die deutschen Arbeiter bestreiten zu können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gründe wirtschaftlicher und politischer Natur leiten mich dabei". Diese Gründe werden dann in dem Artikel des längeren auseinandergesetzt. Der betreffende Abschnitt des Artikels schließt dann mit den Worten: „Soweit also die Flotte sich als eine Versicherung gegen eine Schädigung und Beeinträchtigung des auswärtigen Absatzes darstellt, ist sie als ein Teil des Risikos anzusehen, das Kapitalisten und Fabrikanten ausschließlich zu tragen haben. . . ." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist sehr klar und deutlich und etwas ganz anderes, als Sie aus dem Artikel herausgelesen haben. Der Artikel betrachtet dann weiter die Flotte als Machtinstrument des Staates. „Die Arbeiter streben nach politischer Macht und Anerkennung: sie sind bereit, Pflichten auf sich zu nehmen, wollen aber dafür auch die entsprechenden Rechte haben. Die Gegner der Arbeiterbewegung aber, voran die Regierung, bezeigen nicht die mindeste Absicht, dem Streben der Arbeiter nach politischer Gleichberechtigung entgegenzukommen. Im harten Kampfe müssen die Arbeiter Position um Position langsam erringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht ließe sich noch darüber reden, wenn die Organisation von Heer und Marine volkstümlicher wäre, wenn als Zweck des Heeres nur die Bekämpfung des ausländischen Feindes in Frage stände, wenn die Kosten für die Landesverteidigung in einer für die Arbeiter weniger drückenden Weise aufgebracht würden. Aber wie liegen denn zurzeit die Verhältnisse? Die Sozialdemokratie wird als der innere Feind, das Heer als das Bollwerk gegen das Vordringen der Arbeiterbewegung bezeichnet, die Behandlung des gemeinen Mannes im Heere selbst genügt nicht entfernt den Ansprüchen, wie sie deutsche Arbeiter stellen dürfen. Die deutschen Arbeiter müßten ihre Interessen und den Weg, auf dem sie zu politischer Macht zu gelangen haben, schlecht kennen, wenn sie ihren politischen Einfluß dazu benutzen wollten, die Machtstellung der Gegner irgendwie zu befestigen." (Lebhaftes Hört! hört! und Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das aber würden sie auch nach der Auffassung des Genossen Calwer tun, wenn sie sich gegenwärtig mit den Heer- und Marineausgaben einverstanden erklärten. Nach dieser Stellung des Genossen Calwer kann er vom Herrn v. Tirpitz wirklich nicht als Kronzeuge angeführt werden. Calwer nimmt ja in mancherlei Fragen der Zoll- und Handelspolitik eine andere Stellung ein als die große Mehrheit der Partei. Aber das kann man ja tun, ohne deswegen gleich ein Parteiverräter zu sein. Er schwärmt zum Beispiel für die Gründung eines mitteleuropäischen Zollverbandes und ist von diesem Gesichtspunkte aus der Ansicht, daß wir weit mehr den Interessen Frankreichs als denen Englands nahestehen. Ich stehe auf einem anderen Standpunkte und stimme hierin ausnahmsweise mit dem Fürsten Bismarck überein: daß es gar nichts gibt, was England und Deutschland in einen Gegensatz zu einander bringen könnte. Ich bin im Gegenteil der Auffassung, daß die Politik und die Handelspolitik, die England bis heute befolgt hat, im höchsten Maße deutschen Interessen entgegenkommen, daß hingegen unsere Zoll- und Handelspolitik England gegenüber direkt feindlich ist. Ich habe es als ein Zeichen größter Objektivität in der Beurteilung des Verhältnisses verschiedener Nationen zu einander betrachtet, daß die Chamberlainsche Agitation zugunsten eines greater Britain (größeren Britanniens), zugunsten des Abschlusses eines Zollverbandes mit den Kolonien gegen das Ausland durch die große Mehrheit des englischen Volkes, der sich die Masse der englischen Arbeiter einstimmig angeschlossen hat, bei der letzten Wahl eine so furchtbare Niederlage erlitten hat. So hält das englische Volk bis heute fest an einer Handelspolitik, die zum größten Vorteil Deutschlands und der übrigen Mächte ausschlägt. Hingegen haben unsere Flottenschwärmer seit Jahrzehnten einen Kampf mit England gesucht und ihre ganze Agitation auf ihn eingerichtet. Wenn es aber England möglich war, mit Frankreich ein engeres Bündnis zu schließen, obgleich notorisch diese beiden Länder — historisch, politisch und kolonialpolitisch — in einem viel schärferen Gegensatz zu einander stehen als Deutschland und England, so wäre es für eine vernünftige auswärtige deutsche Politik kinderleicht gewesen, zu einem Bündnis mit England zu gelangen. Aber unsere verkehrte Politik hat uns eben in diese bitterböse Lage gebracht und uns die enormen Opfer auferlegt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich muß noch auf zwei Punkte zurückkommen, die ich in meiner gestrigen Rede vergessen hatte und die sich speziell gegen die Ausführungen des Grafen Oriola richten. Er sagte, daß unsere feindliche Stellung zur Flottenvermehrung um so unverständlicher sei, als aus ihr den deutschen Arbeitern der Hauptgewinn in Aussicht stände. Wenn dieser Gesichtspunkt für unsere Stellung in der in- und auswärtigen Politik maßgebend sein sollte, müßten wir allerdings jede neue Militär- und Flottenvorlage mit Hurra! begrüßen; denn das Geld, das Heeres- und Flottenvergrößerung verschlingen, wird zu einem sehr erheblichen Teile in Arbeiten verschiedenster Art umgesetzt, für die deutsche Arbeiter in Frage kommen. Kasernenbau, Stallbauten, Befestigungsbauten, Ausrüstungsgegenstände, Munition, Waffen verschlingen alljährlich enorme Summen in unserem Militäretat. Aber es kommt doch nicht nur darauf an, daß Arbeit geschaffen wird, sondern auch, wer die Arbeit zu bezahlen hat. Und das sind nach der jetzigen Methode der Steueraufbringung in erster Linie die deutschen Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gesetzt, es käme eines Tages das goldene Zeitalter, in dem des Krieges Stürme schweigen und die letzten Waffen zur Menschen- und Völkervernichtung im Museum angestaunt werden, glauben Sie, daß die Arbeiter dann schlechter leben müßten? Gerade im Gegenteil! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Arbeit hätten wir in dem von Ihnen so sehr gefürchteten Zukunftsstaate erst recht. (Unruhe rechts. Zurufe: Zuchthausarbeit!) Aber dann würden wir

Kulturarbeit

verrichten. (Lachen rechts. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Dann müßten Sie auch arbeiten! — Heiterkeit.) Dann würden wir Schulen bauen, Kunst und Wissenschaft pflegen, menschenwürdige Wohnungen bauen, die leider heutzutage die übergroße Mehrheit des Volkes noch nicht besitzt, für die Volksgesundheit sorgen, die Verkehrswege ausbauen, kurz — wir hätten so viel Aufgaben, daß die 1200 oder 1300 Millionen Mark, die Sie heute für Armee und Marine ausgeben, unter unserer Herrschaft noch gar nicht reichen würden, um all' das Gute zu schaffen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) In diesen Fragen der Volksfürsorge können Sie mit uns nicht konkurrieren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dann noch einige Worte zur

Agitation des Flottenvereins.

Es fällt uns gar nicht ein, seine Agitation, so lange sie sich innerhalb bestimmter Grenzen hält, irgendwie beschränken zu wollen. Wogegen wir uns wenden, ist einmal, daß diese Agitation behördlich unterstützt wird, während man unserer Agitation behördlich mit allen möglichen Mitteln entgegentritt; ferner werden wir es nie und nimmer billigen können, daß die Staats- und Kommunalbeamten, die Mäuner in hervorragender Stellung aller Art, aus denen sich der Flottenverein zusammensetzt, ihre soziale Machtstellung dazu mißbrauchen, um die Schulen für ihre Agitation dienstbar zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von unserer Partei will ich gar nicht reden. Denn wenn wir sagen, daß wir mindestens so gute Patrioten sind wie Sie, fangen Sie ja gern an zu lachen, dabei haben wir nur eine andere Auffassung davon, wie man das Vaterland lieben und ihm dienen soll. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß wir, um die Zustände im Vaterlande zu verbessern, zu verschönern und wirklich menschenwürdig zu machen, kein Opfer und keine Verfolgung scheuen, haben wir Ihnen ja seit Jahrzehnten bewiesen. (Sehr wahr!) Wenn uns nicht Liebe zum Vaterlande und Begeisterung für unsere große Idee dazu triebe, täten wir ja viel besser daran, zu Hause zu sitzen und zu verzehren, was wir verdienen. Aber schon im Interesse der bürgerlichen Parteien, die gegen die Flottenvorlage sind, müssen wir verlangen, daß die Agitation des Flottenvereins vor den Schulen Halt macht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir verlangen, daß jedes Kind in der Schule über die Organisation, das Wesen des Staates, dem es angehört, unterrichtet wird, gegen die Agitation aber, wie sie der Flottenverein in der Schule betreibt, müssen wir auf das entschiedenste protestieren. Was die Geldsammlungen betrifft, so wurde mir z. B. aus der 4. städtischen Realschule in Berlin mitgeteilt, daß in einer Klasse, die der Sohn eines meiner Parteifreunde besucht, der Erste der Klasse den Mitschülern erklärt hat: Jeder von Euch muß im Minimum 50 Pf. für die Flotte beitragen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das betreffende Kind des Parteifreundes hat es nicht getan, andere auch nicht, aber wie viele sind es, die gemeint haben, es sei eine Art Zwang von seiten der Schule! Jedenfalls steht die Tatsache fest, daß der Direktor nachher jeder einzelnen Klasse gedankt und die Summen vorgelesen hat, die jede einzelne Klasse aufgebracht hat!! Wir hören nicht das geringste darüber, wie diese Gelder verwaltet und verwandt werden. Es reißt mit diesen privaten Sammlungen ein starker grober Unfug ein, gegen den wir als Volksvertreter auf das entschiedenste protestieren müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten).

Graf Arnim meinte, wir ständen mit unseren Flottenrüstungen bei weitem nicht an der Spitze der Nationen. Jedenfalls kann aber nicht bestritten werden, daß gerade das Vorgehen Deutschlands auch die anderen Seemächte angereizt hat, ihre Flottenrüstungen bedeutend zu verstärken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben in bezug auf die Seerüstungen eine ganz ähnliche Rolle gespielt wie vor 40 Jahren in bezug auf die Landrüstungen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Wenn die Behauptung richtig wäre, daß der Handel einer großen Flotte bedarf, so könnten die Staaten wie Holland, Belgien und die Schweiz überhaupt nicht konkurrieren. Gegenüber den Ausführungen des Herrn v. Richthofen möchte ich daran erinnern, daß die Flottenbegeisterung der Rechten erst sehr kurzen Datums ist. Noch aus den Jahren 1896/97 stammen die Worte von der „gräßlichen Flotte" und „kein Kanitz, keine Kähne". (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Abg. Graf Arnim auf eine meiner Aeußerungen bezugnehmend, gesagt hat, der gesunde Sinn des deutschen Volkes werde sich nicht unter das Joch der Sozialdemokratie beugen, dann sage ich: Warten wir das ruhig ab! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Millionen von Männern haben sich freiwillig unter die Fahne der Sozialdemokratie gestellt trotz des Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, dem Graf Arnim als hervorragendes Mitglied angehört. Im übrigen hat es mir gefallen, daß Graf Arnim von dem

Scherflein der Witwe

sprach, das für den Bau der Flotte verwendet werden solle. In der Tat, das Scherflein der Witwen und Waisen möchten die Herren gern nehmen, damit die Standesgenossen des Grafen Arnim möglichst von jeder materiellen Verpflichtung frei bleiben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **v. Oldenburg**: Wenn ich den Abg. Bebel über Auslandspolitik sprechen höre, dann bedaure ich, daß er niemals Reichskanzler geworden ist; denn dadurch kommen wir um das Vergnügen, Zeugen einer kolossalen Blamage zu werden. (Heiterkeit.) Wenn der Abgeordnete Mommsen einen Vorwurf daraus konstituieren wollte, daß die Konservativen nicht immer für die Flotte eingetreten sind, so erinnere ich daran, daß die Liberalen einst bei der Armee-Reorganisation völlig versagt haben. Ohne diese aber kein Düppel, kein Königgrätz, kein Sedan, kein Deutsches Reich, also auch keine Flotte! Folglich haben die Konservativen seinerzeit die Grundlage der deutschen Flotte geschaffen. (Große Heiterkeit links.) Ich hoffe, daß sich dereinst auf dem Königsplatze außer der Siegessäule auch noch ein Denkmal mit Schiffsschnäbeln erheben wird. (Stürmische Heiterkeit links.)

Abg. Dr. **Spahn** (Z., schwer verständlich) bestreitet dem Abg. Bebel gegenüber, daß die von seinen Freunden in der Steuerkommission beschlossenen Steuern die breiten Massen des Volkes belasten.

Hiermit schließt die Debatte.

Die Abstimmung über den Antrag Ablaß (freis. Vp.) ist auf Antrag Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.), der von den freisinnigen Parteien, den Sozialdemokraten und einem Teil der Polen und Antisemiten unterstützt wird, eine namentliche. Für den Antrag Ablaß stimmten 93, dagegen 95, es enthalten sich 5 Abgeordnete. **Das Haus ist also beschlußunfähig!**

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr: Wahlprüfungen, darauf Marineetat.

Schluß 5¾ Uhr.

Die Wertzuwachssteuer.

II.

Die Angriffe, die von den Gegnern aus allen Lagern gegen die neue Steuerordnung erhoben werden, zerfallen in zwei Gruppen: solche prinzipieller Natur und solche, die einzelne Bestimmungen herausgreifen und durch Anführung von besonders kraß gewählten Beispielen die Ungerechtigkeit oder Unhaltbarkeit der betr. Bestimmung darzulegen versuchen. In die erste Gruppe gehören u. a. die folgenden: Die Gewinne am Haus- und Grundbesitz seien durchaus nicht oder nur in Ausnahmefällen mühelos und unverdient. Soll der Grundbesitz mit dem ihm zufallenden Wertzuwachs steuerlich erfaßt werden, so müßten die Spekulations- und unverdienten Gewinne auf allen anderen Gebieten gleichfalls besteuert werden. Gerade der Grundbesitz entgelte alle Aufwendungen der Kommune zu seinen Gunsten durch die von ihm gezahlten Steuern und Abgaben nicht nur voll, sondern schon über Gebühr. Werde ein Teil des Wertzuwachses des Grund und Bodens von der Kommune beansprucht, so müsse die Kommune auch Ersatz für etwaige Wertverminderungen leisten. Die Gewinne, die bei den Transaktionen der Terraingesellschaften erzielt werden, lägen, wie z. B. die Aeltesten der Kaufmannschaft in ihrer Denkschrift behaupten, nicht in der natürlichen Steigerung des Grund- und Bodenwerts; er habe vielmehr seinen Ursprung in dem ausgeübten Gewerbebetrieb, der stets mit einem größeren Risiko verknüpft ist. Schließlich behauptet die „Voss. Zeitung", um von den Grundbesitzer-Organen selbst ganz zu schweigen, daß ohne die Bodenspekulation Berlin nicht den heutigen Umfang hätte gewinnen können; ohne sie wären weite Flächen, die von tüchtigen und intelligenten Unternehmern aus Sandwüsten in schmucke Straßen und Plätze verwandelt worden sind, Sandwüsten geblieben.

Von unserem sozialdemokratischen Standpunkte aus wiegen alle diese Einwände federleicht. Der Grund und Boden und alle Vorteile, die er bringt, gehören in die Hand der Kommune, und ist dies der Fall, fallen alle gemachten Einwände in sich zusammen. Aber auch innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung dürfte eine vernünftig geleitete Kommunalverwaltung sich durch die gemachten Angriffe nicht beirren lassen. Die Einführung einer Wertzuwachssteuer rechtfertigt sich aus der Erwägung, daß die beim Grundstückshandel erzielten hohen Gewinne fast ausnahmslos nicht der eigenen Arbeit und Tüchtigkeit oder auch nur dem eigenen Risiko des Besitzers entspringen, sondern herbeigeführt werden durch die Arbeit und das Zusammenleben der Gesamtheit und die Aufwendungen der Kommune. Es wird wenige Aufwendungen einer Kommune geben, die nicht mittelbar oder unmittelbar dem Grundbesitze zugute kommen und durch ihn in Gestalt höherer Grundstückspreise und gesteigerter Mieten eskomptiert werden. Mit den dem Grundbesitz bisher aufgelegten Steuern und Abgaben erschöpft sich daher das Prinzip von Leistung und Gegenleistung durchaus nicht; werden die Leistungen der Kommune durch den Grundbesitz keineswegs, wie behauptet wird, vollständig abgegolten, und da es steuertechnisch ganz unmöglich ist, all die Aufwendungen, welche die Kommune auf den verschiedensten Gebieten macht, prozentual dem Grundbesitz zur Last zu legen, so ist die Auflage einer Steuer, welche wie die Wertzuwachssteuer die eigenen Aufwendungen des Besitzers freiläßt und nur den unverdienten Wertzuwachs ergreift, nach jeder Richtung begründet. Freilich, liest man nur die Grundbesitzerpresse, so müßte man zu der Ueberzeugung gelangen, der Grundbesitz sei ganz außerstande, auch nur die geringste Mehrbelastung zu tragen. Das Rezept, die angebliche Notlage der Oeffentlichkeit in den grellsten Farben vorzumalen, haben unsere Hausagrarier ihren junkerlichen Vettern gut abgeguckt. So heißt es z. B. in dieser Presse: „Und einem so stark belasteten, mit Steuern und Abgaben geradezu überbürdeten Besitz, dem will man noch eine weitere Steuer vom Wertzuwachs aufhalsen, während alle anderen Besitzarten noch so hohe Wertsteigerungen ohne weitere Besteuerung einheimsen können. Es muß doch jedem nur einigermaßen klar und rechtlich urteilenden Menschen sich die Ueberzeugung aufdrängen, daß eine solche einseitige Sonderbelastung des Grundbesitzes den Gipfel der Ungerechtigkeit darstellt." „Die Stadtverordneten werden es sich sehr genau überlegen müssen, ob sie durch Annahme der Magistratsvorlage das ansässige Berliner Bürgertum zugrunde richten dürfen." „Nicht nur der Berliner Grundbesitz, nicht nur die Bevölkerung von ganz Berlin blickt in dieser Zeit auf das Berliner Stadtverordnetenkollegium, sondern ganz Deutschland, ja die ganze gebildete Welt erwartet mit Spannung die Entscheidung der Berliner Stadtverordneten, die zugleich die Entscheidung dafür bildet, ob es einer wüsten Agitation gelingen soll, eines der festgegründetsten Fundamente unserer Staats- und Gesellschaftsordnung zugunsten der Sozialdemokratie zu zertrümmern."

Diesen maßlosen Uebertreibungen gegenüber sei auf den Jahresbericht des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine für 1905 verwiesen, welchen der Generalsekretär dieses Bundes zu Beginn dieses Jahres der Generalversammlung erstattet hat. In diesem Bericht, dem für die Hausbesitzer doch maßgebendsten Dokument, das zitiert werden kann, heißt es u. a.: „Der Grundbesitz in der Reichshauptstadt, im Zentrum von Deutschlands Handel und Industrie, genießt in wirtschaftlicher Beziehung — Gott sei Dank! — noch immer eine Art Ausnahmestelle. Dies hat sich auch im letzten Jahre bestätigt. Manche düstere Wolke zeigte sich am politischen Horizonte und eine Geldverteuerung, wie man sie seit Jahren nicht kannte, machte sich bemerkbar. Dennoch haben die Berliner Grundbesitzer trotz der Erhöhung des Zinssatzes und der großen Zurückhaltung, die sich die Geldgeber auferlegten, keinen Anlaß, über die allgemeine Geschäftslage zu klagen." — Das genügt wohl.

Richtig ist, daß neben den Konjunkturgewinnen an Grundstücken auch andere Konjunkturgewinne steuerlich erfaßt werden müßten. Und wenn die Aeltesten der Kaufmannschaft in ihrer Denkschrift, um vor der Wertzuwachssteuer gruselig zu machen, warnend anführen: „Die Theorie, den unverdienten Wertzuwachs zu besteuern, kann ebenso wie für den Grundbesitz auch auf andere Gebiete mit demselben Recht zur Anwendung kommen; es wird der Besteuerung des Wertzuwachses in Grund und Boden eine solche des Wertzuwachses auf anderen Gebieten folgen, und die neue Finanztheorie ist in hohem Grade geeignet, auf das gesamte gewerbliche Leben hemmend und schädigend einzuwirken" — so ist das eine Konsequenz, die wir freudig akzeptieren. Als völlig unverdient wird in jedem Fall neben Lotteriegewinnen Wertzuwachs durch Erbschaft zu betrachten sein. Es darf erwartet werden, daß die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin und die Berliner Grundbesitzer in ihrem Gerechtigkeitsdrange sich mit uns eifrig für das Zustandekommen einer durchgreifenden Reichserbschaftssteuer einsetzen werden. Außer bei Lotteriegewinnen und Erbschaften werden in nur zu zahlreichen Fällen auch bei Mobilien (Aktien, Waren und dergleichen) riesige Konjunkturgewinne erzielt. Gegen die Besteuerung auch dieser Gewinne haben wir nichts einzuwenden, vielmehr werden wir mit beiden Händen zugreifen, ist sie zu erreichen und durchzuführen. Immerhin bestehen aber hier und dort gewisse Unterschiede. Großen Gewinnen stehen ebenso solche Verluste gegenüber; der Grundbesitzer dagegen läßt seine Grundstücke „reifen", ohne daß er selbst auch nur einen Finger zu rühren braucht und trotzdem kann er sicher sein, daß sie aus der Tätigkeit anderer die erwarteten Gewinne ansaugen. Das Parasitentum des Grundbesitzes liegt eben offener da und ist größer als das anderer Kapitalisten.

Die Fälle, in denen Grundstücke in großen Städten an Wert verlieren, sind, wenn sie überhaupt vorkommen, so außerordentlich selten, daß der städtische Gesetzgeber auf sie keine Rücksicht zu nehmen braucht; wird es doch kein Gesetz geben, dessen Anwendung in einem Ausnahmefall einmal nicht Härten mit sich bringt. Solche Härten sind aber gerade bei der Wertzuwachssteuer am wenigsten zu befürchten, denn diese Steuer wird ja nur da erhoben, wo beim Verkauf sich tatsächlich ein Wertzuwachs ergeben hat. Entsteht durch Veranstaltungen der Kommune eine Wertverminderung, etwa durch Anrampungen beim Bau einer Brücke oder dergleichen, so hat die Kommune schon heute teuer für solche Wertminderungen zu zahlen. Der Etat von Berlin bietet alljährlich Dutzende solcher Beispiele. Auf der anderen Seite ist es aber bisher noch in keinem einzigen Falle gelungen, solche Grundstücksbesitzer, deren Terrains oder Häuser durch den Bau einer Brücke oder die Durchlegung einer Straße riesigen Wertzuwachs erlangen, auf Grund des Kommunalabgabengesetzes zu Beiträgen für solche Veranstaltungen heranzuziehen. Daher ist auch das Verlangen, daß die Kommune, welche einen Teil des Wertzuwachses für sich beansprucht, auch für alle Wertverminderungen aufzukommen habe, innerlich ganz unhaltbar, wie denn auch ein derartiges Prinzip sich in keinem staatlichen Steuergesetz findet.

Die Einwände schließlich, daß ohne die Terrainspekulanten Berlin und die Vororte nicht zu ihrer heutigen Entwickelung hätten gelangen können, werden wohl auch von denen, die sie vorbringen, nicht ernst gemeint und brauchen hier ebenso wenig eingehender widerlegt zu werden, wie die langatmigen Ausführungen der Grundbesitzer-Presse, daß die Wertzuwachssteuer eine Vermögenskonfiskation darstelle und daher verfassungswidrig sei, da nach § 9 der Verfassung das Eigentum unverletzlich ist.

Auf die große Zahl der Einwände, die an ausgeklügelten Beispielen darzulegen versuchen, daß einzelne Bestimmungen der Vorlage ungerecht und unhaltbar sind, kann im Rahmen dieser Ausführungen nicht eingegangen werden. Nur an einem Beispiel soll gezeigt werden, in welch krasser Weise verallgemeinert wird, um zu den gewünschten Ergebnissen kommen zu können. Die Denkschrift der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin, die für sich besondere Beachtung beansprucht, stellt an die Spitze ihrer Kritik des Berliner Entwurfs den folgenden Satz: „Für Berlin tritt nun zunächst der Fall ein, daß sich der frühere gemeine Wert nicht feststellen läßt und infolgedessen nur eine erhöhte Umsatzsteuer an Stelle der Wertzuwachssteuer erhoben werden kann, bei allen Grundstücken, die durch Erbgang auf die jetzigen Eigentümer übergegangen sind." Es wird also unterstellt, daß in allen den Fällen, in denen die jetzigen Grundstücksbesitzer durch Erbgang zu ihrem Besitze gelangt sind, nicht die Sätze der Wertzuwachssteuer, sondern nur Zuschläge zur Umsatzsteuer erhoben werden können, weil sich der frühere Erwerbspreis oder der gemeine Wert zur Zeit des früheren Erbganges nicht mehr ermitteln läßt. Auf diese Voraussetzung werden dann zwei Beispiele aufgebaut, aus denen hervorgehen soll, daß bei sonst gleichen Verhältnissen der eine Besitzer, der das Grundstück käuflich erwarb, 500 000 M. Wertzuwachssteuer, der andere, der es ererbte, nur 40 000 M. Umsatzsteuer zu zahlen hat. Diese Voraussetzung ist aber in dieser Verallgemeinerung durchaus falsch. Ein solcher Fall könnte, wenn überhaupt, nur dann einmal eintreten, wenn das betreffende Grundstück sich durch viele Generationen hindurch stets direkt von den Eltern auf ein einzelnes Kind vererbt hat, sodaß keinerlei Unterlage vorhanden und der Wert des Grundstücks in jener grauen Vergangenheit nicht mehr festzustellen wäre. Liegt dagegen der Erbgang noch nicht eine solche unendliche

...rück oder waren einmal mehrere Kinder oder noch andere ...htigte vorhanden, so wird der gemeine Wert stets durch ...g oder auf Grund der Auseinandersetzung zwischen den Ge... oder durch die Erbschaftssteuerbehörde zu ermitteln sein. ... natürlich nicht behauptet werden, daß ein solcher Fall, wie ...n konstruiert wurde, niemals eintreten kann, er ist aber so ...wahrscheinlich wie nur irgend möglich und ihn zu verallgemeinern ...d in dieser Verallgemeinerung gegen die Vorlage anzukämpfen, ist vollkommen unhaltbar.

Die Vorlage wird jedenfalls an einen Ausschuß verwiesen werden, denn sie gleich bei der ersten Beratung im Plenum abzulehnen, werden selbst die Berliner Hausagrarier nicht wagen; dazu ist ihre Bedeutung doch zu groß. Welches Schicksal die Vorlage aber im Ausschuß haben wird, ist ganz ungewiß. Ein Haufen Abänderungsvorschläge liegt bereits vor, dazu bestimmt, die Vorlage für die Grundbesitzer unschädlich zu machen. Geht es nach dem Willen der Organisationen der Grundbesitzer, so wird die Vorlage im Ausschuß begraben: „Die Besteuerung des Haus- und Grundbesitzes ist auf einem Punkt angelangt, über den hinaus es kein Nachgeben mehr gibt. Die Vertreter der Bürgerschaft möchten wir aufs eindringlichste bitten, den Ernst der Lage nicht zu verkennen. Wir sprechen keine hohlen Redensarten aus, sondern können die ernste Versicherung geben, daß das, was wir hier erklären, die volle Ueberzeugung des weitaus größten Teils der Berliner Grundbesitzer ist: Bis hierher und nicht weiter!! Wenn die Berliner Grundbesitzer sich eine solche Steuer gefallen ließen, so wären sie sie wert." In Köln habe die Wertzuwachssteuer die Wirkung gezeitigt, „daß jeder Grundstücksverkauf zwei Sozialdemokraten erzeugt: den Veräußerer und den Erwerber. Das möge man in Berlin beachten!"

Daß die Grundbesitzer-Organisationen entschlossen sind, ihren Vertretern gegenüber ihre Macht rücksichtslos zu gebrauchen, zeigt der Fall des Rechtsanwalts Galland, der bei der Wiederwahl über die Klinge springen mußte, weil er gewagt hatte, für die Steuer nach dem Maßstab des gemeinen Wertes zu stimmen. Als Grundsatz wurde in der Grundbesitzerpresse dabei proklamiert: „Für den Grundbesitzvertreter muß es ein für allemal oberstes Gebot sein: Erst des Hausbesitz — dann die anderen. Möge man das egoistisch nennen — es ist ein gesunder Egoismus, denn die Vorbedingung des allgemeinen Wohls ist die, daß es zunächst dem einzelnen wohl gehe." —

Dem unbefangenen Beobachter drängt die Aufnahme, welche die besprochene Vorlage von Beginn an gefunden hat, von neuem die Ueberzeugung auf, daß die Zusammensetzung der preußischen Kommunen ein fast unüberwindliches Hemmnis für jeden durchgreifenden und schnellen Fortschritt ist. Für eine Kommunalvertretung, in welcher die Grundbesitzerinteressen nicht von Gesetzes wegen zu den herrschenden gemacht sind, sollte es kaum selbstverständlicheres geben, als mittels einer Wertzuwachssteuer Hand auf die Gewinne zu legen, die sie selber schafft. Statt dessen finden wir eine Agitation gegen solche Steuer entfacht, wie sie heftiger kaum entfaltet werden kann. Eine Aenderung und Besserung wird auf allen Gebieten erst eintreten, wenn die Kommunalvertretungen auf breitester demokratischer Grundlage aufgebaut sind. Da aber solche Umgestaltung nicht ohne vorherige Zertrümmerung des Wahlrechts zum Dreiklassenparlament durchzuführen ist, so führt die Betrachtung der geschilderten Vorgänge wie überhaupt aller Geschehnisse im öffentlichen Leben Preußens hier zu der Forderung: Fort mit dem Dreiklassenwahlrecht.

H. H.

Parlamentarisches.

Tippelskirchverträge — Verwendung von Afrikaspenden — Swakopmunder Hafenverhältnisse.

Mit dem Lieferungsmonopol der Firma Tippelskirch beschäftigte sich gestern abermals die Budgetkommission des Reichstags. Vom Plenum war ihr die Zentrumsresolution überwiesen, die eine sofortige Lösung der zwischen dieser Firma und der Kolonialverwaltung abgeschlossenen Lieferungsverträge fordert. Der Abg. Arendt (fk.) beantragte, statt sofortiger Lösung zu sagen: beim ersten rechtlich zulässigen Termin. Im Gegensatz zu den ersten Verhandlungen fand sich gestern kein Verteidiger für diese Vertragsverhältnisse mehr. Die inzwischen geübte scharfe Kritik hat auch Herrn Arendt und seine Freunde aus der Verteidigerrolle gedrängt.

Genosse Singer forderte die Ablehnung der vom Abg. Arendt beabsichtigten Abschwächung des Zentrumsantrages, um auf die Firma und speziell auf ihren Teilhaber in der Familie des preußischen Ministers v. Podbielski einen moralischen Druck dahin auszuüben, daß sie selbst die Aufhebung des Vertragsverhältnisses mit veranlassen. Für den Minister Podbielski müsse es ein Gebot elementarsten Anstandes sein, bei Uebernahme seines Staatsamtes seine Beziehungen zu dieser Firma so zu lösen, daß auch der Schein vermieden werde, als ob ihm aus seiner Doppelstellung materielle Vorteile erwüchsen. Andere Minister haben so gehandelt, z. B. Möller, der sofort seine geschäftlichen Beziehungen zu großen Firmen löste, auch Miquel, der aus dem Aufsichtsrat der Diskontogesellschaft ausgetreten sei. Erbprinz zu Hohenlohe erklärte, auf eine möglichst schnelle Lösung des Vertragsverhältnisses hinarbeiten zu wollen. Der Zentrumsantrag wurde mit 15 gegen 9 Stimmen angenommen, die Arendtsche Abschwächung mit 14 gegen 10 Stimmen abgelehnt. — Scharfe Angriffe hagelte es auf die Kolonialverwaltung, weil aus den Spenden, die für die Soldaten in Südwestafrika gegeben worden sind, Remunerationen an Mannschaften und Chargierte beim Oberkommando der Schutztruppe in Berlin geleistet wurden, unter andern auch zur Kaisergeburtstagsfeier. Die Regierung versuchte diese sicherlich nicht im Sinne der Spender liegende Verteilung damit zu entschuldigen, daß ihr viele Gelder bedingungslos übergeben worden seien; außerdem seien nur Leute bedacht worden, die eine Entschädigung für besonders große Dienstleistungen verdient hätten. Klipp und klar wurde der Regierung gesagt, für besondere Dienstleistungen habe das Reich aufzukommen. Der Erbprinz sagte auch hier Abhülfe zu. — Zu einer ebenso charakteristischen wie ergötzlichen Szene führte die Forderung der Regierung, für den Ausbau des Swakopmunder Hafens, der dortigen Mole usw. 880 000 Mark zu bewilligen. Gegen die widerspenstige Kommission hatte die Regierung den Major Bauer von den Eisenbahntruppen zur Hülfe herbeigerufen. B. hat in Swakopmund einen Pier gebaut, weil die Mole total versandet ist. Während nun die Regierung Geld für die Mole fordert, plädierte der Major für einen Pier, der nach Lage der Dinge viel nützlicher sei als eine Mole. Als ein Geheimrat den Versuch machte, für die Mole noch eine Lanze zu brechen, antwortete der Major, gestützt auf seine Fach- und Lokalkenntnisse wiederum mit einer Rede für den Pier. Die eine Thatsache ist all diesen Gutachten für Mole oder Pier an Klarheit weit über: Die drei Millionen Mark, die die Mole schon gekostet hat, sind ins Meer geworfen, und den jetzt gebauten hölzernen Ladezungen droht der Holzwurm mit seiner furchtbaren Zerstörungskraft. Als Ausweg bleibt eventuell, einen eisernen Pier zu bauen. — Die Entscheidung wurde vertagt.

Eine Prämie auf Herabsetzung der Arbeitslöhne.

Die Finanzreformkommission trat gestern in die Spezialberatung der zur Zigarettensteuervorlage eingebrachten, die Einführung des Banderolensystems betreffenden Anträge ein. Von dem Nationalliberalen Held, dem nominellen Vater des die Staffelung enthaltenden Hauptantrages, wurde dieser in allen Tonarten gepriesen. Der geringste ihm zugeschriebene Vorteil ist nach Held der, daß dadurch eine Gesundung der Zigaretteindustrie herbeigeführt wird, so daß die Zigaretten nicht mehr nach der Ausstattung, sondern nach der Qualität gehandelt werden. Den fast überschwenglichen Lobpreisungen der Nationalliberalen schlossen sich auch die Mitglieder des Zentrums und teilweise auch die Konservativen an.

Unsere Genossen v. Elm, Molkenbuhr, Schmalfeldt und Geyer führten nochmals alle schon in der ersten Lesung geltend gemachten Gründe gegen die Zigarettensteuer im allgemeinen vor, sich mit aller Schärfe gegen das geradezu demoralisierend wirkende Banderolensystem als das allerbedenklichste von sämtlichen Steuersystemen wendend. Sie wiesen an der Hand ihrer reichen Erfahrungen auf diesem Gebiet darauf hin, daß die Arbeiter die Steuer werden tragen müssen, indem die Fabrikanten bestrebt sein werden, die Steuer aus den Arbeitslöhnen herauszuschinden. Durch die Banderolensteuer werde die in dem amerikanischen Zigarettentrust verkörperte Großindustrie zu einem radikalen Vernichtungsfeldzuge gegen die lästige Konkurrenz der Kleinbetriebe angespornt und erhalte mit dem Gesetz eine Waffe für diesen Kampf geliefert, wie sie sich solche besser nicht wünschen könne. Das System sei ein Mittel, den Untergang des Mittelstandes in der Zigaretteindustrie künstlich zu beschleunigen. Genosse Molkenbuhr wies an der Hand der Heldschen Staffelung nach, wie diese als Anreiz zur Lohndrückerei gleich einer Prämie auf Herabsetzung der Arbeitslöhne wirken müsse. Und zwar in der Weise: wenn 1000 Stück Zigaretten im Kleinverkaufspreise über 15—20 M. das Tausend 3 M. Zoll kosten, so wird der Fabrikant bestrebt sein, die Qualität, die er bisher für 21 oder 22 M. dem Kunden lieferte, ihm nach Einführung des Gesetzes zu 20 M. zu liefern, da er dafür nur 2 M. Steuer zu zahlen hat und dieses Minus an Profit durch Herabsetzung des Arbeitslohnes einzubringen suchen. Je höher die Staffel für die besseren Qualitäten steigt, um so mehr wird er vom Arbeitslohn abzuknapsen suchen, um zu dem alten Preise bei einem geringeren Steuersatze liefern zu können und selbst keine Einbuße am Gewinn zu erleiden. Genosse Geyer verwies noch besonders auf die Uebertragbarkeit des Banderolensystems von Zigaretten auf Zigarren, durch welche Befürchtung eine ständige Unruhe in die ganze Tabakindustrie getragen werde. Allen diesen Bedenken unserer Genossen schlossen sich nur die Freisinnigen Dr. Wiemer und Mertens und der Pole Graf Mielzynski an, wohingegen alle übrigen Kommissionsmitglieder mit den Anträgen sich einverstanden erklärten.

Schließlich wurde der die Staffelung enthaltende § 2 nach dem Antrage Held, mit einer kleinen, von Müller-Fulda (Z.) beantragten Aenderung, wonach die Sorte im Werte von über 10—15 M. statt mit 2 M. mit 1,50 M., und die im Werte von über 15—20 M. statt mit 3 M. mit 2,50 M. versteuert werden soll, mit allen gegen 8 Stimmen angenommen.

Die Fortsetzung der Beratung wurde bis heute vormittag ausgesetzt.

Die Flickschusterei.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung der „Wahlrechtsvorlagen" nahm gestern eine zweite Lesung vor. Die beiden Kommissionsmitglieder der beiden freisinnigen Gruppen beantragen zunächst die Ablehnung des vorgelegten Gesetzentwurfs, die nationalliberalen Mitglieder der Kommission beantragen, die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen eine Aenderung des für die Wahlen zum Abgeordnetenhause geltenden Rechts in der Richtung herbeigeführt wird, daß

1. unter Festhaltung an den im Gesetze vom 27. Juni 1860 und den zur Ergänzung desselben erlassenen Gesetzen für die Zuteilung der Abgeordneten maßgebenden Grundsätzen zum Ausgleich für die inzwischen eingetretenen erheblichen Veränderungen eine anderweite Feststellung der Wahlbezirke und Zahl der in ihnen zu wählenden Abgeordneten herbeigeführt,

2. unter Beibehaltung eines erhöhten Wahlrechts bei höherer Steuerleistung a) ein erhöhtes Wahlrecht auch bei höherer Bildung und höherem Alter eingeführt, b) den der dritten Abteilung angehörenden Wählern ein erweitertes Wahlrecht eingeräumt, c) die indirekte Wahl beseitigt, d) den Minderheiten eine entsprechende Vertretung ermöglicht wird.

Beide Gesetzentwürfe wurden in der von der Regierung beliebten Fassung fast unverändert angenommen.

Es folgte die Beratung der Resolutionen:

Von freisinniger Seite wurde die Resolution auf Einführung des allgemeinen gleichen direkten geheimen Wahlrechts vertreten. Die Konservativen und Nationalliberalen erklärten sich dagegen. Von nationalliberaler Seite wurde besonders eine generelle gerechte Neueinteilung der Wahlbezirke befürwortet. Lebhaft befürwortet wurden auch die übrigen Forderungen der oben mitgeteilten Resolution der Nationalliberalen. Das Zentrum erklärte sich für das Reichstagswahlrecht, aber gegen die freisinnige Resolution, weil sie die Ablehnung der gegenwärtigen Vorlagen fordere. Die Freikonservativen erklärten sich gegen eine Belastung der vorliegenden Gesetzentwürfe mit Resolutionen. Die Konservativen erklärten, der gegenwärtige Zeitpunkt sei ungeeignet für die Lösung der Wahlrechtsfrage. Von freisinniger Seite wurde nun der Teil der Resolution, welcher die Ablehnung der vorliegenden Gesetzentwürfe ausspricht, vorläufig zurückgezogen, um dem Zentrum die Möglichkeit zu geben, mit für das Reichstagswahlrecht zu stimmen. — Die freisinnige Resolution auf Einführung des Reichstagswahlrechts wurde hierauf gegen sieben Stimmen (Freisinnige 2 und Zentrum 5) abgelehnt. Auch die übrigen Resolutionen wurden abgelehnt. Dafür stimmten nur die Freisinnigen und Nationalliberalen. Der Gesetzentwurf A, der die Neueinteilung der Wahlbezirke enthält, wurde gegen zwei Stimmen (Freisinnige), der Gesetzentwurf B, der die Aenderungen der Wahlvorschriften enthält, einstimmig angenommen. Die nationalliberalen und freisinnigen Mitglieder der Kommission erklärten vorweg, daß ihre Abstimmungen nur vorläufige seien. —

Gerichts-Zeitung.

Schutz der Versammlungsfreiheit.

Im Januar wurde in Tempelhof eine öffentliche Versammlung von einem Gendarmen wegen Eintritts der Polizeistunde aufgelöst. Das geschah, wiewohl zuvor der Vorsitzende dem Gendarmen mitgeteilt hatte, daß der Versammlungsraum für die Zeit von 8 bis 1 Uhr gemietet war, wiewohl ferner die Saaltüren mit Eintritt der Polizeistunde geschlossen, auch kein Getränk mehr verabreicht wurde, und dem Gendarmen jenes von uns veröffentlichte Erkenntnis des Kammergerichts durch den Vorsitzenden der Versammlung bekannt gemacht war, das feststellt, daß unter solchen Umständen die Polizeistunde für eine Versammlung keine Geltung habe. Daraufhin beantragte der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Thiel-Tempelhof, bei dem Gericht der dritten Gendarmeriebrigade Bestrafung des Gendarmen wegen Amtsmißbrauchs. Dem Antragsteller ist jetzt folgender ablehnende Bescheid zugegangen:

Ihre Beschwerde vom 29. Januar 1906 gegen den Gendarmen Gericke wird als unbegründet zurückgewiesen. Derselbe war vom Landratsamt instruiert worden, daß auch öffentliche Versammlungen an die Polizeistunde in dem benutzten Lokal gebunden, und daß sie aufzulösen sind, wenn sie beim Eintreten der Polizeistunde noch nicht geschlossen waren. Als Gendarm war er bestimmungsgemäß verpflichtet, den Anweisungen seiner Zivildienstbehörde unbedingt Folge zu leisten. Ob diese Anweisungen im einzelnen Falle rechtlich begründet waren oder nicht, konnte er nicht übersehen, und ebensowenig war er in der Lage, sich im Augenblick vom Gegenteil des ersteren zu überzeugen, wenn ihm aus einer Zeitung das Urteil eines Gerichts, auf welches die tatsächlichen Verhältnisse möglicherweise gar nicht paßten, in aller Eile und ohne Garantie für die Richtigkeit des Artikels vorgelesen wurde. Es wird Ihnen anheimgestellt, sich mit Ihrer Beschwerde an die Zivildienstbehörde zu wenden.

Der Gerichtsherr:
gez.: von Eickstedt, Oberst und Brigadier.
gez.: Schultze, Oberleutnant und Gerichtsoffizier.

Ist dem Gendarmen in der Tat vom Amtsvorsteher oder dem Landrat die Instruktion zugegangen, zu handeln wie er es tat, so mag der Gendarm straflos sein. Die objektiven Merkmale der strafbaren Handlung eines Amtsmißbrauchs durch Anstiftung und Befehl zum Amtsmißbrauch liegen dann in der zum Ungehorsam gegen die Gesetze auffordernden (Kreisblätter würden in Beamte nicht treffenden Fällen den Ausdruck „aufhetzenden" gebrauchen) Instruktion. Der betreffende Beamte wäre strafbar, wenn er den erforderlichen Dolus besaß. Besaß er ihn nicht, so würde es wohl kaum Erfolg haben, für den eine Summe zur Auslobung zu stellen, der den berühmten Dolus attrappiert, welcher den Beamten fehlt, von denen im Fall des Vorhandenseins des Dolus mit Strafe bedrohte Handlungen begangen sind. — Aber auch der dolusfreie Beamte ist zivilrechtlich für den durch seine objektiv rechtswidrigen Handlungen angestifteten Schaden verantwortlich. Als erste Instanz für solche Schadenersatzklagen ist das Landgericht, als letzte das Reichsgericht zuständig. Alle diese Instanzen werden freilich lahmgelegt, wenn die Verwaltungsbehörde Kompetenzkonflikt erhebt und das Oberverwaltungsgericht den Konflikt für begründet erachtet. So ist der „Rechtszustand" nicht im Lande der Puttkameradinella, wohl aber im mit dem Dreiklassenparlament begnadeten Preußen. Eine solche Konfliktsentscheidung zugunsten des betroffenen Beamten ist aber nutzlos. Sie hat für Millionen den großen Wert, festzustellen, daß für den „Rechtsstaat" Preußen „von Rechts wegen" der Satz gilt:

Alle Rechtsinstanzen stehen still,
Wenn des Schutzmanns starker
Arm den Rechtsstreit will.

Ungültige Polizeiverordnung über Verbote zum Branntweinausschank.

Für ungültig erklärte das Kammergericht am Montag eine für das Städtchen Oldenburg in Schleswig-Holstein erlassene Polizeiverordnung, welche es verbietet, an wandernde Arbeiter und an fremde Erntearbeiter Branntwein zu verabfolgen. Der erste Strafsenat ging davon aus, daß Maßnahmen gegen den Ausschank nur zulässig wären unter den Voraussetzungen des § 10 II 17 Allgemeinen Landrechts, wonach es Aufgabe der Polizei ist, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu sichern und das Publikum oder Teile desselben vor ihm drohende Gefahren zu bewahren. Danach wären, so wurde ausgeführt, Polizeiverordnungen gültig, welche bezweckten, der Völlerei vorzubeugen und dadurch den Verkehr auf den Straßen der Gegend zu sichern. Das wäre aber nicht die Tendenz der hier vorliegenden Verordnung. Sie greife nur fremde Arbeiter heraus; ihr Zweck könne demnach nur ein anderer sein. Klar sei soviel, daß sie mit dem Verbot der Verabreichung von Branntwein an wandernde Arbeiter die Axt an die Wurzeln des Stromertums legen, daß sie das Stromertum in der Gegend von Oldenburg unmöglich machen wolle. Die Stromer sollten veranlaßt werden, Oldenburg, wo es keinen Schnaps für sie gäbe, zu verschonen und andere Wege zu gehen. Weshalb man nun auch den fremden Erntearbeitern das Verweilen in der Gegend unsympathisch machen wolle, könne dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall entbehre die Verordnung einer rechtlichen Grundlage. Sie finde keine Stütze im Gesetz. — Der auf Grund der Verordnung vom Kieler Landgericht verurteilte Herr Garleff wurde wegen der Ungültigkeit der Verordnung freigesprochen.

Habt acht vor Kautionsschwindeleien! Ein Kautionsschwindler engros stand gestern in der Person des „Direktors" Hahn vom „Kreditschutz-Institut Berolina" vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte hat vor Jahresfrist das dringende Bedürfnis gefühlt, in der Kopenhagenerstr. 13 das eben genannte „Kreditschutz-Institut" ins Leben zu rufen. Es sollte den Zweck haben, Forderungen kleiner Leute einzutreiben und ihnen gegen Berechnung geringer Provision Summen, die sie schon in den Rauchfang geschrieben hatten, wieder zuzuführen. Der Herr „Direktor" dieses wohltätigen Instituts besaß aber kein Geld, und so verschaffte er sich das nötige Betriebskapital auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege des Kautionsschwindels. Er erließ in bürgerlichen Blättern Annoncen, in denen er für sein Geschäft Kassierer gegen ein Monatsgehalt von 60—100 M. suchte. Grundbedingung aber war die Stellung einer nicht unbedeutenden Kaution; nebenbei mußten sich die engagierten Personen verpflichten, dem Institut auch noch kleine Geschäftsleute und Gewerbetreibende zuzuführen, die gesonnen waren, die „Berolina" mit der Eintreibung von Forderungen zu betrauen. Die Annoncen taten in überraschender Weise ihre Wirkung, dem Herrn „Direktor" strömten von allen Seiten ältere und jüngere Männer zu, die es als das höchste Glück betrachteten, gegen Hingabe eines Sparkassenbuches oder einiger Wertpapiere die ausgeschriebene Stelle zu erhalten. Sie mußten bald zu ihrem Bedauern wahrnehmen, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen waren, der entgegen der vertragsmäßigen Bestimmung die Kautionen nicht in einem bestimmten Bankgeschäft deponierte, sondern für sich verwandte und vielfach den geschädigten Personen das ihnen zugesicherte Gehalt vorenthielt. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von $1\frac{1}{2}$ Jahren. — Der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und verfügte die sofortige Verhaftung des Angeklagten.

Aus der Blanken Hölle. Das Reichsgericht hat in dem Blanken Hölle-Prozeß die Revision des zu drei Monaten Gefängnis verurteilten Redakteurs Ludwig verworfen. Demnach ist es nicht nach Ansicht des Reichsgerichts rechtsirrtümlich, eine Beleidigung darin zu finden, daß man die durch die Strafprozeßordnung nicht gerechtfertigte Verhaftung und Behandlung eines harmlosen Spaziergängers abfällig kritisiert. Trotzdem würden wir eine scharfe Kritik einer ähnlichen Behandlung selbst dann für dringend erforderlich halten, wenn die Herren Richter der Strafsenate des Reichsgerichts unter gleichen Umständen polizeilich aufgegriffen und in polizeiliche Behandlung genommen würden. Die durch solche Prozedur gesammelte praktische Erfahrung würde vielleicht zu einer Annäherung der reichsgerichtlichen Theorie an die Forderungen der Gerechtigkeit führen.

Lex Heinze auf Reisen. Das Reichsgericht hatte bekanntlich einen Verstoß gegen „Rechtsnormen" darin gefunden, daß das Sittlichkeitsempfinden des berühmten „normalen Menschen" nach seiner Ansicht in dem Erkenntnis des Landgerichts I fehlte, das die Herren Schneidt und Bäcker von der Anklage freisprach, durch Veröffentlichung einer Erzählung gegen § 184 Str.-G.-B. verstoßen zu haben. Das Erkenntnis wurde aufgehoben. Dasselbe ehrende Schicksal teilte ein Erkenntnis des Landgerichts Berlin II. Das Reichsgericht wendete sich an Frankfurt a. O. Aber auch hier erfolgte gestern Freisprechung. Lebt etwa der berüchtigte sittliche Normalmensch, der an freimütigen Darstellungen Anstoß nehmen soll, nur in der Phantasie des Reichsgerichts und in der von etwas angejährten Herren?

Wegen Beleidigung eines unorganisierten Arbeiters. Zu dem unter dieser Spitzmarke gestern von uns mitgeteilten Verhandlungsbericht teilt uns der Werkmeister Graewert ergänzend mit, er habe fast wörtlich ausgesagt:

„Ich habe den Schubert nicht schon längst entlassen, weil ich wußte, daß der Metallarbeiterverband dahinter stand und ich demselben keinen Vorschub leisten wollte. Eines Tages schickte ich den Sch. auf Montage, von welcher er angetrunken zurückkehrte, weswegen ich ihn nach Hause schickte, er meldete sich nun krank und nach seiner Genesung habe ich Sch. nicht wieder eingestellt."

Daß etwa Schubert ein Gewohnheitstrinker sei, hat er keineswegs behauptet.

Freitag, den 30. März 1906,

abends 8 Uhr,

in Louis Kellers großem Saal, Koppenstr. 29:

Volks-Versammlung

für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

Die preußische Volksschule und die Kirche.

Referent: Reichstags-Abgeordneter **Adolph Hoffmann.**

62/9

Der Einberufer.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 36. **Filiale Berlin.** Telephon: Amt IV, Nr. 9720.

Donnerstag, den 29. März, abends 6 Uhr, in der **„Neuen Welt“,** Hasenheide:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Unsere Lohnbewegung.

Hierdurch fordern wir die Kollegen auf, die Arbeit so frühzeitig zu verlassen, daß ein jeder um 6 Uhr in der Versammlung sein kann. Es sollen sehr wichtige Beschlüsse gefaßt werden. Darum ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. 124/14*

Zutritt haben nur Mitglieder der Vereinigung der Maler.

Mitgliedsbuch legitimiert. **Die Ortsverwaltung.**

Großer öffentlicher Lichtbilder-Vortrag

des Genossen Ingenieurs **P. M. Grempe** über:

Die Freiheitskämpfe in Rußland

mit über 60, teils farbigen Lichtbildern

am Donnerstag, den 29. März, abends 8 Uhr,

in Kellers großem Saal, Koppenstraße 29.

Eintritt gegen Programmentnahme a 20 Pfennig.

Achtung! Die zu der polizeilich verbotenen Märzfeier am 18. März in Frankes Festsälen gelösten Eintrittskarten berechtigen zum freien Eintritt. [101/1*] **Das Komitee.**

Frühjahrs-Anzüge

Frühjahrs-Paletots

Unübertroffene, vollendete Auswahl in aparten, reichhaltigst. Sortimenten.

Viele Tausende Exemplare neuester Frühjahrs-Moden.

50.-, 45.-, 40.-, 36.-, 33.-, 30.-, 27.-, 24.-, 21.-, 18.-

15.– Mk.

Vielseitigste Ausmusterungen vornehmster Moden und Fassons.

Viele Tausende Exemplare auserlesenster Farbenstellungen.

50.-, 45.-, 40.-, 36.-, 33.-, 30.-, 27.-, 24.-, 21.-, 18.-

15.– Mk.

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Frühjahr u. Sommer) wird kostenlos u. portofrei zugesandt.

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurterstr. 20.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 29/14*

Haut- und Harnleiden.

10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Achtung! **Achtung!**

Freitag, den 30. März, abends 8 Uhr:

Oeffentl. Wähler-Versammlung

für den

34. Kommunal-Wahlbezirk

in den **Berolina-Festsälen,** Schönhauser-Allee 28.

Tages-Ordnung:

1. Unsere Kommunal-Aufgaben. Referent: Stadtv. **Dr. Weyl.** 2. Aufstellung des Kandidaten. 3. Freie Aussprache.

247/16* **Der Einberufer.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Donnerstag, den 29. März 1906, abends 8½ Uhr

Bezirks-Versammlung

für Charlottenburg u. Umgegend

im Volkshaus, Rosinenstraße 3

Tages-Ordnung: 1. **Der politische Massenstreik.** Referent: Genosse **Ad. Stoermer.** 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Kollegen zu der Hausklassierung? 4. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 29. März 1906, abends 8½ Uhr

Bezirks-Versammlung

für Spandau und Umgegend

im Lokal von Köpnik, Pichelsdorferstraße 39

Tages-Ordnung: 1. **Bericht vom Gewerkschaftskartell.** 2. Stellungnahme zur Maifeier. 3. Die Erwerbslosen-Unterstützung vom 1. Juli. 4. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch wird erwartet. 115/6

Achtung Bauklempner!

Die Kollegen derjenigen Betriebe, welche mit uns einen Einzeltarif abgeschlossen haben, werden ersucht, durch ihren Vertrauensmann oder sonst einen Beauftragten, sich vom Mittwoch, den 28. d. Mts., abends von 8½ Uhr an die neuen Vertragsformulare abzuholen. Die Ausgabe erfolgt im Saal III des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

Zur Beachtung: In nachstehenden Lokalen wurden neue Zahlstellen errichtet:

Im Restaurant **Mayen,** Wolliner Straße 28.
" " **Grumbach,** Andreasstraße 11 und
" " **Ostrowski,** Schillingstraße 23.

Die Ortsverwaltung.

Verband der baugewerblichen Hülfsarbeiter Deutschlands.

Achtung! Putzerträger Berlins u. Umg. Achtung!

Mittwoch, den 28. März, abends 6½ Uhr:

Versammlung aller Putzerträger

in Graumanns Festsälen, Naunynstraße 27.

Tages-Ordnung:

1. **Welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um unsere Forderung endgültig zur Durchführung zu bringen?** 2. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Putzerträger ist erforderlich. Auch ist es ratsam, daß jeder von der Arbeitsstelle sofort nach dem Versammlungslokal geht, denn die Versammlung wird frühzeitig eröffnet.

Achtung! Brunnenbauer Achtung!

und Hülfsarbeiter.

Donnerstag, den 29. März, abends 8 Uhr, im Lokal von Augustin, Oranienstraße 103:

Versammlung

aller im Brunnenbaufach beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung:

1. **Die Antwort der Arbeitgeber auf unsere eingereichte Forderung und unsere weitere Stellungnahme.** 2. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch dieser Versammlung erwartet 33/13*

Der Zweigvereins-Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 29. März 1906, abends 8½ Uhr:

Branchen-Versammlung der Stellmacher

im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12.

Tages-Ordnung:

1. **Bericht vom Gautag.** 2. **Der Stand unserer Lohnbewegung.** 3. Verschiedenes.

83/1 **Die Kommission.**

Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschl.

Mittwoch, den 28. März, abends 8½ Uhr:

Außerordentliche

General-Versammlung

in den Residenz-Sälen, Landsbergerstr. 31.

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Delegierten zur Gau-Konferenz. 2. Statutenberatung. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

169/6 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter.

Zahlstelle Berlin.

Achtung! **Achtung!**

Laut einstimmig gefaßtem Beschluß der kombinierten Versammlung der Bezirke **Ober-Schöneweide** und **Johannisthal** beträgt ab 1. April 1906 der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder **35 Pf.**

84/9 **Die Ortsverwaltung.** J. A.: C. Brunz.

MAGGIs Suppen mit dem Stern

neue Sorten:

MAGGIs Hafer-Milch-Suppe
MAGGIs Tapioka-Milch-Suppe
MAGGIs Biskuit-Milch-Suppe (süss)

— Nur mit Wasser aufzukochen. —

1 Würfel = 2 Teller

10 Pfg.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe

Die beste der Welt Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung. **Millionen im Gebrauch**

Engros-Vertrieb: Romain Talbot, Berlin S.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Bergarbeiterleben in der Mark.

(Eigener Bericht des „Vorwärts".)

Kottbus, 26. März.

Fortsetzung vom siebenten Verhandlungstag.

(Infolge Versehens auf der Post verspätet bestellt.)

Der Präsident bemerkt zu dem Einsturz eines Teiles des Kohlenflözes und der Tonwand: Es ist doch niemand bei dem Einsturz verunglückt, also war doch der Zustand nicht gefährlich. Der Staatsanwalt fügt hinzu: Vom Dache kann doch auch etwas herabfallen und Vorübergehende beschädigen. So etwas läßt sich doch nicht vermeiden.

Ein anderer Fall wird durch einen Zeugen so dargestellt: Er mußte als Häuer in einen Bruch gehen, der so weit abgebaut war, daß dort keine Kohlen mehr gewonnen werden durften. Er hat dort auf Anweisung des Steigers Kohlen von den als Stütze stehen gebliebenen Pfeilern gehauen. Außer dem Zeugen war noch ein anderer Arbeiter zu dieser Arbeit kommandiert. Die beiden sagten sich: Hier geht es auf Leben und Tod.

Daß diese Auffassung zutreffend ist, geht auch aus den Bekundungen des Sachverständigen, Bergrats Baselt hervor, welcher sagt: Es sei bergpolizeilich verboten, einen Bruch wie den, um den es sich hier handelt, wo die Zimmerung bereits entfernt ist, überhaupt zu betreten, geschweige denn Kohlen zu gewinnen.

Derselbe Zeuge, der den hier angegebenen Fall vorbrachte, gibt noch eine Darstellung von einer anderen lebensgefährlichen Arbeit. Er hat in einer Kesselschurre gearbeitet, die nicht genügend gestützt war. Infolgedessen ist die Schurre zusammengestürzt. Zum Glück war der Zeuge gerade drei Schritte von der Stelle, an der er zu arbeiten hatte entfernt, als der Zusammensturz erfolgte.

Auch an diese Aussage knüpfen sich wieder technische Erörterungen darüber, ob der Zusammenbruch auf Nachlässigkeit der Betriebsleitung zurückzuführen ist oder nicht. Der Arbeiter, der den Fall anführte, ist dieser Meinung, die er auch durch Darlegungen im einzelnen begründete.

Im Anschluß an die Erörterung dieser Unfälle bekundet der Zeuge auf eine Frage des Angeklagten Gärtner: Solche Mißstände, die eine Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiter waren, seien in jeder Versammlung der Bergarbeiter zur Sprache gebracht worden. Der Arbeiterausschuß der Stadtgrube sei auch mehrmals zum Betriebsinspektor Möller gegangen und um die Abstellung solcher Mißstände vorstellig geworden. Aber da wurde man angeschnauzt. Die Arbeiter trauten sich nicht mehr, sich an die Grubenverwaltung zu wenden, deshalb gingen sie zu Gärtner und trugen ihm ihre Beschwerden vor, damit sie durch öffentliche Erörterung bekannt und vielleicht auch beseitigt würden. — Bergrat Baselt wirft bei dieser Gelegenheit ein: Es wäre doch besser, wenn Sie sich mit Ihren Beschwerden an die Bergaufsichtsbehörde wenden, anstatt sie in Versammlungen zu besprechen. — Gärtner antwortet darauf: Ich habe Beschwerden an das Ober-Bergamt gerichtet. Da erhielt ich den Bescheid: Weil ich nicht zur Belegschaft der Grube gehöre, habe ich kein Recht, eine Beschwerde einzureichen. Der Sachverständige Bergrat Baselt meint, Beschwerden müßten allerdings durch Arbeiter der Belegschaft an die Aufsichtsbehörde gerichtet werden, sie könnten auch, wenn die Arbeiter fürchten, solche Beschwerde zu unterschreiben, anonym eingereicht werden. Berücksichtigt würden auch anonyme Beschwerden. — Rechtsanwalt Liebknecht fragt: Wenn selbst anonyme Beschwerden berücksichtigt werden, warum wurden denn die von Gärtner eingereichten und von ihm unterzeichneten Beschwerden zurückgewiesen? — Der Vorsitzende sagt darauf: Er konnte doch die Beschwerde durch einen Mann der Belegschaft einreichen lassen, aber das wollte er nicht! — Gärtner bemerkt dazu: Es seien auch durch Arbeiter der Belegschaft Beschwerden an das Bergrevier eingereicht worden. Solche Beschwerden seien aber der Grubenverwaltung übermittelt und die Beschwerdeführer seien daraufhin entlassen worden. Nach solchen Erfahrungen mußte das Vertrauen zur Bergbehörde schwinden. — Bergrat Baselt meint, die Beschwerden würden wohl der Grubenverwaltung übergeben sei, damit sie sich darüber äußere. Darauf bemerkt Rechtsanwalt Liebknecht: Aber man braucht doch der Grubenverwaltung die Beschwerden nicht im Original zu übergeben, damit sie die Beschwerdeführer kennen lernt. — Bergrat Retto, der hierzu als Zeuge gehört wird, sagt, ihm sei kein Fall bekannt, wo er Beschwerden von Arbeitern an die Grubenverwaltung gegeben habe. — Gärtner beruft sich demgegenüber auf zwei bestimmte Fälle. Eben deshalb, weil Bergrat Retto die Beschwerde der Grubenverwaltung übergab, habe er, Gärtner, sich mit weiteren Beschwerden an das Ober-Bergamt gewandt. Er habe geglaubt, auf diesem Wege Berücksichtigung zu finden. Statt dessen sei ihm die Antwort vom Ober-Bergamt erteilt worden, er habe kein Recht, Beschwerden einzureichen. — Bergrat Retto bleibt dabei, daß er sich solcher Fälle nicht erinnern könne, mit Ausnahme des einen Falles, der eine Beschwerde über den schlechten Zustand eines Kessels betraf und der schon in einer früheren Sitzung erörtert wurde.

Der Landgerichtspräsident Sperlich, der schon am Sonnabend längere Zeit der Sitzung beigewohnt hatte, erschien auch heute auf kurze Zeit als Zuhörer. Die Leitung der Verhandlung durch den Landgerichtsrat Buchholz stach am Sonnabend und auch heute sehr vorteilhaft ab von seinem dem Verteidiger und den Angeklagten gegenüber bekundeten unfreundlichen Verhalten, welches er bis dahin zur Schau getragen und dadurch dem Verteidiger Veranlassung gegeben hatte, einen Ablehnungsantrag zu stellen.

Achter Verhandlungstag.

Kottbus, den 27. März.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung wurde nochmals zurückgegriffen auf die gestern von einem Zeugen, Bergarbeiter Paff, geschilderten bergpolizeiwidrigen Arbeiten im abgebauten Bruch. Auf Wunsch des Sachverständigen soll festgestellt werden, ob der Zeuge diese Arbeiten aus eigenem Antrieb oder auf ausdrückliche Anweisung des Steigers vorgenommen hat, wie es nach seiner gestrigen Aussage schien. — Zeuge Paff sagt, er sei ohne ausdrückliche Anweisung in den abgebauten Bruch gegangen, um von den Kohlenpfeilern, die vorschriftsmäßig stehen bleiben müssen, Kohle zu gewinnen. Der Steiger hat ihm bei dieser Arbeit, die vierzehn Tage dauerte, geleuchtet. Auf die Frage, warum er denn diese gefährliche Arbeit machte, sagt der Zeuge, an jener Stelle war die Kohle leicht zu gewinnen, er konnte infolgedessen mehr verdienen wie im neuen Bruch. — Der Sachverständige Bergrat Baselt macht darauf aufmerksam, daß solche Arbeit unter allen Umständen verboten ist. Das müsse auch der Zeuge wissen, da ja jedem Arbeiter die hierauf bezüglichen bergpolizeilichen Vorschriften ausgehändigt werden müssen. — Ja, sagt der Zeuge, er habe die Vorschriften wohl gelesen, aber er könne doch nicht alles im Kopf behalten. Als Bergmann riskiere man ja immer das Leben. — Auf weitere Fragen bekundet der Zeuge, daß in der Grube polnische und russische Arbeiter beschäftigt wurden, die gar nicht deutsch verstehen und infolgedessen nicht einmal die Bedeutung der üblichen Warnungsrufe bei Herannahen von Wagen usw. kannten.

Die folgenden Zeugen machen Angaben über

gefahrdrohende Zustände.

Nach der Darstellung eines dieser Zeugen war die Fahrstrecke im Tiefbau an einer Stelle so weit verschüttet, daß sie von den Arbeitern nicht mehr passiert werden konnte. Die Arbeiter nahmen deshalb den Weg durch den Förderstollen, was wegen der damit verbundenen Gefahr polizeilich verboten ist. — Eine andere Schilderung von gefährlichen Zuständen gibt der Zeuge Zimmermann. Nach seiner Darstellung hat er 21 Jahre als Bergmann im Steinkohlenbau gearbeitet. Er ist jetzt Bezirkskassierer des Bergarbeiterverbandes in Zwickau. Von dort aus hat er das Senftenberger Braunkohlengebiet besucht und mit Gärtner zusammen den Betrieb der Stadtgrube besichtigt. Er sah eine Strecke, deren Zimmerung so schief gedrückt war, daß er diesen Zustand für gefährlich hielt. Im Tagebau sah er eine Stelle, wo von oben Gestein herunterrollte, während unten Arbeiter mit Fördern beschäftigt waren. Der Zeuge gab damals seiner Meinung dahin Ausdruck, diese Stelle sei so gefährlich, daß er dort nicht arbeiten möchte. Einige Tage später teilte ihm Gärtner mit, daß an dieser Stelle eine Tonwand niedergestürzt sei und einen Arbeiter verschüttet habe. — Dieser Einsturz und der damit im Zusammenhang stehende Zustand der Betriebsstelle ist gestern schon erörtert worden und wird auch heute wieder eingehend besprochen. — Die eingestürzte Stelle ist ein Teil des Abraumes, der sich über der Kohlenschicht befindet, an der Arbeiter beschäftigt sind. Zur Sicherheit der Arbeiter gegen herabfallende Steine und Tonstücke soll, den bergpolizeilichen Vorschriften gemäß, zwischen der Sohle des Abraumes und der Oberkannte der Kohlenschicht ein Raum von mindestens drei Metern sein. Ob diese Vorschrift erfüllt war, darüber gehen die Aussagen der Zeugen auseinander. Es steht aber fest, daß Steine und Tonstücke in den Tagebau hinabrollten, während Arbeiter daselbst beschäftigt waren. Nach der Bekundung des Sachverständigen ist das ein Zustand, der den polizeilichen Vorschriften widerspricht. Es müssen unter allen Umständen Vorkehrungen getroffen werden, welche das Hinabrollen von Gestein auf die Arbeitsstätte verhindern.

Ein anderer Zeuge macht Angaben über einen Unfall, der sich bei der Wegnahme aufrechtstehender Balken („Stempel"), welche die Decke eines Abbauortes stützen, ereignet hat. Nach Angabe des Zeugen soll die Wegnahme der Stempel auf Anordnung des Bruchschlägers in einer nicht sachgemäßen Reihenfolge erfolgt sein, so daß bei der Wegnahme der bis zuletzt stehengebliebenen Stempel, die eigentlich zuerst hätten entfernt werden müssen, der Einsturz des Bruches erfolgte. Die Arbeiter, die schnell zurücksprangen, wurden bis an die Knie mit herabfallenden Kohlen verschüttet. Die Feststellung des durch den Zeugen bekundeten Vorganges macht ungewöhnliche Schwierigkeiten. Die Aussagen der beiden an der Unfallstelle beschäftigt gewesenen Arbeiter widersprechen denen des beteiligten Bruchschlägers. Auch darüber gehen die Meinungen auseinander, ob die Anordnung des Bruchschlägers Gefahr bringen mußte oder nicht. — Der Sachverständige Bergrat Baselt kann diese Frage für den vorliegenden Fall auch nicht ohne weiteres bestimmt beantworten. Bergmeister Sportenhagen, der den in Rede stehenden Unfall als Beamter des Bergreviers untersucht hat, schafft schließlich die Akten über seine damaligen Feststellungen herbei. — Zeugen, Verteidiger, Richter, Staatsanwalt und Sachverständige stellen sich um den großen runden Zeugentisch und bemühen sich, an der Hand der vom Bergmeister Sportenhagen aufgezeichneten Skizze des Unfallortes darüber klar zu werden, in welcher Weise die Wegnahme der Stempel erfolgt ist. Es scheint, daß die beiden als Zeugen in Frage kommenden Arbeiter sich aus den Skizzen keine richtige Vorstellung von der Oertlichkeit machen können. Die Erörterungen dieser Art nehmen mehr als eine Stunde in Anspruch, trotzdem werden aber die Widersprüche in den Zeugenaussagen nicht aufgeklärt. — Als der Verteidiger sich noch weiter bemüht, die Widersprüche aufzuklären, sagt der Vorsitzende: Wir sind uns schon lange darüber klar, daß das nicht klar werden wird.

Wieder ein Zwischenfall.

Der Sachverständige, Bergrat Baselt, wird vom Vorsitzenden aufgefordert, sich über das eben Erörterte zu äußern. — Der Sachverständige beginnt, die Aeußerungen einzelner Zeugen zu besprechen. — Rechtsanwalt Liebknecht macht daraufhin eine Zwischenbemerkung und ersucht um das Wort. — Der Vorsitzende sagt, er bitte den Verteidiger, den Sachverständigen nicht zu unterbrechen. — Rechtsanwalt Liebknecht setzt den Versuch, zum Wort zu kommen, fort. Der Vorsitzende fordert ihn, immer erregter werdend und schließlich mit der Glocke läutend auf, den Sachverständigen nicht zu unterbrechen. Dann erhebt sich der Vorsitzende und geht mit dem Gerichtshofe ins Beratungszimmer. Durch die geschlossene Tür desselben dringt lebhaftes Stimmengewirr, aus dem sich, im Zuhörerraum deutlich vernehmbar, die Worte abheben „unerhört", „noch nie dagewesen". — Nach kurzer Zeit kehrt das Gericht zurück. Der Vorsitzende sagt, das Gericht habe beschlossen, gegen den Verteidiger eine Ungebührstrafe zu verhängen, derselbe möge sich dazu äußern.

Rechtsanwalt Liebknecht: Ich protestiere dagegen, daß sich der Sachverständige in eine Würdigung der Beweisaufnahme einläßt. Er war eben im Begriff, das Für und Wider der verschiedenen Zeugenaussagen gegeneinander zu halten. Das ist nicht Aufgabe des Sachverständigen. Die Würdigung der Beweisaufnahme steht dem Staatsanwalt und dem Verteidiger zu. Um ein solches Vorgehen des Sachverständigen zu verhindern, hatte ich kein anderes Mittel, als den Herrn Vorsitzenden, der das Plaidoyer des Sachverständigen nicht unterbrach, ums Wort zu bitten.

Der Vorsitzende bemerkt darauf, dem Verteidiger würde das Wort nach den Ausführungen des Sachverständigen gestattet worden sein. Die Unterbrechung derselben sei unstatthaft.

Nach längerer Beratung des Gerichts verkündet der Vorsitzende: Es ist beschlossen, den Herrn Verteidiger wegen fortgesetzten Ungehorsams gegen die die Führung der Verhandlung betreffenden Anordnungen des Vorsitzenden, worin eine grobe Ungebühr liegt, in eine Ordnungsstrafe von 100 Mark zu nehmen. — Weiter bemerkt der Vorsitzende, der Verteidiger habe ein Schriftstück ins Beratungszimmer gesandt, worin er sage, er habe die Absicht gehabt, einen Gerichtsbeschluß zu beantragen. Der Verteidiger möge sich dazu äußern.

Rechtsanwalt Liebknecht beantragt nunmehr, das Gericht möge dem Sachverständigen untersagen, sich in eine Würdigung der Beweisaufnahme einzulassen. Der Sachverständige habe nur zu sagen: Das und das ist meine Ansicht, die ich nach den Aussagen der Zeugen gewonnen habe. Wenn der Sachverständige aber ein Plaidoyer hält, worin er die Aussage des einen Zeugen als glaubhaft, die des anderen als unglaubhaft bezeichnet, so überschreitet er den Rahmen seiner Befugnisse. Wenn der Sachverständige ein Plaidoyer gehalten hat, dann läßt sich der Eindruck desselben, namentlich, da die Autorität des Sachverständigen dahinter steht, nicht mehr verwischen. Deshalb muß ein Plaidoyer des Sachverständigen verhindert werden.

Das Gericht beschließt: Den Sachverständigen aufzufordern, auf Grund der Zeugenaussagen sich gutachtlich zu äußern, ob die Anordnung des Bruchschlägers bei Wegnahme der Stempel zu Bedenken Anlaß gibt oder nicht.

Bergrat Baselt gibt nunmehr sein Gutachten ab. Er kann jedoch, da die Zeugenaussagen kein zweifelloses Bild des Tatbestandes geben, nicht sagen, ob die Anordnungen des Bruchschlägers im vorliegenden Falle unsachgemäß und somit gefahrbringend waren oder nicht.

Zur Aeußerung über die **sanitären Verhältnisse der Stadtgrube** ist der Knappschaftsdirektor Herzer aus Guben als Sachverständiger geladen und heut erschienen. Er äußert sich dahin, daß er sich über Schlüsse, die aus den ihm soeben erst vorgelegten Auszügen aus der Statistik nicht sogleich äußern könne. Im allgemeinen meint er, im Senftenberger Revier komme eine fluktuierende Arbeiterbevölkerung in Frage, es seien keine seßhaften Bergarbeiter. Daraus könne sich der ungünstige Gesundheitszustand zum großen Teil erklären. Um ein Gutachten abzugeben, müsse man nicht nur die Zahlen, sondern auch die Ursachen der Krankheitsfälle kennen. Die Arbeit in den Braunkohlengruben sei an sich nicht besonders gefährlich. Eigentliche Bergmannskrankheiten kämen im Senftenberger Revier nicht vor.

Bei dieser Ausführung des Sachverständigen macht ein auf der Zeugenbank sitzender Arbeiter den leisen Zwischenruf „Oh!" — Der Vorsitzende rügt das entschieden und weist den Gerichtsdiener an, bei Wiederholung solcher Aeußerungen den betreffenden zu ermitteln und vorzuführen. — Der Zeuge, welcher die Zwischenbemerkung machte, meldet sich und bittet um Entschuldigung. — Das Gericht nimmt ihn in eine Ungebührstrafe von fünf Mark. Von einer Einsperrung — sagt der Vorsitzende — habe das Gericht abgesehen, weil sich der Zeuge meldete und um Entschuldigung bat.

Hierauf fährt Knappschaftsdirektor Herzer in seinem Gutachten fort. Er sagt unter anderem, im Norden des Senftenberger Kohlenreviers sei eine mehr seßhafte Arbeiterschaft, im Süden, wozu die Stadtgrube gehört, herrsche eine sehr starke Fluktuation. Das spreche auch mit bei der Beurteilung der Gesundheitsverhältnisse. — Hierzu werden auch zwei Senftenberger Knappschaftsärzte als medizinische Sachverständige gehört. — Aus dem Zahlenmaterial, welches im Laufe der Ausführungen der drei Sachverständigen vorgebracht wird, geht hervor, daß die Krankheitsfälle unter den Arbeitern der Stadtgrube zu der hier in Frage kommenden Zeit erheblich größer waren als in den beiden benachbarten Gruben „Mauerstollen" und „Elisabethglück". Im Februar 1904, auf den sich die Beweiserhebung besonders erstreckt, hatte die Stadtgrube eine Belegschaft von 211 Mann und 50 Krankheitsfälle, „Mauerstollen" mit einer Belegschaft von 243 hatte 47 Krankheitsfälle und „Elisabethglück" mit 213 Mann hatte nur 22 Krankheitsfälle. Ein ähnliches Verhältnis ergibt sich auch aus anderen von den Sachverständigen vorgetragenen Zahlen. — Der Angeklagte Gärtner fragt die Sachverständigen, ob nicht auch durch längere Ueberzeitarbeit der Gesundheitszustand der Arbeiter verschlechtert werde. Er bemerkt, im Februar 1904 seien, entgegen den Vorschriften der Bergpolizei und der Arbeitsordnung, in der Woche fünfmal Ueberschichten von täglich vier Stunden gemacht worden. Es wurde von morgens 6 bis abends 8 Uhr gearbeitet.

Hierauf bemerkt der Staatsanwalt: Wenn die Ueberstunden und nicht die allgemeinen Betriebsverhältnisse die Ursache des schlechten Gesundheitszustandes sein sollen, dann brauche nach der letzteren Richtung kein weiterer Beweis erhoben werden. Wenn der Angeklagte Gärtner damit einverstanden sei, dann werde die Staatsanwaltschaft diesen Punkt der Anklage fallen lassen. — Eine dahingehende Frage des Vorsitzenden an den Angeklagten will dieser erst nach Rücksprache mit seinem Verteidiger beantworten.

Den Sachverständigen wurde aufgegeben, bis morgen noch weitere statistische Auszüge über den Krankenstand über längere Zeiträume zu machen. Das Gericht glaubt, das bisher vorgelegte Material genüge nicht zu einem Vergleich der Stadtgrube mit anderen Gruben.

Gerichts-Zeitung.

Apothekerduelle. Eine Herausforderung zum Zweikampf, die wegen eines Streits um fünf Pfennige entstanden war, beschäftigte gestern die 9. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Herausforderung zum Zweikampfe war der Apotheker Theo Möller angeklagt, während der cand. pharm. August Bansmann sich wegen Kartellträgens verantworten mußte. — Im Herbst vorigen Jahres war der Angeschuldigte Möller in einer Apotheke in der Ackerstraße als Provisor angestellt. Eine Frau hatte die Apotheke aufgesucht und sich ein Medikament anfertigen lassen. Während der Apotheker Rösli die leere Flasche mit fünf Pfennigen in Ansatz brachte, behauptete Möller, die Flasche koste zehn Pfennige. Um den Betrag von fünf Pfennigen entstand ein Streit, der schließlich zu einem gegenseitigen Austausch von Ohrfeigen führte. Am nächsten Tage überbrachte der Mitangeklagte Bansmann als Kartellträger eine Säbelforderung ohne Linden und Bandagen auf dreißig Minuten an Rösli. Der Zweikampf selbst kam infolge einer beiderseitigen Fristversäumnis nicht zum Austrag. — Der Gerichtshof erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß gegen Möller auf eine Woche Festungshaft, gegen Bansmann wegen Kartellträgens auf drei Tage Festungshaft.

Sittlichkeitsverbrechen an Ferienkolonisten. Der Krankenwärter Sumpf vom Oberlinhaus in Nowawes begleitete im vorigen Jahre die Ferienkolonie nach Kolberg als Bademeister. An dem 12jährigen Kinde eines Handwerkers beging der Bademeister Verbrechen, die den armen erholungsbedürftigen Knaben außerordentlich in seiner Gesundheit zerrütteten. Der Unhold erhielt gestern von der Potsdamer Strafkammer nur ein Jahr Gefängnis. Dasselbe milde Strafmaß hatte der Staatsanwalt beantragt. Das Strafgesetzbuch (§§ 174, 175) sieht Zuchthaus vor und läßt nur bei Annahme mildernder Umstände Gefängnis (von 6 Monaten ab) zu.

Versammlungen.

Aus der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.

Eine Volksversammlung mit dieser Tagesordnung hatte der Aktionsausschuß der Sozialdemokratie von Groß-Berlin zum Sonntagnachmittag nach den Arminhallen einberufen, wobei die älteren Berliner Genossen besonders eingeladen worden waren. Die Versammlung sollte dazu beitragen, ein Werk zu fördern, das die Organisation von Groß-Berlin mit Hülfe des Genossen Eduard Bernstein unternimmt: Die Herausgabe einer Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. — Genosse Eduard Bernstein führte als Referent in der sehr stark besuchten Versammlung aus: Die Geschichtsforschung müsse, um ein genaues und sicheres Bild zu bekommen, auch den Einzelheiten nachgehen. So stehe man neben der Geschichte ganzer Völker, ganzer Länder auch auf die Geschichte einzelner Städte. Was für die allgemeine Geschichte gelte, das gelte auch sicher für die Geschichte der Arbeiterbewegung. Die Einzelbeobachtungen lehrten uns genauer die wirklichen Kräfte und die Natur einer Bewegung erkennen. Wenn die Einzelforschung auch immer der Ergänzung durch die Gesamtforschung bedürfe, um nicht zu einseitigen Schlüssen zu kommen, so sei sie doch wieder nötig für deren Korrektur und habe auch an sich ihre Berechtigung. Das gelte besonders von Berlin. Neben der Bedeutung, die die Berliner Arbeiterbewegung erlangt habe, gewänne ihre Erforschung und Darstellung auch ein besonderes Interesse dadurch, weil es gerade in Berlin besonders schwer gewesen sei, die moderne Arbeiterbewegung in Fluß zu bringen. Als Ferdinand Lassalle der Arbeiterbewegung neue Ziele wies, sei von allen großen Städten Deutschlands Berlin diejenige Stadt gewesen, wo sich die Arbeiterschaft der neuen Bewegung gegenüber am sprödesten zeigte, welch große Anstrengungen Lassalle selbst auch in Berlin machte, und mit welchem außerordentlichen Geschick dessen Werk auch von J. B. Schweitzer fortgesetzt wurde, den — man möge über seinen Charakter und seine Politik denken, wie man wolle — von allen Sozialdemokraten seit Lassalle wohl keiner an Begabung überragte. Als das erstemal nach dem allgemeinen Wahlrecht gewählt wurde (1867), da glaubten unsere Genossen in Berlin, mit ihrem Kandidaten Bernhard Feistel mindestens im vierten und im sechsten Wahlkreis in die Stichwahl zu kommen. Und das Resultat? In ganz Berlin habe es die Sozialdemokratie auf 100 Stimmen gebracht. Wenn man die Schwierigkeiten verstehen wolle, denen Lassalle, Schweitzer u. a. begegneten, dann müsse man auf das Jahr 1848 zurückgehen, auf die Geschichte des Aufkommens der ersten Arbeiterbewegung Berlins. — Redner ging darauf näher ein und schilderte eingehend die wirtschaftlichen und politischen Zustände der 40er und 50er Jahre

des vorigen Jahrhunderts. Der erste Arbeiterkongreß, der in Berlin zusammentrat und die Grundlage zu einer Organisation legte, habe zwar eine große Arbeiterverbrüderung schaffen wollen, an eine Gewerkschaft im heutigen Sinne aber habe man nicht gedacht, wenn auch einzelne Arbeitsniederlegungen stattgefunden hätten. Der Gedanke, der damals die Arbeiterschaft verfolgte, sei der Gedanke der Assoziation gewesen, die Gründung von Produktivgenossenschaften und dergleichen. Das stehe auch voran im Programm der neuen Arbeiterverbrüderung. Hinsichtlich der Mittel habe man Ansprüche an den Staat gestellt. Je mehr dann indessen die Reaktion fortschritt, habe man die Hoffnung einer Unterstützung von dieser Seite aufgegeben. Im weiteren Verlauf des Referats ging Redner auf die Reaktionszeit näher ein und zeigte, wie die Arbeiter, soweit sie im öffentlichen Leben regsam blieben, in Berlin die Unterstützung der bürgerlichen Demokratie und ihres Organs, der „Urwählerzeitung" (der späteren „Volkszeitung"), erhielten. Daraus erklärte er es dann daß Lassalle in Berlin bei seinem Auftreten einen so äußerst spröden Boden fand und ihm mit einem wahren Fanatismus von Arbeitern entgegengetreten wurde, als er gegen Schulze-Delitzsch zu Felde zog. Einer ungewöhnlichen Kleinarbeit habe es bedurft, der modernen Arbeiterbewegung in Berlin den Boden zu ebnen, bis sie, unterstützt durch die ökonomische Entwickelung, zur Höhe kam. Das nun in einzelnen Zügen nachzuweisen, zu zeigen, wie die Arbeiterschaft Berlins zu der Macht geworden, die wir heute vor uns hätten, wie ihre Bewegung selbst das Sozialistengesetz mit überwunden habe, das wäre die wichtige Aufgabe der von der Organisation von Groß-Berlin geplanten Herausgabe der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Da wende sich nun die Organisation durch ihn namentlich an die älteren Genossen mit der Bitte, mitzuwirken an dem Werke, denn es könne nur eine Kollektivarbeit sein. Er habe schon viele Zusendungen erhalten, die in ihrer Art gut gemeint seien. Was er aber brauche, das seien nicht Zeitungen, die könne man aus Bibliotheken haben. Auch die meisten Broschüren und Bücher seien da. **Wer aber irgend etwas aus der Epoche der Reaktion vor Lassalles Auftreten habe, und wer da glaube, etwas aus der Zeit von 1848 zu besitzen, namentlich über die Personen, die damals hervortraten, der möge es ihm leihweise überlassen. Auch Persönliches aus der ersten Zeit der sozialistischen Agitation sei sehr willkommen. Dann aus der Zeit des Sozialistengesetzes. Was offiziell** erschienen sei, wäre indessen **vorhanden. Aber für Flugblätter aus der damaligen Zeit wäre er dankbar. Dann könnte auch der Einzelne seine Erfahrungen aus dieser Zeit ohne Ausschmückung und ohne viel Arbeit niederschreiben, z. B.: Da war ein Klub, der sich so oder so versammelte und sich mit diesen oder jenen Angelegenheiten beschäftigte. Oder über irgendwelche Kämpfe mit der Polizei oder Polizeispitzeln. Wo man von früheren Kämpfern etwas über ihre Schicksale wisse oder Photographien von ihnen habe, möge man das Material zur Verfügung stellen.** Um einige Personen herauszugreifen: Schuhmacher Arndt, Zimmerer Gustav Lübkert, Zimmerer Grau. Von Metzner habe man das Bild. **Die Gewerkschaftsbewegung könne selbstverständlich nicht vernachlässigt werden. Entsprechendes Material bezüglich der Gewerkschaftsführer sei ebenso wichtig, wie betreffs der politischen Führer. Natürlich müsse jede persönliche Voreingenommenheit beiseite gelassen werden.** Man müsse versuchen, jeder Person, wie auch ihr Gesichtskreis und was sie auch selbst später unter dem Drucke der Verhältnisse geworden sei, nach ihren Leistungen gerecht zu werden. Alles, was zur Berliner Arbeiterbewegung gehöre, gehöre in das Werk hinein, wenn es würdig sein solle einer Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. (Lebhafter Beifall.)

Nach einigen Worten der Genossen F. Ewald und Neumann wiederholte der Vorsitzende Eugen Ernst im Namen der Organisation die Bitte des Referenten und betonte, daß es eine selbstverständliche Pflicht sei, daß jeder Genosse, der etwas beitragen könne, dies auch tue. — Mit einem Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie schloß die Versammlung, an der eine ganze Anzahl Genossen von der „alten Garde" Berlins teilnahmen.

Aus der Frauenbewegung.

Charlottenburg. Ueber „Spiel und Spielzeug" referierte Frau Toni Sußmann in der gut besuchten Mitgliederversammlung des hiesigen Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins am 21. März. In liebevoller Art legte die Referentin den anwesenden Müttern ans Herz, die Kinder beim Spiel mehr zu beobachten, gab ihnen eine Anregung, wie man den kleinsten der Kleinen mit den einfachsten Mitteln, durch kleine, bunte, selbstgearbeitete Bällchen (Fröbel-Bällchen) manche vergnügte Stunde bereiten kann. In der Wahl der Spielzeuge müsse die größte Vorsicht walten. Man solle nicht strafen, bevor man sich überzeugt hat, ob böser Wille oder kritische Veranlagung, Wißbegierde die Ursache eines zerstörten Spielzeugs waren. Vor allen Dingen spielt mit den Kindern, nicht ungern und gezwungen, sondern froh und selbst kindlichen Gemüts!

Das war die Lehre, die die Referentin den Zuhörerinnen gab.

Dem mit Beifall und Interesse aufgenommenem Vortrage schloß sich eine Diskussion an, die hauptsächlich Religionsfragen berührte. Hierzu gab wohl Veranlassung eine in Aussicht genommene Spielschule, die einem modernen Erziehungswesen angemessen sein soll. Die schon bestehenden, auf dem Prinzip religiöser Erziehung fußenden wurden von verschiedenen Seiten einer scharfen Kritik unterzogen, und steht zu hoffen, daß das neue Unternehmen recht viel Anhänger findet.

Ueber die Art einer erfolgreichen Agitation für den Verein wurde dann noch diskutiert und ein diesbezüglicher Antrag fand Annahme. Nach der nötig gewordenen Neuwahl einer Schriftführerin und drei Revisorinnen fand die Versammlung ihren Schluß. 10 neue Mitglieder wurden aufgenommen. Die nächste Versammlung findet statt am 18. April im Volkshause, Thema: „Gottesbegriff". Näheres wird an dieser Stelle bekannt gegeben.

Treptow-Baumschulenweg. Donnerstag, den 22. d. Mts., fand in Baumschulenweg bei Christ, eine gutbesuchte Mitgliederversammlung des hiesigen Frauenbildungsvereins statt. Herr Dr. Wollheim hielt einen Vortrag über „Naturerkenntnis und Weltfortschritt", der von den anwesenden Frauen mit regem Beifall aufgenommen wurde. — Die für Donnerstag, den 29. d. Mts., angesetzte Versammlung, die in Untertreptow abgehalten werden sollte, kann leider nicht stattfinden, weil Herr Stern verhindert ist, für diesen Monat das Referat zu übernehmen. Die Versammlung wird im April einberufen werden. Es wird zur Zeit an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht.

Der Vorstand.

Als Gewerbeinspektorin für den Kanton Zürich wurde aus 14 Bewerberinnen Frl. Albrecht in Zürich gewählt. Welche Tätigkeit sie bisher ausübte, wird nicht gemeldet.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Gesellschaft"**, Sozialistische Wochenschrift, [illegible] geber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 15. für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M., soeben das 13. Heft des 2. Bandes erschienen.

5. Jahresbericht des Arbeitersekretariats für Kiel und Umgegend für das Geschäftsjahr 1905. 66 Seiten. Selbstverlag des Arbeitersekretariats.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 65—68 pr. 100 Pfund, IIa 56—64, IIIa 50—54, IVa 40—48, engl. Bullen- 50—52, dän. Bullen- 00—00, holl. Bullen- 00—00. Kalbfleisch, Doppelländer 105—120, Ia 80—88, IIa 65—78, IIIa 52—62, holl. 00—00, dän. 00—00. Hammelfleisch Ia 62—72, IIa 55—61. Schweinefleisch 72—76. Hühner, alte, Stück 1,50—3,00, alte per Pfd. 00—00, junge, per Stück 00—00. Tauben, junge 0,50—0,70, alte 0,45—0,50. Enten, junge per Stück 00—00, per Pfd. 00—00, russ., gefr. per Stück 00—00. Gänse, junge, per Stück 00—00, russ. per Pfd. 0,35—0,50. Hechte 75—90. Schleie 00. Bleie 51—52, groß 00—00. Aale, groß 00—00, mittel 00—00, klein 00—00, unsortiert 00—00. Plötzen 43—63. Flundern, pomm. L per Schock 00—00, Kieler, Stiege Ia 4—7, do. mittel, per Kiste 3—4, do. klein, per Kiste 00—00. Bücklinge, schwed. per Wall 00—00, norw. 3—3,50, holl. 4,00, Kieler 3,00—4,50, engl. 3—3,50. Aale, groß, per Pfd. 1,10, mittelgroß 0,80—0,90, klein 0,50—0,60. Sprotten, Kieler, 2 Wall 0,80—1,50, Elb-, per Kiste 00—00. Sardellen, 1902er, per Anker 74,00, 1904er 72,00, 1905er 70,00. Schottische Vollheringe 1905 00—00, large 40—44, full. 36—38, med. 33—35, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ Tonnen 60—120. Hummern, IIa, 100 Pfd. 00—00. Krebse, per Schock, große 00—00, mittelgroße 00—00, kleine 00—00, unsortiert 00—00. Eier, Land-, per Schock 00—00, frische 3,30—3,50. Butter per 100 Pfund, Ia 121—122, IIa 118—121, IIIa 116—118, abfallende 110—115. Saure Gurken, Schock 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M. Kartoffeln per 100 Pfd. magn. bon. 2,10—2,35, rote Daberſche 2,00—2,20, runde weiße 1,80—2,00. Wirsingkohl per Schock 0,00—00,00. Weißkohl per 100 Pfd. 3,75—4,00, Rotkohl per Schock 00—00, holl. 12—24. Grünkohl, per 100 Pfd. 12—15. Rüben, weiße 12—16, Teltower 16—18. Kohlrüben, per Schock 2,50—4,50.

Witterungsübersicht vom 27. März 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	756 NW	2	Schnee		—1	Haparanda	749	DSD	2	bedeckt	—8
Hamburg	758 NNW	2	wolkenl		—2	Petersburg	748	W	1	halb bd.	—8
Berlin	756 NW	3	wolkig		—0	Scilly	759	DND	6	bedeckt	3
Frankf. a. M.	756 N	4	wolkenl		1	Aberdeen	767	N	2	wolkig	2
München	753 Still	—	halb bd.		0	Paris	754	ND	4	bedeckt	—1
Wien	752 NW	1	bedeckt		2						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 28. März 1906.
Kühl und vorwiegend nebelig oder wolkig mit leichten Schneefällen und mäßigen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 26. März. Elbe bei Aussig + 2,58 Meter, bei Dresden + 0,99 Meter, bei Magdeburg + 4,12 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 2,00 Meter. — Oder bei Ratibor + 5,04 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,32 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,32 Meter, bei Frankfurt + 2,65 Meter. — Weichsel bei Bruhemünde + 5,76 Meter. — Warthe bei Posen —,— Meter. — Netze bei Usch — Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 28. März.

Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Schauspielhaus. Der Schwur der Treue.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Berliner. Die Jungfrau von Orleans.
Westen. Der Zigeunerbaron.
Nachmittags 3 Uhr: Der Freischütz.

Anfang 8 Uhr:

Neues. Salome.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Vogel im Käfig.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Der Militärstaat.
Lessing. Und Pippa tanzt.
Komische Oper. Figaros Hochzeit.
Zentral. Bruder Straubinger.
Metropol. Auf ins Metropol.
Walhalla. Heinrich Heine. Die Ballhaus-Anna.
Kleines. Hidalla.
Residenz. Der Prinzgemahl.
Trianon. Loulou.
Carl Weiß. Die lebende Brücke auf Kuba.
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Thalia. Bis früh um Fünfe.
Luisen. Pension Schöller.
Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.
Kasino. Die Herren Söhne.
Apollo. Das bummelnde Berlin. Spezialitäten.
Herrnfeld. Familientag im Hause Prellstein.
Folies Caprice. Der Schmock. Dalles u. Co.
Wintergarten. Saharet: „Die Kaiserin der Sahara". — Spezialitäten.
Belle-Alliance. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Nachm. 4 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne. Abends 8 Uhr: Die Fortschritte der drahtlosen Telegraphie.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.

Anfang 7½ Uhr.

Die Jungfrau von Orleans.

Donnerstag: **Kean.**
Freitag: **Edles Blut.**
Sonnabend: **Der Widerspenstigen Zähmung.**

Zentral-Theater.

(Operette.) 8 Uhr halbe Preise:
Bruder Straubinger.

Komische Oper.

Mittwoch, den 28. März 1906, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Figaros Hochzeit.

Donnerstag: **Hoffmanns Erzählungen.**
Freitag: **Figaros Hochzeit.**

Neues Theater.

Anfang 7½ Uhr.
Salome.
Donnerstag, Freitag: **Ein Sommernachtstraum.**
Sonnabend zum erstenmal: **Caesar und Cleopatra.** (Anfang 7 Uhr.)

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.
Hidalla.
Donnerstag:
Kinder der Sonne.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Pension Schöller.
Donnerstag: Die Haubenlerche.
Freitag zum erstenmal: Käthchen von Heilbronn.
Sonnabend: Auf eigenen Füßen.
Sonntag nachm.: Othello.
Abends: Der Verschwender.
Montag: Auf eigenen Füßen.

Deutsch-Amerikanisch. Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr, sowie Sonnabend
zum 100. Male Gastspiel Ad. Philipp
Er und Ich
Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.

Walhalla-Theater

Heinrich Heine.
Lustspiel in 3 Akten von A. Wels.
Hierauf:
Die Ballhaus-Anna.
Posse m. Ges. i. 2 Akt. v. Daun u. Haskel.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

9 Uhr! Täglich: 9 Uhr!
Das bummelnde Berlin.
Burleske von Benno Jacobson.
Musik von Rudolf Nelson.
Im 3. Bilde: **La Matschiche.**
Solo: **Liane d'Eve.**
Vorher 8 Uhr: Die glänzenden Spezialitäten.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Venus auf Erden und Spezialitäten.**

Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Das neue März-Programm.
Antoinette Sohns
Koloraturſängerin.
Geschwister Flokati,
Gesang und Tanz-Duo.
Fritz Schönbauer
mit seinen lustigen Geschichten.
14 originelle Spezialitäten.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Vogel im Käfig.
Schausp. in 5 Akten v. St. Großmann.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wanjuschins Kinder.
Freitag, abends 8 Uhr:
Cyprienne.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.
Lustspiel in 4 Aufzügen von Gustav v. Moser und Thilo v. Trotha.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (2. Teil.)

65 Abessinier in
Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165. Kein Extra-Entree.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg. Frankfurter-Chaussee 5.
Fernsprecher Nr. 8.
Restaurant und Festsäle.
Jeden Sonntag: **Gr. Ball** unter Leitung des Herrn O. Bürger.
Jeden Mittwoch:
Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.
Nach der Vorstellung: **Familien-Kränzchen.** Bons haben Gültigkeit.
3392* Gebr. Arnhold.

Zirkus Albert Schumann
Heute abend präzise 7½ Uhr:
Anläßlich hohen Besuches
Extra-Gala-Vorstellung
zugunsten des Zentralkomitees der Deutschen Vereine vom
Roten Kreuz
behufs Bewilligung freier Brunnen- und Badekuren für die Teilnehmer an den Feldzügen 1864, 1866, 1870/71.
Ganz exquisites Sport-Progr.
Die hervorragendsten Schul- u. Freiheitsdressuren des Direktors Albert Schumann. Sämtl. Spezialitäten u.
Berlins größte Sensation!
Ein wirkliches Naturwunder.
Chinesische Fischer mit ihren hier noch nie gesehenen
Cormorants

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf – in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen in all. Räumen gestattet.

XI. Berliner Saison.
Zirkus Busch.
70 dressierte 70 Eisbären
unter persönlicher Vorführung des Herrn Hagenbeck.
Herr Ernst Schumanns Neudressuren und die vorzüglichsten Programmnummern.
Zum Schluß zum 129. Male:
Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins:
◆ **Indien.** ◆
Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch.
Besonders hervorzuheben:
Eine Tigerjagd.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Heute zum 100. Male:
Die lebende Brücke auf Kuba
Donnerstag Benefiz für Herrn Leo Gadiel: **Der Hüttenbesitzer.**
Sonnabend letzte Kindervorstellung kleine Preise: **Aschenbrödel.**

Dresdenerstr. 97
Colosseum
Otto Steidels Hamburger Sänger.
Sonntag 2 Vorstellungen
nachm. 4 und abends 8 Uhr.
Nachm. Eintritt 25 Pf. 1 Kind frei.

Urania Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtssonne.
8 Uhr:
Die Fortschritte der drahtlosen Telegraphie.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Wintergarten
Letzte Vorstellungen
der australischen Tänzerin
Saharet
als
Kaiserin der Sahara.
Außerdem
das glänzende März-Programm.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.
Familientag
im
Hause Prellstein
mit den Autoren Anton u. Donath Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11—2 Uhr.
Voranzeige!
Sonntag, den 1. April:
Abschieds-Vorstellung
mit vorhergehendem Festakt u. Verabreichung eines Souvenirs in Form eines Albums, welches den Werdegang des Herrnfeld-Theaters mit interessanten Abbildungen enthält.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bh. Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Letzte Woche!
Johnke Compagnie
Reck-Pantomime.
Geschwister Fronista
Kunstgesangsduett
und 10 Attraktionen 1. Ranges.
'ne feine Nummer!
Burleske von Max Koch.
Familienkarten in Barbier-, Friseur- und Zigarrengeschäften unentgeltlich.

Lustspielhaus.

Allabendlich 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132,
Ecke Friedrichstraße.
Zum 12. Male:
Der Schmock
und
Dalles & Co.
Anfang 8 Uhr.
Kasse den ganzen Tag geöffnet.
Vorverkauf bei Wertheim.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Zum 150. Male:
Der Prinzgemahl.
Vorher Prolog von Albert Träger, gesprochen von Richard Alexander.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: **Seine Kammerzofe.**

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Zum letzten Male:
Im Tode vereint
oder: **Treue Herzen.**
Lebensbild mit Gesang in 4 Akten von Hausmann.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag zum letztenmal: **Hirt von Goldau.**

Trianon-Theater.

Anfang **Loulou.** 8 Uhr.
Sonntag nachm.: **Die herbe Frucht.**

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Heute: **Extra-Vorstellung.**
Konzert — Theater Spezialitäten.
Neue Spielfolge.
Nach der Vorstellung: **Freitanz.**
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig!

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Neu! **Einquartierung.**
Mit Humoreske v. Meysel
Anfang
Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Neue Welt.

Hasenheide 108/114.

Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.

Die Geier-Wally.

Schauspiel in 5 Akten u. einem Vorsp.

Die Klöße von Rosen

nach ihrem Roman von Wilhelmine von Hillern.

Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr. Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Kasino-Theater

Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.

Die Herren Söhne.

Volksstück in drei Akten von Walter u. Stein.

Vorher das **neue bunte Märzprogramm.**

Sonnt. 4 Uhr: **Hotel Klingebusch.**

SANSSOUCI

Sanssouci. Kottbuser Straße 4a.

Dir. **Wilhelm Reimer.**

Letzter Theaterabend:

Benefiz für **Willy Brosch.**

Das Stiftungsfest.

Sonnt. Bg. 5, Wochent. 8 U.

Sonnt., Mont., Donnerst.:

Hoffmanns Norddeutsche Sänger.

Moabit. Gesellschaftshaus.

Wiclefstr. 24. Inh.: H. Peters.

Jeden Mittwoch:

Original-Harburger Sänger

Direktion:

C. Frick u. Kasche-Krause.

Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.

Vorzugskarten gelten.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater

Frankfurter Allee 85.

Das sensationelle, vollständig neue

März-Programm.

Nur Schlager.

Neu eröffnet!

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)

Theater lebender Photographien mit

abwechselnd. Abnormitäten-Progr.

Den ganzen Tag Vorstellung.

Otto Pritzkow,

Münzstraße 16.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.

Täglich

in den unteren Sälen

Gottschalk-Konzert.

Krug zum Grünen Kranze Alexanderplatz

(im Keller)

Allabendlich:

„Fidelitas!"

Damen-Orchester

Bedienung nach Münchener Art.

Entree frei.

Säle v. 200-1600 Pers. fassend.

Anzüge, Paletots nach Maß 28

30, 32, 35, 38 M. usw., bei Anzügen von 50 M. an Teilzahlung, monatlich 10 M., gestattet. 3262*

Tomporowski, Prinzenstr. 55, I. Etg.

Achtung!!!

Havana-Grus

als Qualitätseinlage zur Zigarrenfabrikation sehr zu empfehlen

per Pfd. **1.–, 1.25** und **1.40.**

Hamburger Rohtabak-Haus.

Filiale Berlin N., Brunnenstr. 190.

Schöne Wohnungen

vornheraus 2 Trepp., eigener Korridor 2 Stuben u. Küche 33 M. pro Monat, 1 Stube u. Küche 22 „ „ „

sofort zu vermieten **Exerzierstr. 4a.**

Stets das Neueste stets das Beste

bei großer Auswahl zu wirklich billigen Preisen.

Jackett-Anzüge

von streng modern gemusterten Stoffen, schicker, vornehmer Form und eleganter Machart,

12,50, 15, 17,50, 20, 22,50, 25, 30, 35 bis **60** M.

Vorrätig in allen Größen und Weiten. Berücksichtigt sind dabei normale, als auch schlanke, untersetzte und extra starke Figuren.

Jackett-Anzüge

ein- und zweireihige Form, von Cheviot, schwarz oder blau,

20, 25, 30, 35, 40, 45 und **50** M.

Die Eleganz und der tadellose Sitz der Anzüge ist unübertroffen und weit bekannt.

Jackett-Anzüge

von schwarzem Kammgarn, einreihige moderne Form,

20, 25, 30, 35, 40, 45 und **50** M.

Zur Verarbeitung gelangen nur auf Haltbarkeit geprüfte Stoffe mit bewährten Zutaten. Der Schnitt ist der neuesten Mode entsprechend und werden etwaige kleine Mängel im Sitz ohne Berechnung sorgfältig abgeändert.

Die Bedienung erfolgt nur durch fachmännisches und branchekundiges Personal. Dieser Umstand bietet eine Garantie dafür, daß nur richtig passende Gegenstände verkauft werden.

Freundlichkeit und Zuvorkommenheit ist jedem Verkäufer zur strengsten Pflicht gemacht.

Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe

Berlin SO. Oranienstr. 166. Potsdamerstr. 113a. **Berlin W.**

Potsdam, Nauenerstr. 23.

Nach auswärts sende Muster und Maßanleitung frei zu.

Illustrierten Katalog versende kostenlos.

Ich habe noch nie eine so gute,

preiswerte Zigarre für so **wenig Geld** angetroffen, deshalb bitte ich Sie, mir nochmals **500 Stck. für 7 M. fr. geg. Nachnahme** zu senden.

Hochachtungsvoll Anton Döring, Roxel.

NB. **Ueber 2000 Anerk. habe ich erhalten!**

Bestellen Sie bitte auch zur Probe gegen Nachnahme franko: Sie werden viel Geld sparen!

500 Stück „Union" für nur 7 M.! Garantie: Umtausch od. Zurückn.

Rud. Tresp, Zigarrenfabrik, Neustadt bei Danzig H. N. 245.

Richtig Deutsch! sprechen und schreiben

Schönschreiben! deutsch, lateinisch, Rundschrift,

Buchführung! einfache, doppelte, amerikanische,

erlernen Sie ungeniert und spielend leicht durch unseren brieflichen Unterricht. Probeblatt 50 Pf. Prospekt gratis.

„Handelswissenschaft"

Fachblatt für Kontor und Bureau, Berlin S. 42, Prinzenstr. 26. d.

Nervöse, Blutarme, Bleichsüchtige

usw. erzielen überraschende Erfolge durch Reichel's **Malzeisenpulver**

Reichlich **blutbildend, schwache Nerven stärkend u. enorm Appetit anregend. Wirkt bei Kindern Wunder!**

Dose Mk. 1.25, Insb. 3 Dosen Mk. 3,75 hier frei Haus. Versand nach auswärts.

Otto Reichel, BERLIN SO. 43, Eisenbahnstr. 4.

Moerner's Blumengarten

Ober-Schöneweide

Dampferstation Stern

empfiehlt sich zur Abhaltung von Sommerfestlichkeiten jeder Art.

2 große Säle. — 3 Familien-Kaffee-Kochküchen.

Verein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer.

Die Beerdigung unseres Kollegen

Franz Stolle

findet am **Freitag, den 30. März cr.,** nachmittags **5 Uhr,** von der Leichenhalle des **neuen Luisen-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße,** aus statt.

Das Vereinsbureau bleibt an diesem Tage von nachmittags 2 Uhr an geschlossen.

Die **Vorstandssitzung** am Freitag, den 30. März **fällt aus** und findet **Freitag, den 6. April,** statt. Alle bereits ergangenen Einladungen zu dieser Sitzung gelten für den späteren Termin.

36/11 **Der Gauvorstand.**

Typographia.

Durch das leider zu früh erfolgte Hinscheiden des Kollegen

Franz Stolle

haben wir eines unserer ältesten Mitglieder verloren. Sein dem Verein stets entgegengebrachtes Interesse sichern ihm ein dauerndes Andenken bei den Mitgliedern. **Der Vorstand.**

NB. Die **Sänger** werden gebeten, wenn irgend möglich, bei der Beerdigung pünktlich zur Stelle zu sein.

Überzeugen Sie sich, dass meine

Deutschland-Fahrräder

u. Zubehörteile die besten, daher im Gebrauch die allerbilligsten sind!

Viele 1000 Anerkennungen.

Über 100,000 Deutschland-Räder zur grössten Zufriedenheit i. Gebrauch.

Preisliste, die grösste der Branche, unberechnet u. portofrei.

August Stukenbrok, Einbeck

Erstes Fahrradhaus Deutschlands.

Arbeiter!

Raucht **„Malinda"-Zigarren**

in 100 ten Zigarrengeschäften zu haben.

Wer sich den Genuß der so vorzüglichen **echten Malinda**-Zigarren a 5, 6, 8, 10 Pf. per Stück verschaffen will, achte darauf, daß ihm die rühmlichst bekannte **echte „Malinda"**-Zigarre verkauft wird. — **„Malinda"**-Zigarren werden sehr viel nachgeahmt, aber niemals an Qualität erreicht. — Gegen Fälscher wird gerichtlich vorgegangen. 536L*

S. Rund, Generalvertreter, Marsilius-Str. 23.

Orts-Krankenkasse Boxhagen-Rummelsburg.

Donnerstag, den 12. April d. J., abends 8½ Uhr, im Lokale der Frau Ww. **Weigel,** hier, Türrschmidt- und Gottheststraßen Ecke:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht. 271/12
2. Bericht der Revisoren.
3. Ergänzungswahl des Vorstandes (Wahl eines Arbeitnehmers).
4. Anstellung eines Kassenbeamten und Kassenboten.
5. Verschiedenes.

Einladungskarte legitimiert!

Der Vorstand. J. A.: Budde.

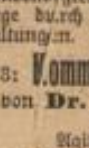
Steppdecken

billigst direkt in der Fabrik

72. Wallstr. 72.

wo auch alte Steppdecken aufgearbeitet werden. **Bernhard Strohmandel.**

Berlin Ks. Illustr. Katalog gratis.



Ein Riesenposten 130 cm breite bunte Mocket-Plüsche

vornehm. haltbarer Möbelstoff

Buntpersische Blumenmuster

Inventur-Extrapreis **5** 35 pr. Meter Wert 7.50

Bei Abnahme ganz. Stücke 5.15 M. p. Mtr.

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre,

Berlin S. Oranienstr. 15/8.

Wir empfehlen:

„Sozialdemokratische Gemeindepolitik",

Kommunalpolitische Abhandlungen.

Heft 1: **Das kommunale Wahlrecht**
von **P. Hirsch** und **Dr. Lindemann.**
Preis **50** Pf.
Agitationsausgabe **30** Pf.

Eine Darlegung der historischen Entwickelung der Bürgergemeinde bis zur heutigen Einwohnergemeinde sowie der heute geltenden Wahlsysteme zu den kommunalen Vertretungen.

Heft 2: **Kommunale Arbeiterpolitik**
von **Dr. H. Lindemann.**
Preis **60** Pf.
Agitationsausgabe **40** Pf.

Eine Kritik der Arbeiterpolitik der Gemeinden an der Hand zahlreicher Beispiele und eine ausführliche Begründung für die Notwendigkeit der Arbeiter-Fürsorge durch die städtischen Verwaltungen.

Heft 3: **Kommunale Schulpolitik**
von **Dr. Max Quarck.**
Preis **1.–** M.
Agitationsausgabe **50** Pf.

Die Broschüre enthält reiches Material zur Beurteilung der Volksschulzustände im Deutschen Reiche.

Heft 4: **Kommunale Wohnungspolitik**
von **P. Hirsch.**
Preis **1.–** M.
Agitationsausgabe **50** Pf.

Eine Untersuchung der Ursachen und eine Schilderung der Folgen der Wohnungsnot sowie eine eingehende Darstellung der bisher von den Gemeinden dagegen getroffenen Maßnahmen, daran anknüpfend die sozialdemokratischen Forderungen.

Heft 5: **Steuern und Gebühren**
von **Dr. H. Lindemann.**
Preis **60** Pf.
Agitationsausgabe **30** Pf.

Der Verfasser gibt eine Uebersicht über die gesetzlichen Bestimmungen in den Einzelstaaten und zeigt, wie innerhalb dieser eine verhältnismäßig vernünftige Steuerpolitik möglich ist.

Expedition des Vorwärts

Berlin SW. 68

Laden. **Lindenstr. 69** Laden.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Am Montag früh verstarb unser langjähriges Mitglied, der Schriftsetzer

Franz Stolle

im 62. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag 5 Uhr auf dem neuen Luisen-Kirchhofe, Hermannstraße, statt.

Rege Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Am 25. d. Mts. verstarb mein lieber Mann, unser lieber Vater und Schwager

Gustav Hechel

im 43. Lebensjahre. 834b

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Lichtenberger Kirchhofes (Krugstege) aus statt.

Um stilles Beileid bitten die Hinterbliebenen

Marie Hechel geb. Irrgang nebst Kindern,

Hermann Irrgang nebst Frau.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Bretterträger

Gustav Hechel

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle Krugstege, Lichtenberg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

242/13 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metalldreher

Paul Thierlein

gestorben ist. 115/7

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gürtler

Paul Naumann

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes in der Seestraße aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

115/5 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Für die Beweise innigster Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Verwandten und Bekannten, besonders dem Personal der Firma **P. Sauerwein** sowie den Genossinnen und Genossen des II. Wahlkreises, Bezirk 231—233, meinen tiefgefühltesten Dank.

8206 Der trauernde Gatte **H. Baumgart** nebst Kindern.

Grabsteine

auf bequeme Ratenzahlungen

Man verlange Prospekte

Erstes Berliner Grabstein-Versandtgeschäft **„Pietas",** 27 Lessingstraße 27.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für

Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. **10—2, 5—7,** Sonnt. **10—12** Uhr.

Beste Bettenfüllung

sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt chinesischen

Monopoldaunen

(gesetzl. geschützt) **Pfund Mk. 2,85.** 3—4 Pfund genügen 1 gr. Oberbett. Vers. geg. Nachnahme. Verpackung frei.

Gustav Lustig

Berlin S. Prinzenstr. 48

Größtes Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

Verlangen Sie **Tellus-Zigaretten**

garantiert Handarbeit 3712*

Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt!

M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus", Berlin N. 54.

Möbelfabrik „Stern"

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bilanzkonto per 31. Dezember 1905.

Aktiva.		M.
Kassenbestand		10 855,81
Warenbestand		51 764,50
Inventarkonto	5 659,18	
15 % Abschreibungen	848,90	4 810,28
Debitorenkonto		32 547,80
Bankkonto		14 337,35
		114 315,74
Passiva.		M.
Anteilkonto		810,—
Darlehnkonto		72 555,49
Darlehnkonto-Zinsen		4 384,83
Reservefonds		395,—
Spezialreservefonds		247,51
Lohnkonto, noch zu zahlen		22 950,—
Unkostenkonto		1 370,—
Kreditorenkonto		6 762,74
Reingewinn		4 840,18
		114 315,74

Die Zahl der Genossen beträgt am Schluß des Geschäftsjahres 27; eingetreten sind im verflossenen Geschäftsjahre keine, ausgeschieden auch keine. Das Geschäftsguthaben der Genossen beträgt 810 M., die Haftsumme auch 810 M. Das Geschäftsguthaben und die Haftsumme hat sich um nichts erhöht noch vermindert. 819b

Der Vorstand. Felzer. Kornetzky.

Hammel-Zentrale

Hammelfleisch - Verkauf nach Pariser Art.

Eröffnung: Donnerstag, den 29. März,

Dresdenerstr. 17 vis-à-vis Tamaschke.

Gesunder Schlaf ist für die Säuglinge ebenso notwendig wie die Nahrung. Viele Säuglinge können jedoch abends keine Ruhe finden, sondern sie schreien. Dies ist nun nicht etwa, wie viele Eltern glauben, auf Nervosität des Kindes zurückzuführen, sondern sehr oft auf die gewöhnlich bestehende chronische Stuhlverstopfung und die deshalb auftretenden Blähungen, welche häufig durch eine zu reichliche Ernährung mit Kuhmilch im frühen Alter verursacht werden. Durch den Zusatz von **Kufekes Kindermehl** zur genügend verdünnten Kuhmilch, welches die Milch im Magen des Kindes feinflockiger gerinnen und daher leichter verdaulich macht, wird diese chronische Verstopfung behoben und die nun nicht mehr von Blähungen geplagten Kinder bekommen wieder den ihnen so notwendigen ruhigen Schlaf.

Moabiter Bürgersäle BERLIN NW., Beusselstr. 9. 1 großer und 1 kleiner Saal ::: stehen täglich zu ::: Versammlungen und Vergnügen zur Verfügung.

×××× Vereinszimmer einige Sonnabende noch frei. ××××

Raucht **Tassi-Cigarettes.** 2262*

TUMA-ZARI 2662*

Beste 2 Pfg.-Zigarette.

Möbel und Polsterwaren

Theodor Knorn

N. 39. **Gerichtstr. 10** am **Hochplatz.**

Reichhaltiges Lager gut bürgerlicher sowie einfacher Einrichtungen. **Komplette bunte Küchen** von **56 Mark** an sowie große Auswahl **einzelner Möbel, Polsterwaren** nur eigener Fabrik, daher langjährige Garantie.

Besichtigung ohne Kaufzwang bereitwilligst gestattet. *

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Inventur-Ausverkauf. Gardinen Stores, 10 Prozent Rabatt. Fenster (zwei Shawls) 140, 185, 225, 285, 350, 485, 575, 665 usw. 1321K*

Inventur-Ausverkauf. Vorjeh-Gardinen mit überraschend schöner Stickerei, Fenster 135, 165, 210, 255, 285, 325, 425 usw., goldfarbig und rot 265, 285, 325, 450 usw. 1322K*

Tüllbettdecken, weiß, creme, 195, 225, 285, 375, 450—790. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1323K*

Inventurpreis. Steppdecken, Simili, Seide, rot, grün, oliv, blau, circa 160 breit, 200 lang, Handarbeit (Wert 10,50) jetzt Stück 5,85.

Steppdecken, Gelegenheitskauf, nur solange Vorrat, 285, 365, 425, 585, 675, 785 usw. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. *

Inventur-Ausverkauf. Tuchtischdecken mit kleinen Stickfehlern in allen Farben, Größen, 1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,35 usw. 1326K*

Plüschtischdecken, Gelegenheitskauf, mit kleinen Stickfehlern, nur so lange Vorrat, 4,85, 5,65, 6,35, 7,50, 8,45, 9,65, 10,85. 1327K*

Möbelstoffreste in Wolle und buntem Plüsch, zu Sofabezügen ausreichend, in allen Preislagen. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1328K*

Inventur-Ausverkauf. Abfall-Teppiche in allen Größen zu Spottpreisen. 1329K*

Teppiche, imitiert Japaner und Perser, 2 Meter lang, nur 3,25. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1330K*

Inventur-Preis. Portieren (zwei Shawls, ein Lambrequin) Garnitur 3,85, in allen Farben. 1331K*

Einzelne Plüsch- und Tuchgarnituren enorm billig. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1332K*

Gardinen-Versandhaus Jerusalemerstraße 11/12 Inventur-Ausverkauf zu bedeutend herabgesetzten Preisen. 1291K*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett, zusammen 10,50, nur (Pfandleihe) Andreasstraße 38. *

Rotrosa-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstraße 38. 1342K*

Pommersches Bauernbett, Deckbett, Unterbett, zwei Kissen, 27,00. Großes Laken, Stück 1,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Elektrische nach überall. 1343K*

Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Bettinlette, Tischdecken, Teppichverkauf, Riesenauswahl Uhrensorten, Festgeschenke, Damengarderoben, Herrenkleidung, Möbelstücke, sensationelle Spottpreise. Brautleuten empfehlenswert. Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn. †40*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 282/3

Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 28, Skalitzerstraße 40. 1339K*

Pianinos Miete, Teilzahlung. Andersen, Schillingstraße 38. 288/17*

Möbel aller Art, Kleiderspinde, Vertiko, Stühle, Küchensachen (neu, gebraucht), billigst Möbelspeicher, Dresdenerstraße 117. Teilzahlung gestattet. 106/3*

Dame verkauft sämtliche Möbel einer großen Wohnung, auch 10 Standbetten, Bilder, Gardinen, Teppiche, Steppdecken, Portieren. Dresdenerstraße 38, vorn II links. 106/1*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Betten, Gardinen, Decken, Wäsche, Teppiche, Spiegel, Gaskronen preiswert Leihhaus Ritterstraße 116. †65*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Betten, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 7850*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Ratz, Mulackstraße 14. 806b*

Gaskronen, Petroleumkronen, Fabrikpreise. Woche 1 Mark. Nur Große Frankfurterstraße 92. 1309K*

Gaskronen, dreiflammig 4,50, Salonkronen 8,00, Zugampeln 9,00, Wandarme 0,60. Fabriklager Große Frankfurterstraße 92. 1308K*

Tambourier-Maschinen „Hackemeyer", alleiniger Fabrikant E. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 1134K*

Hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 1159K*

Lauben-Baumaterialien, neue und gebrauchte, wie: Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Linoleum, Dachpappe usw. billigst. Früher Kottbuserdamm 22, jetzt Hasenheide 2 (am Hermannplatz). 2551b*

Linoleum, Tapeten, Reste, Gelegenheiten. Müller, Große Frankfurterstraße 45/46. †44*

Aquarien, Aquarienfische, Waldvögel, Vogelbauer, gutes gereinigtes Vogelfutter, Fischfutter Brunnenstraße 101, Schwedenstraße 19. †10*

Anzüge, Uhren, Schmucksachen, Wäsche, Betten, Gardinen, Teppiche, Decken spottbillig. Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. 1316K*

Nähmaschinen, alle Fabrikate, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00, Postkarte genügt. Wienerstraße 6, Ackerstraße 113. 824b

Kanarienroller spottbillig, Schloßplatz 2. 107/7

Aquarien-Durchlüfter billig verkäuflich Schlüterstraße 7, Seller Savignyplatz. 821b

Restaurant verkäuflich, billig, Zahlstelle, [illegible] Zimmer, Piano, 2 Wohnstuben [illegible] 1200,00. Urbanstraße 7.

„Damenuhr" Gratiszugabe oder bis 12,00 Vergütung, Nähmaschinen ohne Anzahlung Woche 1,00. Postkarte genügt. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. †80*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Säulentrumeau, Bettstellen, Plüschgarnitur billig Kowalzyk, Wusterhausenerstraße 21 (Köpenickerstraße).

Restaurant verkauft B. Grupa, Wattstraße 15. †100

Restauration, schönes Geschäft, Vereine, sofort zu verkaufen. Heinrich, Schreinerstraße 57, I. †131

Nußbaumwirtschaft, noch neu, verkauft verzugshalber Königsbergerstraße 11, erstes Quergebäude I. †46

Rosenthalerstraße 57, 1. Etage. Gelegenheitskäufe. Neu eingetroffen: Große Posten abgepaßter Gardinen, Fenster 1,35, Stores, weiß und creme, Stück 1,45, Tüllbettdecken, Stück 1,85. Ferner Gardinenreste zu 1 bis 4 Fenstern, Bonnes femmes, Rouleaus, Teppiche, Läuferstoffe, Portieren, Steppdecken bedeutend unter Preis. Gardinen-Zweig. Kein Laden. 289/20

Nähmaschinen. Zahle bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Lieferung sofort. Brauser, Tilsiterstraße 90. †46*

Plüschsofa, Salongarnitur, Kleiderschrank, Säulentrumeau, elegant, sofort billig verkäuflich Invalidenstraße 40/41, hochparterre links, herrschaftlicher Aufgang. 107/8

Altes Kleiderspind, Kommode und Waschtoilette kauft Frau König, Junkerstraße 2. 718b

Gewerkschaften und Vereinen empfiehle großes Vereinszimmer, auch zu Zahlstellen. Lambrecht, Lychenerstraße 2/3. †59

Holzwand, transportabel, zirka 3,50 × 1,80, kauft Möhring, Planufer 41. 816b

Ein Junge, 11 Jahre, bei anständigen Leuten in Pflege zu geben. Schmidt, Swinemünderstraße 76, Quergebäude IV links. †100

Verschiedenes.

Stenographie (Stolze-Schrey). Anfängerkurse beginnen Donnerstag und Dienstag abend 1/2 8 Restaurant Grupe, Annenstraße 16. 837b*

Gnörich, Volkshumorist, auch Gesellschaft. Fennstraße 1a. †18*

Volkshumorist Balge, auch Gesellschaft, Manteuffelstraße 41. †18*

Volkssänger-Gesellschaft „Anke" frei. Swinemünderstraße 1. †94

Schmelzer, Volkshumorist. Auch Gesellschaft, Stettinerstraße 57. †100*

Zahnärztliche Poliklinik, Weinbergsweg 11, 1—3 Uhr. Zahnziehen mit Zahnfleischbetäubung umsonst. Künstliche Zähne à 1 Mark, Gold- und Porzellanfüllung 2 Mark. *

Chauffeurschule des Technikums Elektra, Berlin, Neanderstraße 4. Gründliche theoretische und praktische Chauffeurausbildung. Große Reparatur-Werkstätten. Prospekte frei. *

Patentanwalt Weisel, Gitschinerstraße 94a. 348b*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I *

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 96/2*

Platinabfälle, alte Goldsachen, alte Silbersachen, Bruchgold, alte Zahngebisse, Kehrgold, photographische Rückstände, Tressen, alte Uhren sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Gold- und Silberschmelze [illegible]ch, Wrangelstraße 4. Telephon 4, [illegible]8. 104/6*

[illegible]ltes Schlafsofa, Garderobenspind, Kommode kauft Verwalter, Palisadenstraße 95. 107/3*

Vermietungen.

Restaurationsräume mit Konzession vermietet, Einrichtung verkauft Jahn, Schreinerstraße 19. 236/6

Zimmer.

Kleines möbliertes Zimmer, Weidenweg 22, Krüger, vorn II. †46

Leere Stube oder Küche vermietet Soldinerstraße 106. †100

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herrn. Machnik, Oranienstraße 185, Hof III.

Möblierte Schlafstelle Lausitzerstraße 31, vorn III links. †18

Gut möblierte Schlafstelle (Herr). Erfragen: Wolff, Manteuffelstraße 68, Laden. 825b

Schlafstelle (auch Dame), Junker, Kesselstraße 17. 835b

Möblierte Schlafstelle (Herrn), Witw. Hüllert, Mulackstraße 11. 833b

Mietsgesuche.

Kleineres möbliertes Zimmer, Nähe Adalbertstraße bei Witwe gesucht. Preisofferte D. 30. Postamt 53.

Herr sucht möblierte Schlafstelle allein zum 1. Offerten mit Preisangabe A. J. 2 Postamt 67. †73

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glätzer, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Geldschrankschlosser, tüchtige, selbständige Arbeiter, Schrankbauer und Schloßbauer verlangt Lindener, Augustistraße 52. 1401K*

Ziseleur-Lehrling verlangt Hirschfeld, Alexandrinenstraße 28. 7645*

Lehrling zur Lederarbeit verlangt Raabe, Dresdenerstraße 62. 719b

Steinmetz, Schriftbauer und Zeichner, mit Berliner Verhältnissen vertraut, Meister vertreten kann, sucht E. Rey, Steinmetzmeister, Nordend. 829b

Kissenmacher verlangt Eckert, Große Hamburgerstraße 20.

Zwei Schlosser auf Bauarbeit verlangt Petersburgerstraße 8. †46

Grundierer verlangt Wiencke, Görlitzerufer 23. †18

Junger Laufbursche für Verlag, leichte Arbeit, sofort verlangt Dessauerstraße 6, vorn III. 832b

Tüchtigen Einballierer auf Goldleisten verlangt Köpenickerstraße 21.

Steinmetzlehrling verlangt Daniel, Mariendorf, Feldstraße. 826b

Rahmenmacher, tüchtige, sucht Bilderfabrik Lechner, Alexandrinenstraße 93/94. 815b

Zusammenpasser suchen Gebrüder Goldmann, Ritterstraße 71. 817b

Maschinenbauer. Wer weist mir Lehrstelle nach (keine Lehrlingszüchterei) zum sofortigen Antritt? Norden Groß-Berlins bevorzugt. Zahle 10 Mark für günstige Nachricht. Adressen S. 2 an die Expedition dieses Blattes.

Eine Frau oder Mädchen, das zu Kochen versteht, wird gesucht. Huttenstraße 9, Restaurant. †73

Knabensachen-Arbeiterinnen, im, außerm Hause gesucht. Gollnowstraße 37. †46

Plätterinnen, geübte, auf Damen- und Kinderwäsche, finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Albersheim und Gottschalk, Königstraße 50.

Botenfrauen (Tour Fichtestraße) verlangt Mittenwalderstraße 6. 830b

Aeltere, alleinstehende Frau zur Führung eines kleinen Haushaltes und Erziehung zweier kleiner Kinder zum 1. April gesucht. Bollin, Prinz Handjerystraße 18 II. Meldung vormittags. †120

Junge Mädchen, die das Einziehen von Zahnbürsten erlernen wollen, unter vorläufiger wöchentlicher Vergütigung verlangen Engeler u. Sohn, Behrenstraße 36. 7825*

Zeitungsfrauen finden dauernde Beschäftigung Prinzenstraße 41. 106/19*

Zeitungsfrauen finden sofort dauernde Beschäftigung Potsdamerstraße 33. 106/17*

Zeitungsfrauen finden sofort lohnende und dauernde Beschäftigung Schützenstraße 22/23, Nykestraße 31, Schiffbauerdamm 1. 106/18*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Politischer Redakteur, langjährige Praxis, Redner und Organisator, sucht zum 1. Juli oder früher an einem Parteiblatte Stellung. Mitteilungen sind unter R. 2 an die Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Monteur

zum Einregulieren von A. E. G.- und Körting u. Mathiesen-Lampen sucht bei hohem Lohn **Böttel,** Luckauerstraße 13. 107/5

Gesucht

von größerer **Elektrotechnischer Fabrik** Norddeutschlands ein im Bau **von Heizkörpern** erfahrener

Meister,

welcher selbständig den Bau von Heiz-Apparaten zu leiten vermag. Offerten unter **B. V. 7123** an **Rudolf Mosse, Bremen.** 107/6

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher

Filiale Berlin.

In der Werkstelle **Max Wosinski, Rixdorf,** Hermannstr. 48 II, sind Differenzen ausgebrochen und ist dieselbe bis auf weiteres **gesperrt.** Die Arbeitsstellen sind folgende:

Pannier, Ecke Weserstraße, Laubestraße (Beamtenhäuser).
Glatow, Ecke Walterstraße, Bau. Krossenerstr. 23 oder **24.**
Weiße, Ecke Selchowerstraße.
Baumschulenweg, Schröder, Ecke Baumschulenstraße.

134/15* **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Buchbinder-Verband

Zahlstelle Berlin.

Wegen Lohndifferenzen ist das Personal der Firma **Fritz Leonardi,** Luxuspapierfabrik, **Köpenickerstraße 112,** entlassen worden. Der Betrieb ist für **Goldschnittmacher, Luxuspapier- und Kartonagenarbeiter und -Arbeiterinnen, Präger und Prägerinnen** sowie **Monogramm-Prägerinnen gesperrt.**

Der Streik dauert fort!

23/3* **Die Ortsverwaltung.**

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Osten:
Wengels, Rüdersdorferstr. 3.
Gustav Vogel, Koppenstr. 83.

Nordosten:
L. Zucht, Weberstr. 43.
J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden:
H. Naschke, Ackerstr. 36.
F. Trapp, Rügenerstr. 21.
Karl Maros, Lychenerstr. 123.
Karl Weitze, Wiesenstr. 41/42.
L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Demminerstr. 32.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.

Südwesten:
H. Werner, Mittenwalderstr. 30.
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Süden:
St. Fritz, Prinzenstr. 31.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.

Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15.
P. Horsch, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1.

Friedrichsberg:
O. Seifel, Kronprinzenstr. 50.

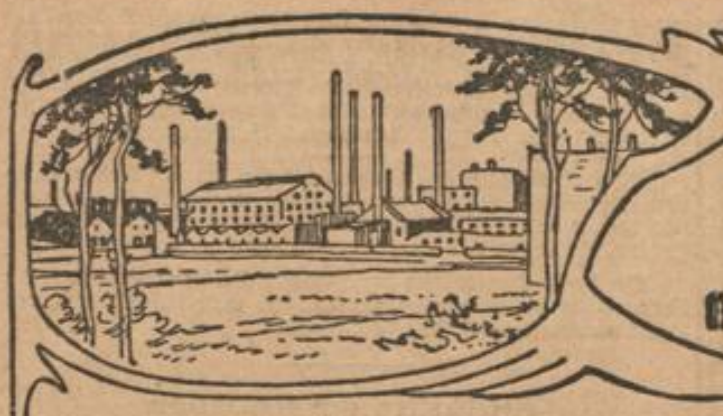
Rixdorf:
M. Heinrich, Prinz Handjerystr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.

Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 51.

Weißensee:
W. Reske, Sedanstr. 105.
Jul. Schillert, König-Chaussee 39a.

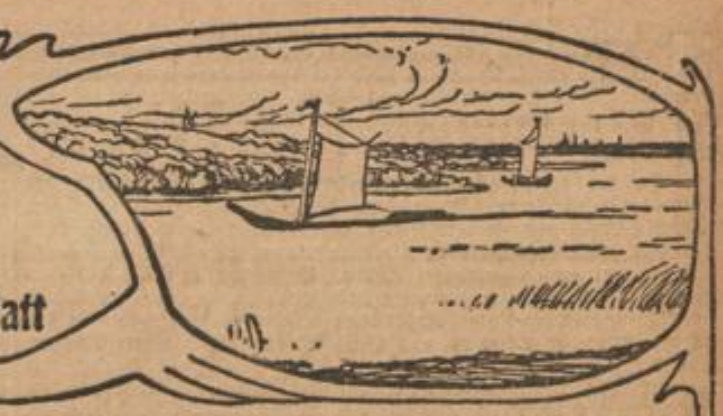
Reinickendorf:
P. Gursch, Provinzstr. 108.

Verantwortlicher Redakteur: [illegible] Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Vorort

Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition: Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1983.

Nr. 73. Mittwoch, den 28. März 1906.

Inserate Sechsgespaltene Kolonelzeile 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Weißensee. Heute Mittwoch, den 28. März, abends 8½ Uhr, findet im „Albrechtshof", Parkstr. 13, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Was lehren uns die Gemeindevertreterwahlen? Referenten: Genossen Taubmann und Breslauer. 2. Diskussion.

Ein Massenbesuch, auch seitens der Genossinnen, ist Pflicht.

Der Wahlvereinsvorstand.

Pankow. Heute abend 8½ Uhr findet die regelmäßige Versammlung des Wahlvereins bei Roczycki, Kreuzstr. 3/4, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Kiesel-Berlin über „Politischer Massenstreik". 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Der überaus wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Die Genossen, die noch im Besitz von Sammellisten für die Gemeindewahlen sind, werden ersucht, dieselben schleunigst abzurechnen. Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindewahlbewegung.

Nieder-Schönhausen. Arbeiter Nieder-Schönhausens! Heute nachmittag von 12—6 Uhr findet im Liedemitschen Lokale für die dritte Abteilung die Stichwahl zur Gemeindevertretung statt. Es gilt, den einzigen Sitz im Dorfparlament, den wir zurzeit besetzen können, zu erobern. Zeigt durch Euer zahlreiches Erscheinen am Wahltische, daß Ihr gewillt seid, endlich einmal auch einen Vertreter Eurer Interessen in das Gemeindehaus zu entsenden. Kein Arbeiter, auch kein auswärts beschäftigter, darf diesmal sein Wahlrecht ungenutzt lassen. Bei treuer Pflichterfüllung werden wir siegen. Sorgt dafür, daß der rote Hecht, über den sich der bürgerliche Wahlausschuß in der Annonce des „Nieder-Schönhausener Wochenblattes" so sehr aufgeregt hat, trotz aller Forensen-Stimmen, trotz aller Anstrengungen des Ordnungsmischmaschs in den Karpfenteich des Nieder-Schönhausener Dorfparlaments hineinkommt! Agitiert in letzter Stunde noch, was in Euren Kräften steht! Kommt alle! Stellt Euch zeitig ein! Dann kann der Erfolg, der Sieg nicht ausbleiben.

Königs-Wusterhausen. Arbeiter, Parteigenossen! Am morgigen Donnerstag findet von vormittags 11—1 Uhr und nachmittags von 5—7 Uhr im Hotel Pfuhl am Bahnhof Stichwahl statt. Unser Genosse Bernhard Schmidt muß mit großer Majorität gewählt werden. Als Legitimation dient die letzte Steuerquittung, wie die vom Gemeindevorstand zugesandte Postkarte. Versäume niemand zu wählen!

Boxhagen-Rummelsburg. Parteigenossen! Die Wähler des dritten Wahlbezirkes werden durch das Doppelmandat des Genossen Ritter zum zweiten Male an die Wahlurne gerufen. Es ist begreiflich, daß die Gegner, die diesen Bezirk bisher immer inne hatten, alles aufbieten, um uns denselben wieder abzuringen. Das dürfen wir uns nun um keinen Preis gefallen lassen. Jeder Wähler wird erst recht zeigen müssen, daß die Bürgerlichen die Rechnung ohne den Wirt machen. Die Ersatzwahl findet morgen Donnerstag, nachmittags von 5 bis 8 Uhr im Restaurant Curlin, Hauptstraße 83 statt. Das Wahlkomitee befindet sich Prinz Albrechtstraße 5a bei Trach. Es werden die Genossen, welche bei der Wahlarbeit behülflich sein wollen, aufgefordert, sich um 3½ Uhr dortselbst einzufinden.

Also nochmals, frisch an die Arbeit!

Das Wahlkomitee.

Wilmersdorf. Die nun vollendete Stichwahl der 3. Abteilung hat bei der Wahlenthaltung der Sozialdemokratie ein recht fahles Bild ergeben. Bei der Hauptwahl wurden 1859 Stimmen abgegeben, während die Stichwahl nur 625 Stimmen aufwies. Der Kandidat Menzel wurde mit 611 Stimmen gewählt, während auf den die Kandidatur ablehnenden Bürgerlichen Könnermann noch 14 Stimmen entfielen. Es ist hier wieder einmal der Beweis erbracht, daß ohne die Sozialdemokratie ein reges politisches Leben nicht mehr pulsiert; nur sie vermag Leben in die Bude zu bringen.

Waldmannslust-Lübars. Die Stichwahl zwischen unserem Genossen W. Deutzer und dem bürgerlichen Kandidaten Demme findet am Montag, den 2. April, nachmittags von 4—7 Uhr in Lübars im Müllerschen Lokale statt. Wie unseren Genossen bekannt sein dürfte, entfielen auf unseren Genossen 77, auf die bürgerlichen Kandidaten Demme und Schmid 29 Stimmen. Daraus ist zu ersehen, daß wir alle Ursache haben auf dem Posten zu sein, wollen wir den Gegner aus dem Felde schlagen. Am heutigen Mittwoch findet ein außerordentlicher Zahlabend statt und ersuchen wir die Genossen, sich in dem bekannten Lokale recht zahlreich einzufinden.

Wahlergebnisse.

Tegel. Bei der gestern stattgehabten Gemeindewahl wurde Genosse Lichtenberg mit 566 Stimmen gewählt. Die Gegner erhielten 98 Stimmen.

Nieder-Schöneweide. Bei der gestrigen Gemeindewahl ist unser Genosse Bengsch mit 94 Stimmen dem bürgerlichen Kandidaten Kunzel, auf welchen 138 Stimmen entfielen, unterlegen.

Schönfließ bei Birkenwerder (Nordbahn). Bei der letzten Gemeindewahl erhielten unsere Genossen Püschel 7 und Nieder 6 Stimmen. Auf die Gegner entfielen 11 bezw. 12 Stimmen.

Glienicke (Nordbahn). Bei der Gemeindevertreterwahl siegte Genosse Ulfert mit 7 gegen 5 Stimmen bürgerlicher Richtung.

Bergfelde bei Birkenwerder (Nordbahn). Bei der in unserer Gemeinde am 10. März zum erstenmal stattgefundenen Gemeindewahl errangen unsere Genossen einen guten Erfolg. Es wurden gewählt: Genosse Wilhelm Buchholz mit 13 gegen 8 Stimmen und Genosse A. Wille mit 11 gegen 7 Stimmen. Genosse Wilh. Klewe kam mit 10 Stimmen mit seinem Gegner, der auch 10 Stimmen erhielt, in Stichwahl. Hier siegte der Gegner mit 12 Stimmen gegen unseren Genossen, auf welchen nur 8 Stimmen entfielen. Daß wir hier unterlagen, hat seine Ursache in dem Fernbleiben einiger unserer ersten Wähler, sonst hätten wir alle drei Sitze der III. Abteilung erobern können.

Staaken. Bei der am Donnerstag, den 22. März, stattgefundenen Gemeindevertreterwahl entfielen in der dritten Abteilung auf unseren Genossen Schlosser Herm. Richter 38 Stimmen, auf den bürgerlichen Kandidaten, Schriftsetzer A. Grothe 77. Wie vorauszusehen war, konnte nur mit Hülfe der Staatswerkstättenarbeiter ein derartiges Resultat zustande kommen. Und solange die Staatsarbeiter in voller Zahl gegen uns stimmen, wird alle unsere Mühe vergeblich sein, weil sie uns an Zahl bei weitem überlegen sind. Das haben auch viele unserer sonstigen Wähler im voraus gewußt und sind leider, sogar noch mit Einschluß etlicher pflichtvergessener Parteigenossen, der Wahl ferngeblieben. Es trug des weiteren die ungünstig angesetzte Wahlzeit (von 1—4 Uhr nachmittags) dazu bei, unsere Aussichten noch ungünstiger zu machen. Trotz der großen Uebelstände in unserer Gemeinde wählen die Staatsarbeiter nach wie vor reaktionär. Wie lange noch? Etliche Kleingewerbetreibende, Milchhändler usw. die sonst gegen uns gewählt, sind diesmal der Wahl gänzlich fern geblieben, um uns zu begünstigen. Die dadurch entstandenen Lücken sind durch intensivere Wahlbeeinflussungen teilweise ausgewetzt. Böse Zungen verbreiten sogar das Gerücht, wonach um 3 Uhr, also während der Wahlhandlung, die Fabrikdirektionen vom Gemeindebureau antelephoniert worden seien, um die in Betracht kommenden Arbeiter schleunigst zur Wahl zu treiben, sonst seien die „Roten" Sieger.

Charlottenburg.

In dem Streitverfahren der Stadt Charlottenburg gegen die Charlottenburger Wasserwerke, über das am Montag vor dem 14. Zivilsenat des Kammergerichts als Berufungsinstanz verhandelt wurde, wird am 2. April das Urteil verkündet werden.

Schöneberg.

Stadtverordneten-Versammlung am 26. März. Zur Beratung stand zunächst die Vorlage des Magistrats betreffend Regelung der Dienst-, Lohn-, Urlaubs- und Pensionsverhältnisse der städtischen Arbeiter, die der Versammlung nach langem Drängen am 22. Januar zugegangen war. Der mit der Vorberatung beauftragte Ausschuß hat die Verbesserungsanträge der sozialdemokratischen Stadtverordneten abgelehnt und empfiehlt mit unwesentlichen Aenderungen die Annahme der Vorlage. Stadtv. Fritsch (Soz.) nimmt namens der sozialdemokratischen Fraktion den Antrag auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit wieder auf und empfiehlt ferner eine Resolution zur Annahme, in welcher der Magistrat ersucht wird, innerhalb zweier Jahre die achtstündige Arbeitszeit einzuführen. Er weist darauf hin, daß in Schöneberg unmöglich die zehnstündige Arbeitszeit beibehalten werden könne, wo in der übergroßen Mehrzahl der Privatbetriebe Groß-Berlins bereits die neunstündige Arbeitszeit eingeführt sei. Auch die günstigen Erfahrungen, die andere Städte bereits mit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit gemacht haben, sprechen dafür, daß Schöneberg innerhalb der nächsten zwei Jahre dieser Frage näher treten müsse. — In den bürgerlichen Reihen äußerte man sich, wie gewöhnlich, nicht zu diesem Antrage. Der erste Teil des sozialdemokratischen Antrages, die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, wird mit 21 gegen 17 Stimmen angenommen, der zweite Teil des Antrages, Einführung der achtstündigen Arbeitszeit binnen zweier Jahre, dagegen mit 20 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Die zweite Beratung des Haushaltsplanes nahm dann mit den Schuletats ihren Fortgang. Bei den höheren Schulen beliebten es die Herren von der bürgerlichen Seite, sich längere Zeit mit Nebensächlichkeiten herumzustreiten. Zu der Mittelschule und den Gemeindeschulen war beantragt, die Pflichtstundenzahl der Lehrer in den Oberstufen auf 24, in den Mittelschulen auf 26 und in den Unterstufen auf 28 Stunden wöchentlich festzusetzen und dieselben nach einer zwanzigjährigen Dienstzeit um zwei und nach dreißigjähriger Dienstzeit abermals um zwei Stunden herabzusetzen. In der Begründung wurde nachgewiesen, daß schon eine größere Anzahl von Städten eine derartige Herabsetzung der Pflichtstundenzahl vorgenommen habe. Man dürfe sich hierbei nicht von finanziellen Rücksichten leiten lassen. Im Interesse einer guten Erziehung und Bildung unserer Kinder wäre die Ermäßigung unbedingt notwendig. Während nun einzelne Herren aus der Hausbesitzerfraktion wohl den Mittelschullehrern diese Vergünstigung gewähren wollten, waren sie wegen der entstehenden Mehrkosten bei den Gemeindeschullehrern dagegen. Stadtv. Küter (Soz.) nagelte diese Zweiseelentheorie gebührend fest und erlaubte sich die Anfrage, ob das warme Herz der Hausbesitzer für die Mittelschullehrer, das sich jetzt so plötzlich im Gegensatz zu früher offenbare, nicht nur daher rühre, daß ein bekannter Herr aus dieser Lehrerschaft sich zum Hausbesitzer entwickelt habe und sich für diese nun mächtig ins Zeug lege. Es wurde schließlich beschlossen, an den Magistrat die Aufforderung zu richten, im kommenden Etatsjahre der Versammlung eine diesbezügliche Vorlage zu unterbreiten.

An Schreibhülfe für die Rektoren sind 100 M. pro Schule in Ansatz gebracht. Es wird beantragt, diese Summe zu erhöhen. Stadtv. Magnan (Soz.) ist für die Erhöhung, denn man kann einem Lehrer wirklich nicht zumuten, für 20 Pf. pro Stunde Schreibarbeit zu leisten. Er wundert sich, daß die Lehrer ein solches Anerbieten nicht schon längst zurückgewiesen haben. Redner spricht ferner den Wunsch aus, daß man zu dieser Arbeit nicht Lehrer, sondern andere Personen heranziehen möge. Wenn man einerseits die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl zur Entlastung der Lehrer fordere, kann man unmöglich den Lehrern diese Arbeit noch aufbürden. Stadtv. Kunze bringt seine Freude darüber zum Ausdruck, daß die Sozialdemokraten heute so energisch für die Lehrer eintreten. Er erwartet, daß dieselben bei späteren Gelegenheiten die gleiche Stellung einnehmen mögen. Im übrigen erklärt er, die Lehrer seien keine Sozialdemokraten, können sich also nicht durch einen Streik bessere Bedingungen erkämpfen. Stadtv. Fritzsch (Soz.) weist die Ermahnungen des Herrn Kunze auf das entschiedenste zurück. Wer einen Blick auf die bisherige Tätigkeit der Sozialdemokratie gerichtet, wird finden, daß dieselbe stets für die Lehrer, Beamten und Arbeiter eingetreten ist. Stadtv. Kunze möge seine Aufmunterungen nur an seine eigenen Freunde von der Hausbesitzerfraktion richten, die derartigen Anträgen fast immer ablehnend gegenüberstehen. Nachdem der weitgehendste Antrag, die Summe auf 250 M. pro Schule festzusetzen, nicht die Mehrheit fand, wurde beschlossen, dieselbe auf 200 M. festzusetzen.

Eine längere Debatte entstand bei dem sozialdemokratischen Antrage, den Kindern der Gemeindeschulen die Lehr- und Lernmittel unentgeltlich zu geben. Stadtverordneter Küter (Soz.) begründet diesen Antrag; er hält die Einführung der Unentgeltlichkeit für unbedingt notwendig. Bei einer großen Mehrzahl der Eltern dieser Kinder sind die Einkommensverhältnisse derartig, daß die Ausgaben für die Schulbücher sehr ins Gewicht fallen. In dem Ausschuß sei der Antrag aber gegen zwei Stimmen abgelehnt. Die Stadtvv. Mellmann und Schüler sind gegen den Antrag. Es gäbe in den Gemeindeschulen eine große Reihe von Kindern, deren Eltern die Lehrmittel sehr gut bezahlen können. Auch werden die Schulbücher nicht mit der nötigen Sorgfalt behandelt, wenn sie von der Stadt unentgeltlich gegeben werden. Stadtv. Dr. Marrwitz gibt zwar zu, daß die Kosten für die Ausführung des Antrages gar nicht so sehr erheblich wären, ist aber trotzdem dagegen. Stadtv. Magnan (Soz.) weist darauf hin, daß dieselben Einwendungen auch vor Jahren gemacht wurden, als es sich darum handelte, von der Erhebung des Schulgeldes Abstand zu nehmen. Man halte den Wegfall des Schulgeldes heute für etwas ganz selbstverständliches. Auch der jetzt vorliegende sozialdemokratische Antrag wird als völlig berechtigt anerkannt werden müssen. Stadtv. Gottschalk (Lib.) tritt ebenfalls für den Antrag ein, dessen Berechtigung auch bereits der Berliner Lehrerverein anerkannt habe. Stadtv. Kunze ist gegen den Antrag, da er durch denselben eine Schädigung des Mittelstandes erwarte. Die Stadt werde sicherlich ihren Bedarf an Schulbüchern nur großen Firmen übertragen. — Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages mit 22 gegen 16 Stimmen. — Die Unentgeltlichkeit des Handfertigkeitsunterrichts wird, nachdem auch unsere Genossen Hoffmann und Magnan dafür eintraten, wieder beibehalten. Der Magistrat hatte beantragt pro Kind 2 M. Schulgeld zu erheben.

Eine Reihe der übrigen Etats wurden darauf im Eiltempo durchgepeitscht und die Sitzung um 10½ Uhr vertagt. Eingegangen ist noch folgender dringlicher Antrag des Stadtv. Gottschalk (lib.): „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: 1. Der dem Abgeordnetenhause zurzeit vorliegende Wahlrechtsgesetzentwurf der preußischen Staatsregierung, wonach die Stadt Schöneberg nur in Gemeinschaft mit Rixdorf einen einzigen Abgeordneten zu wählen hat, verkürzt die Rechte der Stadt Schöneberg, die mit ihren rund 145 000 Einwohnern Anspruch auf mindestens einen Abgeordneten hat; 2. sie ersucht daher den Magistrat, gegen diese unberechtigte Verkürzung der Stadt Schöneberg Protest einzulegen und beim Abgeordnetenhause zu petitionieren, damit Schöneberg wenigstens einen Abgeordneten ins Abgeordnetenhaus zu entsenden hat.

Der als Stadtrat und Syndikus am Montag vor acht Tagen gewählte Rechtsanwalt Bergmann hat seine Bestätigung vom Regierungspräsidenten bereits erhalten. Die Einführung soll am 2. April erfolgen.

Ein tragischer Unglücksfall hat sich gestern nachmittag in Schöneberg ereignet. Das fünfjährige Töchterchen des Kaufmanns Nikolaus Taag, Kolonnenstr. 52 wohnhaft, hatte Pfannkuchen beim Bäcker geholt und trug dieselben in der Schürze über den Fahrdamm. Die Kleine wurde beim Ueberschreiten von einem Radfahrer, der kein Warnungssignal gegeben hatte, umgerissen, überfahren und im Gesicht sowie an den Händen blutig verletzt. Unbeachtet der erheblichen Wunden faßte die Kleine krampfhaft mit den blutenden Händen die Schürze fest und war nicht zu bewegen, sich von den gleichfalls mit Blut besudelten Pfannkuchen zu trennen. Der Radfahrer, durch dessen Schuld der Unglücksfall herbeigeführt worden, wäre zweifellos von der empörten Menge gelyncht worden, wenn ihn nicht ein Polizeibeamter in Schutz genommen hätte.

Wilmersdorf.

Die Gemeindevertretung beschloß am Montag, zu Ostern dieses Jahres die Gründung dreier Lehrerinnenstellen an der Cecilienschule. Die Gemeindeschule im Ortsteil Halensee soll Michaelisklassen erhalten. Die Regulierung der Nordseite der Wilhelmsaue bedingt den Ankauf eines Grundstückes von 213 Quadratmeter im Werte von 25 000 M., wozu die Mittel bewilligt wurden. Auch ist die Errichtung einer Volksschule und einer Volksbadeanstalt in Aussicht genommen. Die Satzungen der Gemeindesparkasse haben die Genehmigung der Aufsichtsbehörden erhalten, und wird dieselbe voraussichtlich zum 1. Juli eröffnet.

Den Gemeindeverordneten Bresser hat der letzte Wahlkampf zur Stichwahl, sowie verschiedene Preßstimmen gegen die Gemeindeverordneten katholischer Konfession arg verschnupft. C. glaubte deshalb die gegen seine Partei gerichteten Angriffe zum Anlaß einer Interpellation an den Gemeindevorstand machen zu können, man ging indes zur Tagesordnung über.

Steglitz.

Ueber die Tätigkeit des Gewerbegerichts entnehmen wir dem soeben erschienenen Bericht über das Jahr 1905 folgendes: Die Zahl der eingereichten Klagen betrug 103, aus dem Vorjahre wurden 2 übernommen, zusammen 105; hiervon wurde eine zurückgenommen, 101 erledigt, schwebend blieben 3. Die Zahl der Kläger betrug 138, davon waren 134 männlich und 4 weiblich. Von den Klagen entfielen auf das Baugewerbe 60, Fabrikbetriebe 4, auf die übrigen Gewerbe 39. Die Höchstzahlen der Klagen erreichten die Bauarbeiter (20), Rohrer (19, und zwar sämtlich gegen ein und denselben Arbeitgeber) und Maurer (14). 101 Kläger waren Arbeitnehmer, 2 Arbeitgeber. Die geringste Klagesumme war 70 Pf., die höchste 253 M. 49,51 Proz. der Klagesachen wurden durch Vergleich erledigt. Termintage wurden abgehalten vor dem Vorsitzenden allein 40, vor dem Spruchgericht 11. Die Schnelligkeit des Verfahrens, neben der Billigkeit und der Entscheidung durch Fachleute einer der Hauptvorzüge der Gewerbegerichte, trat auch im vergangenen Jahr wieder günstig in die Erscheinung, indem 66,34 Prozent aller Klagen in weniger als zwei Wochen erledigt wurden. Als Einigungsamt ist das Gewerbegericht im Berichtsjahre nicht angerufen worden.

Lichtenberg.

Der Gemeinde-Etat pro 1906/07 schließt in der ordentlichen Verwaltung ab mit 2 005 800 M., gewiß eine Zahl, die für ein Dorf als recht hoch bezeichnet werden kann. Hiervon werden durch eigene Einnahmen der Gemeinde an Gebühren, Staatsbeiträgen und Ueberschüssen aus den Vorjahren usw. (ausschließlich der Steuer) 931 000 M. gedeckt, so daß durch Steuern noch 1 074 800 M. aufzubringen sind. Davon entfallen auf die Biersteuer 40 000 M., Umsatzsteuer — 1 Proz. von bebauten Grundstücken, 1½ Proz. von unbebauten — 150 000 M., Hundesteuer (16 M. pro Hund) 15 000 M., 205 000 M. durch indirekte Steuern. Die Betriebssteuer soll bei 100 Proz. 5300 M. aufbringen. Die Zuschläge zur Einkommensteuer sind von 140 auf 130 Proz. herabgesetzt und mit 383 500 M. veranschlagt. Zur Gewerbesteuer sollen 150 Proz. mit 78 000 M. erhoben werden. Die Grund- und Gebäudesteuer 260 Proz. in Form einer Steuer von 2,60 M. vom Tausend des gemeinen Wertes soll 403 000 M einbringen. Der außerordentliche Etat steht in Einnahme und Ausgabe eine Summe von 2 654 000 M. vor. Darunter befinden sich 77 000 M. Ueberschüsse aus den Vorjahren und 2 577 081 M. Anleihen. Der Etat der Kanalisation schließt mit 116 000 M. ab, der der Gasanstalt balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 621 500 M. Unter letzterem sind 110 000 Mark Betriebsüberschuß an die Gemeindekasse eingesetzt; 110 000 M. Ueberschuß liefert das Wasserwerk der Gemeinde bei einer Einnahme und Ausgabe von 376 000 M. Das Elektrizitätswerk erforderte im Vorjahre noch einen Zuschuß von 10 000 M., in dem diesjährigen Voranschlage aber steht es mit 84 600 M. auf eigenen Füßen und wird voraussichtlich im nächsten Jahre mit einem nennenswerten

Beträge unter den Ueberschüssen der Gemeindewerke zu finden sein. Demnach schließt also der Voranschlag der Landgemeine Lichtenberg pro 1906, die am 1. Dezember 1905 bei der Volkszählung eine ortsanwesende Bevölkerungsziffer von 55 365 nachwies, insgesamt mit rund sechs Millionen in Einnahme und Ausgabe ab.

Adlershof.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde an Stelle des Luxuspapierfabrikanten Adolf Cohn der Polizeisekretär a. D. Eckart als Waisenrat und Herr Rieprecht, Moltkestraße, als Armenvorsteher gewählt. **Wiedergewählt** in die Armenkommission wurden Genosse Hildebrandt und Eigentümer Göhde. Außerdem beschloß die Vertretung die Einstellung von vier Arbeitern für die Ortskanalisation und Straßenreinigung zu einem wöchentlichen Anfangslohn für den Vorarbeiter von 25,00 M. und 21,60 M. für die übrigen Arbeiter. In der sehr ausgedehnten Debatte über diese Frage wurden von unserer Seite die sozialdemokratischen Forderungen vertreten, welche aber von den bürgerlichen Vertretern im Prinzip bekämpft wurden. Bei einigen Vertretern trat der krasse Unternehmerstandpunkt hervor, indem sie eine Honorierung nach Stunden verlangten, um sich auf diese Weise der Mitbezahlung der Feiertage zu entledigen. Aus Mitteilungen des Gemeindevorstehers ging hervor, daß der Voranschlag des Kanalisationsverbandes auf 90 000 M. festgesetzt, von denen Adlershof 24 983 58 M. zu decken hat; hinzu kommen noch die entstehenden Unkosten für die Abwässer, welche nach Quantum berechnet werden.

Der Voranschlag des Gemeindeetats schließt in Einnahme und Ausgabe mit 200 000 M. ab und erfordert rund 17 000 M. mehr wie im Vorjahre. Durch die Ablösung der Darlehen bei der Kreissparkasse und Unterbringung derselben bei der Neumärkischen ritterschaftlichen Darlehnskasse werden in diesem Jahre 7105 M. an Zinsen und Amortisation erspart. Die regelmäßige Besprengung und intensivere Reinigung der Straßen und der Kanalisationsanlagen sowie die Straßenunterhaltung erfordern 16 880 M., im Vorjahre waren dafür nur 8945 M. vorgesehen. Die Schulunterhaltung erfordert 85 228 M., 8565 M. mehr wie im Vorjahre, was durch die Erhöhung der Mietsentschädigung und Schaffung von zwei neuen Lehrstellen veranlaßt ist. Die Gemeindeverwaltung erfordert 7625 M. und die Amtsverwaltung 1258 M. mehr. Entsprechend der Zunahme der Bevölkerung erfordert auch der Armenetat 1010 M. mehr wie im Vorjahre und hat die Gemeinde 11 685 M. für diesen Zweck allein aufzubringen, während 3715 M. durch auswärtige Armenverbände aufgebracht werden. — Die Einnahmen setzen sich zusammen aus 140 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer 71 800 (im Vorjahre 150 Proz. = 69260 M.), 4 % Gemeindegrundsteuer 76 000 (68 000), Gewerbesteuer 16 000 (14 000), Hundesteuer 1800, Lustbarkeitssteuer 1600 (1400), Bierstener 6000 (5000), Umsatzsteuer 13 000 (10 000), Anschlagswesen 300, Marktstandgeld 2000 (1600), Staatszuschuß für die Schulunterhaltung 7450, widerrufliche Staatsbeihülfe zur Lehrerbesoldung 1500, Einnahmen von auswärtigen Armenverbänden 3715 und Friedhofverwaltung 1410 M. Der Rest von 3805 M. setzt sich aus verschiedenen kleinen Einnahmen zusammen. — Wenn auch vom sozialdemokratischen Standpunkte aus einzelne geringe Verbesserungen im Etat erscheinen, wie bei den Titeln Straßenunterhaltung und Straßenreinigung, Schulunterhaltung und Armenwesen, so zeigen doch die Etatsberatungen, daß gegenüber unseren prinzipiellen Forderungen sämtliche bürgerlichen Vertreter einen negativen Standpunkt einnehmen und nur durch dauernde Agitation eine Besserung in unserem Sinne erfolgen wird.

Treptow-Baumschulenweg.

Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am 20. d. Mts. seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Emil Lüdke über den „politischen Massenstreik" referierte. Die Frage des Massenstreiks, so betonte Referent, sei schnell in die Reihe der Kampfmittel des Proletariats eingereiht worden. Hat man auch schon vor zirka 12 Jahren auf internationalen Kongressen darüber sehr heftig diskutiert, so ist doch vor noch gar nicht langer Zeit dieses Mittel als gar nicht diskutabel bezeichnet worden. Redner untersucht in seinen weiteren Ausführungen die Frage, woher es kommt, daß bei uns die Idee des politischen Massenstreiks ein so politisches, reges Interesse in Anspruch nimmt. Es müsse doch wohl ein schärferes Hervortreten der Klassengegensätze vorhanden sein, welches es nötig mache, nach neuen Waffen zu suchen. Im weiteren Verlaufe führte Referent den Anwesenden die Unterschiede der verschiedenen Anschauungen über diese Idee vor Augen und erwähnte namentlich Bernstein und Friedeberg — dabei ihre Ansichten über diese Frage streng analysierend. Wir marxistischen Sozialisten werden uns erst die ganze Situation, die ganzen Verhältnisse vergegenwärtigen, ob diese ein solches Mittel unter allen Umständen notwendig machen. Wir müssen aber jederzeit gewappnet sein, und deshalb ist es dringend notwendig, die Idee des politischen Massenstreiks, welche so Großes, Erzieherisches in sich birgt, in die große Masse zu bringen. Nachdem Redner noch kurz die auswärtige Politik streift, schließt er: Die Frage des Generalstreiks geht sowohl Partei wie Gewerkschaft an. Speziell in letzterer sollte man für diese Idee eifrig Propaganda machen. Die Organisationen stärken und wahren sozialistischen Geist hineinbringen, das ist die Hauptbedingung. — Die lebhafte Diskussion, an welcher sich speziell die Genossen Karow und Hofmann beteiligten, bewegte sich zum Teil im Sinne des Referats.

Genosse Hofmann ist für die Propagierung des Generalstreiks, hält aber die Ausführbarkeit bei uns für sehr zweifelhaft, da der Staat die kolossale Militärmacht hinter sich habe. Außerdem würden beim Generalstreik, da eine Hungersnot ausbrechen würde, die Arbeiter den größten Schaden haben usw. — Auch die Genossen Stock und Mickley traten für diese Idee ein, hatten aber dieselben Bedenken.

In seinem Schlußworte wies Genosse Lüdke diese Bedenken zurück und empfahl den Genossen die Anschaffung der Broschüre der Genossin Roland-Holst, wo die angeführten Bedenken und noch viele andere viel besser vorgebracht und widerlegt seien.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Die verfloffenen Gemeindewahlen, werden der nächsten Mitgliederversammlung die Genossen bekannt gegeben, welche nicht gewählt haben. — Zum Punkt „Maifeier" gibt der Vorsitzende Genosse König Bericht von der letzten kombinierten Vorstandssitzung und teilt den dort angenommenen Vorschlag mit, welcher zur endgültigen Beschlußfassung der Versammlung unterbreitet wird, wonach unsere Maifeier in Treptow abgehalten werden soll.

Nach heftiger eingehender Diskussion beschließt die Versammlung die Maifeier nicht in Treptow, sondern in Baumschulenweg abzuhalten. — Das Festkomitee soll aus sechs Genossen, je drei aus Baumschulenweg und Treptow, und einem Vorstandsmitglied gebildet werden.

Den Bericht von der letzten Kreis-Generalversammlung gaben Lüdke und Thiemecke.

Berliner Nachrichten.

17 neue Automobilomnibuslinien hat die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft jetzt weiter beim königl. Polizeipräsidium zur Genehmigung eingereicht. Einschließlich der einen bestehenden und der schon beantragten 7 Automobillinien, von denen wir berichtet haben, werden jetzt also von der Gesellschaft im ganzen zunächst 25 Automobilomnibuslinien geplant. Neu eingerichtet werden weitere 5 Automobillinien. Sie erhalten im Anschluß an die eingereichten Linien 34—39 die Nummern 40—44. Automobillinie 40 Alt-Moabit, Ecke der Gotzkowskystraße—Bahnhof Jannowitzbrücke geht von der Ecke der Gotzkowskystraße über Alt-Moabit, Invalidenstraße, Neues Tor, Hannoverschestraße, Friedrichstraße, Oranienburgerstraße, Monbijouplatz, Kleine Präsidentenstraße, Burgstraße, Kaiser Wilhelmstraße, Neuer Markt, Bischofstraße, Klosterstraße, Stralauerstraße bis Schicklerstraße, Ecke der Alexanderstraße. Linie 41 Alt-Moabit, Ecke Beusselstraße—Hansvoigteiplatz, Ecke Mohrenstraße durchfährt Alt-Moabit, Levetzowstraße, Altonaerstraße, Hansaplatz, Brücken-Allee, Großer Stern, Spreeweg, Kurfürstenplatz, In den Zelten, Königsplatz, Simsonstraße, Sommerstraße, Brandenburger Tor, Königgrätzerstraße, Voßstraße, Wilhelm- und Ziethenplatz, Mohrenstraße bis Hausvoigteiplatz. 42 Vorhagen (Bismarplatz)—Gendarmenmarkt, Ecke Charlotten- und Taubenstraße geht durch die Grünberger-, Romintener-, Posener- und Rüdersdorferstraße, Küstrinerplatz, Grüner Weg, Blumen-, Schickler- und Stralauerstraße, Molkenmarkt, Mühlendamm, Köllnischer Fischmarkt, Gertraudtenstraße, Gertraudtenbrücke, Kurstraße, Kleine Jägerstraße, Niederwallstraße, Hausvoigteiplatz bis zum Gendarmenmarkt. 43 Danzigerstraße—Kaiser-Allee fährt Danzigerstraße, Kastanien-Allee, Weinbergsweg, Rosenthaler Tor, August-, Große Hamburger-, Krausnick-, Monbijoustraße, Am Kupfergraben, Prinz Friedrich Karl-, Universitäts-, Dorotheen-, Sommerstraße, Charlottenburger Chaussee, Sieges-Allee, Tiergarten-, Bendler-, Magdeburger-, Lützowstraße, Lützowplatz, Lützowufer, Kurfürstendamm, Nürnberger-, Spichernstraße, Kaiser-Allee. Die erste Vorort-Automobil-Omnibuslinie wird 44 sein, Steglitz—Behrenstraße, Ecke der Charlottenstraße. Die Linie geht vom Schloßplatz, Ecke Wrangelstraße in Steglitz kommend durch die Schloß-, Rhein-, Friedenauer-, Haupt-, Potsdamer-, Göben-, York-, Möckernstraße, Askanischer Platz, Anhalt-, Wilhelm-, Koch-, Charlotten- und Behrenstraße. Zur Umwandlung in Automobillinien sind folgende bestehenden Linien mit Pferdebetrieb bestimmt: 2 Nettelbeckplatz—Spittelmarkt, 5 Bülowstraße—Stettiner Bahnhof, 6 Schöneberg—Moritzplatz, 10 Kreuzberg—Stettiner Bahnhof, 15 Warschauerstraße—Großgörschenstraße (Bahnhof), 10 Gotzstraße—Spittelmarkt, 18 Stettiner Bahnhof—Kreuzbergstraße, 22 Hermannplatz—Hausvoigteiplatz, 23 Brunnenstraße—Marheinekeplatz, 24 Halleiches Tor—Stettiner Bahnhof, 28 Moabit—Hasenheide, 21 endlich Heinrichplatz—Nettelbeckplatz wird gleichzeitig durch die Gericht- und Triftstraße zum Augustenburger Platz am neuen Rudolf Virchow-Krankenhause verlängert.

Von der epidemischen Genickstarre war es in Berlin seit dem Herbst wieder still geworden, weil im September nur noch ein einziger Erkrankungsfall und im Oktober keiner mehr beobachtet wurde. Nachdem dann in den Wintermonaten einige neue Fälle aufgetreten waren, die aber noch vereinzelt blieben, scheint jetzt im Frühjahr die Genickstarre hier wieder größere Verbreitung annehmen zu wollen. Aus den drei Wochen von Ende Februar bis nach Mitte März wurden im Berliner Stadtgebiet bereits 6 Fälle von Erkrankungen an epidemischer Genickstarre amtlich gemeldet. Zur Vergleichung möge dienen, daß im vorigen Jahre aus den fünf Monaten April bis August, in denen Berlin von der Gefahr eines wirklich epidemischen Auftretens der Genickstarre bedroht schien, im ganzen doch nur 33 Erkrankungsfälle festgestellt wurden. Der Höhepunkt fiel in den Monat Mai, aber selbst da kamen nicht mehr als 12 Erkrankungsfälle vor.

Die Zentralmeldestelle für freie Betten wird am 1. April im Rathause eröffnet. Die Meldestelle ist Tag und Nacht in Betrieb und kann durch den Fernsprecher angerufen werden.

Die Besteigung des Rathausturmes ist von Montag, 2. April, ab wieder gestattet. Die Zeit der Besteigung des Turmes ist von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags festgesetzt. Das Eintrittsgeld beträgt pro Person 20 Pf. Eintrittskarten, welche nur für den Tag der Lösung Gültigkeit haben, werden vom Portier am Rathausportal in der Königstraße ausgegeben.

Zum Raubanfall auf den Kammerherrn v. Zitzewitz wird mitgeteilt, daß es bisher noch immer nicht gelungen ist, den Täter zu ermitteln. Ein junger, etwa 22jähriger Mann, welcher dringend verdächtig erschien, das Eisenbahnattentat verübt zu haben, mußte wieder auf freien Fuß gesetzt werden, da sich bei einer Gegenüberstellung mit dem Kammerherrn die Unschuld des Verhafteten herausgestellt hat. Die Nachforschungen nach dem gefährlichen Verbrecher gestalten sich von Tag zu Tag schwieriger, da sich die Spuren des Täters immer mehr verwischen. — Auch der Raubanfall auf den Grafen Schack am Teufelssee im Grunewald bedarf noch immer der Aufklärung. Nachteilige Folgen haben die Schußverletzungen für den Greis glücklicherweise nicht gehabt. Auch bei diesem Verbrechen ist es äußerst schwierig, eine Spur des Täters zu ermitteln. Außer der noch unbestimmten Beschreibung des Revolverhelden durch den Grafen fehlt der Polizeibehörde jeder Anhalt.

Eine recht widerwärtige Szene hat sich am Sonntag bei einer Beerdigung auf dem Hedwigs-Kirchhof an der Dalldorfer Chaussee zugetragen. An diesem Tage wurde der in der Dalldorfer Anstalt verstorbene Arbeiter Stubenvoll beerdigt. Die Frau dieses Mannes war seit vielen Jahren genötigt, selbst für ihren Unterhalt zu arbeiten, da der Mann für die Familie nicht sorgte. Sie tat dies auch in der eifrigsten Weise und bestritt auch noch die Kosten der Beerdigung. Am Tage der Beerdigung konnten sich Verwandte sich enthalten, der Frau des Verstorbenen beleidigende Worte am Grabe zuzurufen. Das gab den Anlaß, daß die aufgeregte Beleidigte einem Beleidiger ins Gesicht schlug, was wiederum ein größeres Handgemenge zwischen den sich bildenden Parteien im Gefolge hatte. Der peinliche Vorfall wird wohl noch ein unangenehmes Nachspiel haben.

Im Leopardenkäfig zerfleischt. Einen entsetzlichen Kampf mit einem Leoparden bestand die Tierbändigerin Martha Elbeck aus Hamburg, welche mit einer Menagerie auf dem Grundstücke Frankfurter Chaussee 124 in Friedrichsberg Vorstellungen gab. Zu dem Tierbestande der Menagerie gehört ein neun Monate alter, in der Gefangenschaft geborener Leopard, mit dessen Dressur sich die Bändigerin seit zwei Monaten beschäftigte. Wie alle in der Gefangenschaft geborenen wilden Tiere, war auch der junge Leopard nicht nur widerspenstig, sondern auch heimtückig, so daß Fräulein Elbeck bei den Bändigungsversuchen stets die größten Vorsichtsmaßregeln gebrauchte. Gestern vormittag hatte sich die Elbeck in den Leopardenkäfig begeben, um einige mit dem Leoparden geübte Tricks zu wiederholen, wobei sich das Tier außerordentlich willig und ruhig zeigte. Als Fräulein E. nach Beendigung der Lehrstunde den Käfig verlassen wollte; war sie so unvorsichtig, statt, wie gewöhnlich, den Leoparden im Auge behaltend, rückwärts hinauszugehen, der Katze den Rücken zuzuwenden. Plötzlich sprang der Leopard der E. auf den Rücken, riß die überraschte Bändigerin zu Boden und zerfleischte ihr mit den Zähnen und Tatzen Gesicht und Arme. Das Menageriepersonal schlug mit eisernen Stangen auf das Raubtier ein, welches nunmehr von seinem Opfer abließ. Die Elbeck war von dem Leoparden entsetzlich zugerichtet worden. Das rechte Ohr war ihr abgerissen, das Nasenbein zertrümmert und die Oberarme zeigten klaffende, bis auf die Knochen reichende Wunden. Die Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhause Friedrichshain gebracht.

Zu dem Ueberfall auf den Gastwirt in Plötzensee wird mitgeteilt, daß der Restaurateur Brosy gestern früh im Moabiter Krankenhause gestorben ist, nachdem er sich am Tage vorher einer Operation hatte unterziehen müssen. Der Hausdiener Brustke liegt hoffnungslos, er hat einen Stich durch die Backe erhalten, wobei ihm die Zunge verletzt wurde, außerdem mehrere Stiche in den Hals und die Schultern. Der Sohn und die Frau des Gastwirts sind weniger schwer verletzt und werden zu Hause behandelt. Es sollen bereits einige der Täter ermittelt sein.

Vier Personen auf einem Transport verunglückt.

In der Elbingerstraße hat sich gestern mittag ein seltsamer Unglücksfall, der von verhängnisvollen Folgen begleitet war, zugetragen. Auf einen Rollwagen hatten mehrere Arbeiter gemeinsam getragen. Auf einen Rollwagen hatten mehrere Arbeiter gemeinsam geladen. Während der Fahrt kamen die schweren Bänke ins Rutschen und stürzten vom Wagen herunter. Drei Arbeiter und der Portier, die auf den Schulbänken gesessen hatten, wurden mit hinabgerissen und unter den Pulten förmlich begraben. Während die drei Arbeiter mit geringfügigen Verletzungen davonkamen, wurde K. bewußtlos nach der Rettungswache in der Kastanien-Allee gebracht. Der Aermste war förmlich skalpiert worden. An der rechten Kopfseite hing ihm die Haut in großen Stücken herunter und außerdem hatte er noch innere Verletzungen erlitten. Nach Anlegung von Notverbänden wurde er in das Krankenhaus Moabit übergeführt.

Beim Stiftungsfest des Wahlvereins für den 6. Wahlkreis im Moabiter Gesellschaftshause vom 10 März wurde ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden. Dasselbe ist abzuholen beim Genossen Fahrow, Ravenéstr. 6.

Im Apollo-Theater wird der Humorist Robert Steidl, der hier zwölf Jahre gewirkt hat, nur noch bis Ende dieses Monats das Publikum mit seinen Schlagern erfreuen.

Briefkasten der Redaktion.

Musterschutz. 1. Ob sich die Zeitschrift A. für ihren besonderen Zweck eignet, wissen wir nicht; 2. Lesen Sie einmal nach im Berliner Adreßbuch, Band 2, Teil 4, Seite 249; 3. Das offizielle Patentamt für Schutz usw. in der Alten Jakobstraße. — **A. K. 34.** Verein der Maschinisten und Heizer, N. Kirchstück, hier, Pücklerstraße 45. Das Nähere dort. — **E. R. 163.** 1. und 2. Uns nicht sicher bekannt. Nähere Angaben vielleicht durch den Verein der Handels- und Transportarbeiter, Engel-Ufer 15. Ferner vielleicht Auskunft durch die Redaktion des „Handlungsgehilfen-Blattes", Ortsverwaltung hier, Neue Friedrichstraße 20. — **1864.** 1. Wrangel im Dänenkrieg; 2. Widerrechtliche Konfiskation von Privateigentum; 3. Sein Ausspruch: Das tue ich, weil ich das Land „mit mein Schwert" erobert habe. — **D. T.** 1. Nein; 2. Erblich; 3. Ja. — **H. M.** Am 21. Januar 1901 hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, daß der Magistrat 5 500 000 M. Aktien der Aktiengesellschaft Berliner elektrische Straßenbahnen (Siemens und Halske) zum Kurse von 186½ Proz. ankauft. Die Stadt ist daher nicht Alleineigentümerin der Straßenbahn.

Ein Leipziger Leser des „Vorwärts". Ueber die traurige Lage der Adressenschreiber haben wir vor längerer Zeit eingehende Darlegungen gebracht.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

S. 3. A. P. 49. Nein. — **Krause.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Darlegung, welche Stellung Sie einnehmen (Kassenbeamter? gewerblicher Gehülfe? Handlungsgehülfe?). — **Fichte 32.** Nur ein gerichtlich oder notariell geschlossener, gerichtlich genehmigter Adoptionsvertrag ist gültig. — **Restauration Breslau.** Eine Klage ist nicht völlig aussichtslos. Bestimmte Anwälte, Aerzte usw. zu empfehlen, lehnen wir grundsätzlich ab. — **Albert Bornstein.** Wiederholen Sie die Anfrage.

S. M. 64. Das ist statthaft. — **C. G. K.** Sie sind zahlungspflichtig. — **K. 412.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja. — **Reise 8.** Bedenken bestehen selbstverständlich. — **A. Sch. 41.** Voraussetzung der Strafbarkeit des Ehebruchs ist Trennung der Ehe wegen des Ehebruchs und Strafantrag des verletzten Ehegatten. Sie können falls Sie mit Güte nicht durchdringen, auf Zahlung eines höheren Wirtschaftsgeldes klagen. — **E. S. 6.** In dem ersten Fall kann vielleicht das Vorliegen eines Betruges angenommen werden. — **Enge.** 1. Errichten Sie mit Ihrer Frau ein eigenhändiges gegenseitiges Testament, in dem Sie auch die Kinder einsetzen. Ein Beispiel finden Sie unter Nr. 57 Seite 238 u. 239 des dem „Arbeiterrecht" beigefügten Führers. 2. Liegt kein abweichender Ortsgebrauch vor, der zum Rechtssatz geworden ist, so sind in solchem Falle keine Kosten zu tragen. 3. Es sind 8 Proz. Erbschaftssteuer zu zahlen, wird aber persönlich angenommen, Sie seien Stiefkind, so werden nur 4 Proz. erfordert. 4. Sie müßten gegen den Erben auf Zahlung klagen, wenn gütliche Vorstellungen erfolglos sind. — **E. K. 25.** 1. und 2. Ja. 3. Zweckmäßig aber nicht notwendig ist ein notarieller Vertrag vor Abschluß der Ehe. Ein Beispiel finden Sie Seite 222 Nr. 25 des dem „Arbeiterrecht" beigefügten Führers. — **Immer Schwein.** 1. Ja. 2. Das hängt von den Statuten ab. 3. Ja. — **M. G. 55.** Bestimmen die Statuten nichts anderes, so ist der Lotteriegewinn zu zahlen, auch wenn Beiträge noch rückständig sind. — **W. B. 80.** Nein. — **A. B. 1.** Wenden Sie sich an das Patentamt oder an einen Patentanwalt. — **H. B. 100.** 1. Ja, aber auf Widerspruchsklage der Frau müßten die Möbel freigegeben werden. 2. Der Hausherr geht vor, kann aber die Auktion und den Verkauf nicht hindern. 3. 7 M. — **A. Z. 39.** Eine Klage wäre aussichtslos. — **E. F. 12.** In Eisenbahnangelegenheiten erhalten Sie auf den amtlichen Auskunftsstellen (Alexanderplatz, Potsdamerbahn, Anhalterbahn) unentgeltliche Auskunft. 2. Es ist nur eine und zwar die höhere Rente zu zahlen. — **W. R. 101.** 1. bis 4. Sie können mit Arbeiten beschäftigt werden, die nicht schikanös oder kränkend sind. Ob das der Fall, ist unter Würdigung aller Umstände vom Gericht zu entscheiden. 5. Ja. — **W. P. 30.** Ein Abfindung wäre unzulässig. — **P. P. 100.** 1. und 2. Ja. 3. Ist verjährt. 4. Nein. — **B. K. 8.** 1. Ein Viertel. 2. Ja. 3. Nein. — **O. G. 14.** Was bei der Steuereinschätzung abzuziehen ist, hat im „Vorwärts" vom 18. März unter Lokales ausführlich gestanden. Sie können die Nummer in der Expedition einsehen. — **R. Z. 129.** Auf den wirklichen Verdienst kommt es an. Soweit erschließlich, sind Sie zur Zahlung nicht verpflichtet. Zuwächst müßte die Armendirektion klagen. — **W. B. 28.** Ja, Vertretung auf Grund schriftlicher Vollmacht kann zugelassen werden. — **K. 46.** Die Rente ist kein Hinderuis nach Möglichkeit zu verdienen. — **P. S. 100.** Sie können auf Beseitigung des Geschäfts und auf Schadenersatz klagen. Die Ausmessung können Sie selbst vornehmen, oder durch einen Maurer oder Zimmermann vornehmen lassen. — **A. F. 19.** Der Reklamation kann noch stattgegeben werden. Der Heirat steht sie nicht im Wege. — **G. D. 333.** 1. und 2.: Nein. 3. Die Ehefrau kann auf Scheidung klagen. Im übrigen geht das lediglich die drei in Betracht kommenden Personen an. — **F. M. 10.** 1. Ehebruch ist nur strafbar, wenn wegen desselben die Ehe geschieden wird und der beleidigte Ehegatte Strafantrag stellt. 2. Wenden Sie sich an irgend eine Geschäftsstelle der Bank. — **Th. Wenzel.** 1. Ja. 2. Nein, wegen Rückgabe müßte das Mädchen sich an die Polizei wenden. 3. Leider ja. 4. Das Amtsgericht ist zuständig. Das Mädchen kann selbst oder durch einen Vertreter klagen. 5. Das Gesinde ist nicht krankenversicherungspflichtig. — **A. L. 25.** Die schriftliche Erklärung wäre in Ihrem Falle widerruflich, es ist aber ratsam, darauf einzugehen. Die von Ihnen angeführten Gründe dürften zu einer Ehescheidungsklage nicht ausreichen. — **P. T.** Liegt nicht Bestrafung zu Ehrverlust vor, so ist die Möglichkeit gegeben. Das Reglement können Sie in einer Bibliothek einsehen. — **K. H.** Ohne Kenntnis des Wortlauts des Testaments ist Ihre Frage nicht zu beantworten. — **P. S. 16.** Der vereinbarte Preis ist gültig. Schriftliche gegen die Uebervorteilung erscheinen ausgeschlossen. — **W. B. 9.** Bis zum 21. Lebensjahre, wenn Sie nicht die frühere Selbständigkeit der Kinder beweisen. — **Hoch. Al. 2937.** 1. Das ist möglich. 2. Ja. 3. Der Ring ist zurückzugeben. Soweit eine schriftliche gültige Vereinbarung vorliegt, liegt auch Haftung vor. 4. Es kann schon vor der Entbindung geklagt werden. Beispiele finden Sie Seite 218—220 in des dem „Arbeiterrecht" beigefügten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. 5. Nein. 6. Ja. — **15jähriger Abonnent.** Leider nein. — **G. Tornow.** Der Betreffende soll Beschwerde einlegen und das Verwaltungsstreitverfahren einleiten. — **E. Z. 22.** Derartige Forderungen verjähren in zwei Jahren vom Laufe des Kalenderjahres ab gerechnet, in dem sie entstanden sind. — **Köthen 3000.** Zur Steuerzahlung sind Sie verpflichtet. Eine Frau kann innerhalb des ersten Jahres nach der Heirat die Hälfte der geklebten Marken zurück verlangen, wenn sie vor der Heirat mindestens 200 Marken geklebt hatte. Später kann sie weiter kleben. Ratsamer als die Rückforderung ist es in der Regel, sich dadurch weiter zu versichern, daß man für je zwei Jahre mindestens 20 Marken klebt. — **Alice.** 1. und 2. Ja. — **A. L. 100.** Ihre Urkunde, die Sterbeurkunde hinter Ihrem ersten Mann und einen gerichtlichen Auseinandersetzungsschein müssen Sie beibringen. Ein Beispiel für einen Antrag auf Erteilung eines solchen Scheines finden Sie Seite 224 Nr. 19 des dem „Arbeiterrecht" beigefügten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **G. K. 31.** Ihre Sachen dotten nicht für die Schulden Ihres Ehemannes. Der Gläubiger hat die Existenz und Höhe der Schuld zu beweisen. — **O. H.** Ja. — **E. Z. 30.** Sie müßten das Instrument herausgeben oder seinen vollen Wert ersetzen. — **L. 200.** Die Klage erscheint nicht aussichtslos, wenn sie auf Rückzahlung des Betrages gerichtet wird, über den die neuaufgefundene Quittung lautet. Wenden Sie sich an einen Anwalt. Die Anwaltskosten erster Instanz würden etwa 35 M. betragen. — **O. Ramintem.** Ueber 1150. die Hälfte. — **R. 65.** Sonnabend. — **H. K. 10.** Zur Einlegung der Berufung und zur Vertretung vor dem Landgericht ist ein Rechtsanwalt notwendig. Da der Erfolg der Berufung zweifelhaft ist, raten wir nicht zur Einlegung. — **G. W. Crossen.** Vorladung erhalten Sie nicht mehr. Es ist ratsam, Sie beantragen Aufhebung des gegen Sie ergangenen Beschlusses und erscheinen im nächsten Termin. Ablehnung wäre in Ihrem Falle zwecklos. — **E. K. 26.** Alimente sind bis zum vollendeten sechzehnten Lebensjahre zu zahlen. Als Einwand ist allein der Nachweis durchgreifend, daß innerhalb der kritischen Zeit auch andere die Möglichkeit hatten, Vater zu werden. — **J. 7.** 1. Die Exmissionsklage wird voraussichtlich abgewiesen. 2. Die Vereinbarung ist gültig. — **W. M.** Nein.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.